



Foto: 123RF/yarruta

Foto: AFP/Phil Moore



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 12. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 289

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Waffen-Irrsinn

René Heilig fragt nach deutschen Beiträgen für Entspannungspolitik

Die Spannungen um Nordkorea, die Kriege in Syrien, Irak, Libyen und Jemen, die längst keine inneren Konflikte mehr sind, die Aufrüstung dies- und jenseits der NATO-Russland-Grenzen, die Geiselnahme der Ostukraine, die sich zuspitzenden politisch-ökonomischen Streitigkeiten in Südostasien sowie die Kämpfe gegen Menschen und für Rohstoffe in Afrika – all das treibt die Umsätze der Waffenhersteller nach oben. Und mit jedem Gerät, das geeignet ist, irgendwo auf der Welt menschliches Leben massenhaft auszulöschen, steigt die Angst noch Unbeteiligter.

Die Folge? Die Nachfrage nach Mordwerkzeug steigt noch rasanter. Kontroll- und Abrüstungsmechanismen, mit denen man in Europa und im Verhältnis zwischen den USA und der einstigen Sowjetunion gute Erfahrungen gemacht hat, gibt es kaum. Wohl aber kollektive Verpflichtungen zu noch mehr Wahnsinn. Jedes NATO-Mitglied soll zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes fürs Militär ausgeben. Gerade hat auch die EU eine neue Stufe der militärischen Kooperation besiegelt. Dabei nimmt Deutschland mit Frankreich Führungspositionen ein. Freilich nur, so heißt es, weil man sich gegen äußere Bedrohungen verteidigen muss. Die Behauptung wäre glaubhafter, wenn man sich mit gleichem Engagement dem Kampf um Rüstungsbeschränkungen und Vertrauensbildung verschreiben würde. Doch das geschieht weniger denn je. Deutschland ist nicht einmal bereit, die wahnwitzigsten aller Waffen zu ächten – und die Atombomben vom eigenen Territorium zu verbannen.

UNTEN LINKS

Haben Sie heuer schon einen Blick auf die **Weihnachtsmärkte** geworfen? Während man bezeichnenderweise in Berlin lediglich die Auswahl hat zwischen Speisen, die stundenlang in Bratfett gesotten wurden und nach Klärschlamm schmecken, und einer nach Haarspray und Bremsflüssigkeit riechenden, an den Verkaufständen clever als »Glühwein« angebotenen Chemikalie, werden auf anderen Jahresendmärkten im Bundesgebiet, im Allgäu etwa, Köstlichkeiten wie Kässpätzle, Schupfnudeln, »Dinede« (eine raffinierte Art Flammkuchen) und feinste Apfelfküchle feilgeboten. In der auf dicke Hose machenden und schamlos ihre vermeintliche Wichtigkeit hinausposaunenden »Hauptstadt« Berlin hingegen Fehlzanzeige bzw. Pustekuchen: Weit und breit nur trostlose Buden, an denen ungesund aussehende Berliner Ureinwohner und andere vom toxischen »Glühwein« versehrte Barbaren mittels Grunz- und Rülpsstechniken kommunizieren. Schlimm! *tbl*

ISSN 0323-3375



Siemens: Es wird schmerzhaft

Konzern beharrt auf massenhaftem Jobabbau / Auftrag für Kraftwerke in Libyen



Protest von Siemens-Angestellten in Görlitz

Foto: dpa/Nikolai Schmidt

Berlin. Wer sich vom Treffen von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) und Vertretern der Länderwirtschaftsministerien mit dem Siemens-Management schnelle Entscheidungen oder gar eine Rücknahme der Jobbaupläne beim Großkonzern erhofft hatte, wurde am Montag enttäuscht. Bund und Länder wollten bei einem zweiten Treffen mit dem Siemens-Vorstand im Frühjahr ausloten, wie sie beim Umbau des Unternehmens helfen könnten, lautete das einzige öffentliche Ergebnis. Stellenabbau und Werksschließungen, etwa in Leipzig oder in Görlitz, wo Siemens neben dem Waggonbauer Bombardier

der einzige große Arbeitgeber ist, sind damit nicht vom Tisch. Zypries sagte, staatliche Hilfen – etwa Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – seien denkbar.

Auch Siemens übte sich in Beschwichtigungsrhetorik: »Es ist uns klar, dass die Einschnitte, die wir geplant haben, sehr schmerzhaft sind und dass das Sorgen und Verunsicherung auslöst«, sagte Personalvorstand Janina Kugel. Die Zukunft der Standorte sei aber »zunächst ein innerbetriebliches Thema«. Der Elektrokonzern hatte angekündigt, 6900 Stellen wegen schlechter Auftragslage in der Kraftwerkssparte abbauen zu wollen, davon etwa

die Hälfte in Deutschland. Die Beschäftigten argumentieren dagegen, dass die Auftragslage gut sei. Die ostsächsische Stadt Görlitz fürchtet bei einem Weggang des Konzerns deutliche wirtschaftliche Verluste.

Unterdessen wurde bekannt, dass Siemens einen Großauftrag aus Libyen für den Bau zweier Kraftwerke erhalten hat. Das Volumen liegt bei rund 700 Millionen Euro, wie das Unternehmen am Montag mitteilte. Der Auftrag aus Libyen sei wichtig für die Auslastung und Teil der Planung, erklärte Siemens-Chef Joe Kaeser. Als Anzeichen für eine Markterholung sieht er ihn hingegen nicht. *grg* Seite 3

Fast 375 Milliarden Dollar für Mordwerkzeug

Die 100 größten Rüstungskonzerne, darunter deutsche Firmen, steigern Umsatz seit 2002 um 38 Prozent

Die Umsätze der 100 größten Rüstungshersteller sind erstmals seit 2010 wieder gestiegen. In der Analyse des SIPRI-Friedensforschungsinstituts tauchen auch drei deutsche Konzerne auf.

Von René Heilig

Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) lag 2016 das Gesamtvolumen der Waffenverkäufe und militärischen Dienstleistungen der weltweit einhundert führenden Rüstungsunternehmen bei 374,8 Milliarden Dollar (317,9 Milliarden Euro). Das ist eine Steigerung um 1,9 Prozent im Vergleich zu 2015. Gemessen an den Werten von 2002, als SIPRI mit dieser Exportanalyse begonnen hat, konstatieren die Forscher sogar ein Wachstum um 38 Prozent.

US-Konzerne sind mit Abstand die größten Profiteure. Auf sie entfallen knapp zwei Drittel der weltweiten Waffenverkäufe. Sie mach-

ten 2016 einen Wert von 217,2 Milliarden Dollar aus. Das entspricht einem Zuwachs von vier Prozent gegenüber 2015. Insbesondere US-Unternehmen hätten »jegliche Hemmungen verloren, ihre todbringenden Waren auch in Krisengebiete zu verkaufen«, kritisiert Stefan Liebich, Außenpolitikexperte der Bundestagslinksfraktion. So wird Saudi-Arabien, das derzeit in Jemen Krieg führt und generell die Auseinandersetzung mit der Regionalmacht Iran forciert, in den kommenden zehn Jahren US-Waffen für 350 Milliarden Dollar erhalten.

Europäische Firmen verkaufen Geräte im Gesamtvolumen von 91,6 Milliarden Dollar. Das ist ein Zuwachs um 0,2 Prozent gegenüber 2015. Die acht unter den Top 100 gelisteten britischen Unternehmen legten insgesamt um zwei Prozent zu, ihr Anteil am Gesamtvolumen betrug 9,6 Prozent.

Überdurchschnittlich verdienten deutsche Unternehmen. Sie

legten im internationalen Vergleich um 6,6 Prozent zu und erzielten einen Gesamtumsatz von sechs Milliarden US-Dollar. Die Auftragsbücher von Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall sind übervoll. Beide streben nun Ko-

Überdurchschnittlich verdienten deutsche Unternehmen. Sie legten um 6,6 Prozent zu.

operationen insbesondere mit französischen Firmen an, um am von der NATO und der EU ausgelösten Rüstungsboom an den von Brüssel ausgereichten Forschungsmitteln zu verdienen. Unter den von SIPRI gelisteten Unternehmen sind auch zwei trans-europäische Konzerne mit deutscher Beteiligung. Airbus, eine Fir-

ma, die durch die Pannen am Militärtransporter A400M Schlagzeilen macht, liegt auf Rang 7, MBDA belegt Platz 25.

Nicht erfasst in den SIPRI-Studien sind immaterielle und damit zumeist staatlich erbrachte Leistungen. Beispielsweise studieren an der Bundeswehr-Führungsakademie ständig rund einhundert ausländische Offiziere aus etwa 50 Nationen. Insgesamt haben bislang rund 3000 ausländische Militärs aus über 100 Ländern an der Hamburger Bildungsstätte gelernt. Auch an den Bundeswehr-Universitäten und den Offiziersschulen sowie im Ausland findet Wissenstransfer statt, der eine notwendige Ergänzung zu den Rüstungslieferungen ist.

Während Union und SPD am Montag kaum auf die SIPRI-Analyse reagierten, forderte Liebichs Linksfraktions-Kollegin Sevim Dagdelen von der Bundesregierung ein generelles Rüstungssexportverbot. Seite 7

Putin kündigt Truppenabzug an

Russische Soldaten sollen sich zum Großteil aus Syrien zurückziehen

Moskau. Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei einem überraschenden Besuch in Syrien den Rückzug eines Großteils der russischen Truppen aus dem Bürgerkriegsland angeordnet. Erstmals seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in Syrien besuchte Putin die Luftwaffenbasis Hamaimim in der Provinz Latakia. Dort gab er Order zur Einleitung des Rückzugs, meldeten die Agenturen Tass und Interfax am Montag. Auf dem Stützpunkt habe Putin auch den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad getroffen.

Russland gilt als militärische Schutzmacht der syrischen Regierung. Seit September 2015 fliegt das russische Militär Luftangriffe und unterstützt damit die syrische Armee. Erst im vergangenen November hatte Putin den syrischen Machthaber Assad überraschend in Sotschi empfangen. Dabei hatte der russische Präsident bereits angedeutet, dass sich der Militäreinsatz in dem Land dem Ende näherte. Später am Montag wurde Putin zu Gesprächen in der Türkei und in Ägypten erwartet. *dpa/nd*

EU-Staaten bilden Verteidigungsunion

17 gemeinsame Militärprojekte wurden am Montag beschlossen

Brüssel. Die EU hat eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik gestartet. Die EU-Außenminister beschlossen am Montag bei ihrem Treffen eine neue Form der Kooperation, die Europas Verteidigung über gemeinsame Militärprojekte vorantreiben soll, wie der EU-Rat mitteilte. Daran beteiligen sich 25 der 28 EU-Staaten. Nicht mit dabei sind Großbritannien, Malta und Dänemark. Beschlossen wurden vorerst 17 Militärprojekte.

Deutschland übernimmt bei vier von ihnen die Führung, so bei der Schaffung eines EU-Sanitätskommandos, eines Netzwerkes von Logistikdrehscheiben, eines Zentrums für Trainingsmissionen sowie einer Initiative zum Aufbau schnellerer Krisenreaktionskräfte. Weitere Projekte dienen der Entwicklung von militärischen Tauchrobotern und gepanzerten Fahrzeugen, einer besseren Seeraumüberwachung in Südosteuropa, der Katastrophenhilfe und dem Austausch von Geheimdienstinformationen zu Cyber-Bedrohungen. *AFP/nd*

Venezuela schließt Opposition aus

Präsident Maduro will mehreren Parteien Wahlteilnahme untersagen

São Paulo. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro will die wichtigsten Oppositionsparteien von der Präsidentenwahl im kommenden Jahr ausschließen. Er begründete dies mit dem Boykott der Opposition bei den Bürgermeisterwahlen vom Sonntag. Eine Partei, die zum Boykott aufrufe, könne nicht zu einer anderen Wahl antreten, sagte Maduro laut der Tageszeitung »El Universal«. Das habe die Verfassungsgebende Versammlung so beschlossen. Drei der vier größten Oppositionsparteien hatten die Wahl boykottiert.

Von dem Ausschluss sind unter anderem die Parteien der bekanntesten Oppositionspolitiker Henrique Capriles und Leopoldo López betroffen. Das Oppositionsbündnis MUD sprach am Sonntag von Unregelmäßigkeiten und fehlender Transparenz bei den Bürgermeisterwahlen. Die Beteiligung sei gering gewesen. Offiziellen Schätzungen zufolge nahmen 47 Prozent der Wähler an der Abstimmung teil. Maduro zufolge gewann seine sozialistische Regierungspartei 300 von 335 Bürgermeisterposten. *epd/nd*

Exakt zwei Jahre nach der Verabschiedung des Weltklimavertrags von Paris treffen sich an gleicher Stelle Politiker, Umweltschützer und Wirtschaftsvertreter, um beim »One Planet Summit« zu beraten, wie mehr Geld in Anpassungsmaßnahmen und grüne Technologie in armen Ländern gelenkt werden kann. Dabei geht es auch um die Frage, wer für die gewaltigen Schäden durch Extremwetterereignisse aufkommen soll.



Überflutungsgebiete im nordindischen Srinagar

Foto: imago/Hindustan Times/Nitin Kanotra

Es fließt zu wenig staatliches Klimageld

Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig über Ablenkungsmanöver und Rechenspiele der Geberländer

Herr Kowalzig, für Dienstag haben Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, UN-Generalsekretär António Guterres und Weltbank-Chef Jim Yong Kim zu einer Konferenz über Klimagelder in Paris eingeladen. Darüber haben die Staaten doch gerade erst auf dem Weltklimagipfel in Bonn gesprochen – was soll das neue Treffen da bringen? Macron will mit diesem Treffen unter anderem einen politischen Impuls gegen den US-Präsidenten Donald Trump setzen, der aus dem Pariser Weltklimaabkommen austreten möchte. Außerdem soll es nicht nur um die Klimafinanzierung im engeren Sinne gehen, bei der die reichen Staaten die armen Länder beim Klimaschutz unterstützen, sondern auch um das Umlenken der weltweiten Finanzströme. Momentan gibt es noch viermal so viele Investitionen in fossile Energien wie in erneuerbare. Das Verhältnis müsste sich umkehren.

Wer genau trifft sich eigentlich in Paris?

Persönlich eingeladen sind natürlich die Staats- und Regierungschefs aller Länder. Etwa 50 davon haben auch schon angekündigt zu kommen, vor allem aus Europa, Afrika und von den pazifischen Inselstaaten. Deutschland gehört offenbar leider nicht dazu: Bundeskanzlerin Angela Merkel



Jan Kowalzig ist Referent für Klimawandel & Klimapolitik bei der Hilfsorganisation Oxfam Deutschland. Susanne Schwarz sprach mit ihm über seine Erwartungen an den Pariser Klimafinanzgipfel.

Foto: Henning Lüders

(CDU) lässt sich in Paris nach bisherigen Informationen von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vertreten. Auch weitere große Player sowie Japan und Kanada schicken nicht ihre politische Spitze, sondern andere Politiker und Experten.

Die USA gehören sicher auch zu dieser Gruppe.

Donald Trump kommt selbstverständlich nicht, dafür allerdings mehrere Vorreiter der Klimaschutzinitiative US-amerikanischer Bundesstaaten, Städte und Unternehmen – darunter der kalifornische Gouverneur Jerry Brown und der frühere New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg. Außerdem haben sich Prominente wie Arnold Schwarzenegger und Leonardo DiCaprio ange-

kündigt sowie Vertreter der Wirtschaft.

Wie könnte das Ergebnis dieses Gipfels aussehen?

Einen richtigen Beschluss wird das Treffen nicht hervorbringen – schließlich wird nicht offiziell verhandelt, sondern informell debattiert. Der Gipfel wird hoffentlich neue Initiativen und Länderbündnisse bringen, vielleicht zur Bepreisung von CO₂-Emissionen. Man wird sicher auch darüber sprechen, wie die Gefahren des Klimawandels für Investoren besser transparent gemacht werden können, damit sie ihr Geld entsprechend anlegen können. Möglicherweise werden auch neue Finanzzusagen von Staaten für die Unterstützung armer Länder kommen.

Schon 2009 haben die Industrieländer versprochen, dass sie ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen wollen. Wie viel Geld liegt derzeit auf dem Tisch?

Das kommt ganz darauf an, wen man fragt. Die Geberländer selbst würden sagen, dass sie auf einem guten Weg sind. Da findet man die Zahl 57 Milliarden US-Dollar. Methodisch ist diese Berechnung aber meines Erachtens nicht sauber: Man kommt auf diese Zahl nur, wenn man beispielsweise vergünstigte Kredite komplett mit einrechnet – also auch den Teil, den die Kreditnehmer zurückzahlen. Das ist nicht sinnvoll, es dürfte nur die Einsparung im Vergleich zu einem marktüblichen Kredit zählen. Wir haben bei Oxfam eine eigene Berechnung angestellt und kommen auf bestenfalls 21 Milliarden US-Dollar an echten Finanztransfers.

In Paris soll es nun nicht nur um öffentliches, sondern auch um privates Geld gehen. Der Streitpunkt, ob Investitionen von Unternehmen nun als Klimafinanzierung verstanden werden sollen, taucht zwischen Industrie- und Entwicklungsländern immer wieder auf.

Ja, so wichtig private Mittel sind: Industrieländer lenken durch den Verweis auf private Geldströme gern da-

von ab, dass noch zu wenig öffentliches Geld fließt.

Die Argumentation lautet oft: Es ist doch gut, wenn man mit wenig Geld aus den Staatskassen gezielt einen Hebel setzen kann für private Investitionen. Ein Beispiel dafür ist die Globale Partnerschaft für Klimarisikoversicherungen, die in Bonn gegründet wurde.

An sich ist es natürlich wünschenswert, wenn Menschen in Entwicklungsländern und auch die Staaten selbst sich gegen die Risiken des Klimawandels besser absichern können. Aber erstens sind nicht alle Risiken versicherbar. Wenn ein Schaden mit ziemlicher Sicherheit bei allen Einzählern eintreten wird, wie es mit Fortschreiten des Klimawandels bei immer mehr seiner Folgen der Fall ist, dann kann eine Versicherung nicht funktionieren. Unternehmen werden schließlich nur tätig, wenn sie Profit machen. Zweitens können sich die Ärmsten der Armen die Versicherungsprämien nicht leisten. Und drittens bleibt immer ein Gerechtigkeitsproblem: Effektiv verkauft man armen Menschen im globalen Süden Versicherungen für den Schutz gegen den Klimawandel, den diese überhaupt nicht mit verursacht haben, während hier noch die Kohlekraftwerke laufen.

Öffentlich-Private Versicherungspartnerschaft

Die Bundesregierung fördert finanziellen Schutz vor Wirbelstürmen, Überflutungen und Dürren in Entwicklungsländern

Was in Deutschland eigentlich selbstverständlich ist, ist in Afrika und Asien weitgehend unbekannt: eine Versicherung gegen Wetterextreme.

Von Hermannus Pfeiffer

Der Klimawandel ist längst zu einem lukrativen Geschäftsmodell geworden. Meteorologen, Mathematiker und Klimaforscher des weltgrößten Rückversicherers Münchner Rück beobachten seit Jahrzehnten die Wetterkapriolen in aller Welt. Bei solchen Unternehmen sichern sich Industrieunternehmen und sogenannte Erstversicherer wie Generali, Ergo oder Allianz gegen Hochwasser, Feuersbrünste und Stürme finanziell ab. Die zunehmende Zahl von Extremwetterereignissen und der größere finanzielle Schaden – 2016 musste die Assekuranz weltweit für 50 Milliarden Dollar einstehen – gleichen die Rückversicherer im Trend durch höhere Prä-

mien aus. Für die Versicherten wird der Klimawandel also teurer. Dies gilt in den Industriestaaten auch für kleine Gewerbetreibende und Hausbauer. Dafür deckt der »GeoRiskReport« des Dienstleisters VDS Schadenverhütung in Köln für jedes Gebäude und jede Bauplanungs-Koordinate in Deutschland alle sicherheitsrelevanten Naturgefahrenparameter ab.

Von einem solchen Rundum-Schutz sind Reisbauern in Indien oder Kaffeepflanzenbesitzer in Kenia weit entfernt, obwohl gerade die tropischen und subtropischen Gegenden am härtesten von den Folgen der Erderwärmung betroffen sind. Die Bundesregierung hat eine marktwirtschaftliche Lösung auf den Weg gebracht, mit der mittelfristig 400 Millionen vom Klimawandel betroffene arme Menschen versichert werden sollen. Mitte Oktober gaben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die staatliche Förderbank KfW

den Startschuss für einen weiteren Baustein der Klimarisikoversicherungsinitiative »Insu-Resilience«. Der Begriff setzt sich zusammen aus der englischen Kurzform für Versicherung und dem Begriff Widerstandsfähigkeit. Dabei geht es auch darum, Regierungen zu beraten, etwa durch die Einlagerung von Saatgut vorzuzugreifen. Die Initiative war auf Betreiben Bundeskanzlerin Angela Merkels von den G7-Staaten im Juni 2015 beim Gipfel in Elmau begründet worden.

»Tropenstürme, Überschwemmungen, Dürren – gerade in Entwicklungsländern können Extremwetterereignisse Existenzen bedrohen und Entwicklungsfortschritte zunichtemachen«, sagt Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium. Im Schadensfall böten Klimarisikoversicherungen schnelle Hilfe.

Wenn der Betroffene eine solche denn abgeschlossen hat. International agierende Versicherungskonzerne

wie die deutsche Allianz oder die französische Axa bieten seit einiger Zeit Klimaversicherungen in zwei Dutzend Ländern Asiens und Afrikas an. Doch selbst diese Mini-Policen kosten Geld, das möglichen Kunden fehlt.

Den gordischen Knoten durchschlagen soll nun die neue Öffentlich-Private-Partnerschaft. »Mit dem Insu-Resilience-Fonds bringen wir erstmals Privatwirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungsländer zusammen, um passgenaue Versicherungs- und Finanzierungslösungen zu entwickeln«, wirbt Silberhorn für das Projekt. Der Fonds wird von der KfW mit 15 Millionen Euro ausgestattet. Die vergleichsweise kleine Summe soll als Anschubfinanzierung dienen und zugleich die Risikospitzen abbauen. Dadurch, so die Überlegung, sinkt das Risiko der Versicherer, die dann preiswertere Verträge anbieten können.

In der Karibik und Teilen Lateinamerikas hat man vor einem Jahrzehnt angefangen, erste öffentlich-

private Versicherungen gegen Klimarisiken aufzubauen. Als in diesem Herbst Jamaika von Wirbelstürmen heimgesucht wurde, konnte binnen weniger Tage mit 30 Millionen Dollar geholfen werden. Auch die »African Risk Insurance« in Ostafrika habe sich bewährt, lobt die KfW. Bislang wurden dabei mit acht Ländern Verträge geschlossen. Mit Versicherungsauszahlungen konnten zwei Millionen Menschen unterstützt und mehr als 500 000 Tiere gerettet werden.

Unter Nichtregierungsorganisationen sind solche öffentlich-privaten Projekte indes umstritten. Versicherungen griffen beim Kampf gegen den Klimawandel auch zu kurz, so die Kritik. Andererseits arbeitet beispielsweise die Hilfsorganisation Oxfam mit dem Rückversicherer Swiss Re in Äthiopien zusammen. Angesichts wenig effizienter Regierungen in vielen Entwicklungsländern sehen Beobachter in der Einbeziehung privater Versicherer durchaus eine Chance.

Die große Görlitzer Leere

Die geplante Schließung des Siemens-Werkes trifft eine ganze Region ins Mark

Siemens will bis 2023 sein Turbinenwerk in Görlitz schließen. Die Nachricht bremst jäh den Höhenflug der sächsischen Stadt – und sendet Schockwellen durch eine Region, in der ohnehin Frust herrscht.

Von Hendrik Lasch, Görlitz

Es gibt Tage, da laufen sie in Görlitz mit breitem Grinsen durch die Gassen der sanierten Altstadt. Anfang November wurde die Stadt in Ostachsen zum besten Filmdrehort des Jahrzehnts in Europa gekürt. Hier haben Kate Winslet für den Film »Die Vorleserin« oder Regisseur Quentin Tarantino für »Inglourious Basterds« gedreht; dessen Kollege Wes Anderson ließ gleich die ganze Crew, die an seinem Film »The Grand Budapest Hotel« arbeitete, im prunkvollen, wenn auch seit Jahren leerstehenden Jugendstil-Kaufhaus der Stadt einziehen – einer Stadt, die mittlerweile als »Görlitwood« vermarktet wird.

Und gleich danach gibt es Tage, da hängen in Görlitz die Köpfe, und in den Taschen ballen sich die Fäuste. Ebenfalls im November verkündete der Siemens-Konzern, dass er wegen der Probleme in der Kraftwerkssparte Tausende Jobs streicht und zwei Werke komplett schließt. Eines davon ist das Turbinenwerk Görlitz. Fast 900 Beschäftigte; ein Betrieb, der eine 111-jährige Tradition hat und in dem die ansehnlichen Tariflöhne der Metall- und Elektrobranche gezahlt werden. Einer von nur noch zwei großen Arbeitgebern des verarbeitenden Gewerbes in der Stadt, und nicht zuletzt eine Firma, von deren Beschäftigten praktisch jeder Görlitzer einen kennt. Dass dort im Jahr 2023 die Lichter ausgehen sollen, ist ein Tiefschlag, sagt Eva Wittig von der Europastadt Görlitz Zgorzelec GmbH: »Das torpediert uns auf allen Ebenen.«

Wittig sitzt in einem der stolzen Bürgerhäuser, die von einer Tradition als reiche Handelsstadt an der Via Regia künden; vor sich eine Broschüre: »Das Beste aus zwei Welten«, steht dort über einer stimmungsvollen Aufnahme der Kirche St. Peter und Paul an der Neiße: »Mehr Investitionsvorteile gibt es nirgends.« Wittig und ihre kommunale Gesellschaft werben um Firmenansiedlungen in der Stadt ganz im Osten der Republik. Potenzielle Investoren umgarnt man mit Argumenten wie der guten Lage in Europa, den ausgebildeten Fachkräften und der Förderung, die wegen der Grenznahe höher ist als sonst in Sachsen. Man führt auch ein quirliges kulturelles Leben an, das angenehme Wohnklima und eine gewisse Aufbruchstimmung, die viele in Görlitz erfasst hat. Und nun: ein Nackenschlag. Und der Eindruck, 25 Jahre in die Vergangenheit versetzt worden zu sein. Mancher, sagt Wittig, »hat das Gefühl: Jetzt machen sie wieder alles dicht.«

Mit Görlitz ging es schon einmal kräftig bergab, wie mit der gesamten Region Ostachsen. In der Oberlausitz wurden mit dem Ende der DDR große Teile der Textilindustrie abgewickelt; von den Tausenden Arbeitsplätzen im Kombinat Lautex blieb eine überschaubare Anzahl Jobs bei Firmen wie Frottana in Großschönau. Auch die Braunkohle war ein großer Arbeitgeber – und brach nach 1990 weg: Aus Tagebaulöchern wurden Seen und Erholungsgebiete; das Kraftwerk Hagenwerder ist abgerissen. Maschinenbau, Optik, der Fahrzeugbau mit »Robur« in Zittau, die Produktion großer Landmaschinen in den Werken des Kombinats »Fortschritt«: alles mehr oder weniger weg. Die Arbeitslosenzahlen kletterten im Osten Sachsens auf Rekordniveau.

Ganz so düster wie einst sieht es inzwischen nicht mehr aus, sagt Dana Dubil. Die 33-jährige ist seit kurzem DGB-Chefin in Ostachsen. Sie stammt aus Kodersdorf, einem kleinen Ort an der Autobahn A4, dessen Gewerbegebiet eine Art industrieller Kern geworden ist. Zu einem Sägewerk haben sich ein Felgenhersteller und eine Filiale der Elbe Flugzeugwerke Dresden gesellt; einige hundert Jobs sind entstanden. Auch anderswo haben sich mittelständische Firmen angesiedelt, etliche davon in Görlitz: der Schuhhersteller Birkenstock, ein Callcenter, jüngst erst der Schweizer Anlagenbauer



Über den Görlitzer Marktplatz wacht Justitia, Göttin der Gerechtigkeit. Viele Görlitzer fühlen sich von Siemens aber derzeit ungerecht behandelt. Foto: Ostkreuz/Schönharting

SKAN, der Maschinen für Reinräume produziert.

Allerdings: In vielen der Unternehmen sind die Gehälter nicht berauschend. Dubil weist auf eine Tabelle, in der die mittleren Bruttomonatslöhne aufgeführt sind. Für Deutschland liegt der Wert bei 3133 Euro, für Sachsen bei 2388 Euro. Görlitz rangiert noch weiter hinten – bei 2119 Euro, einen Tausender unter dem bundesweiten Durchschnitt. Der Freistaat habe sich zwar »vom Niedriglohn- zum Mindestlohnland entwickelt«, sagt Dubil mit säuerlichem Lächeln. Aber wirklich gutes Geld verdient man woanders.

Ein paar Ausnahmen gibt es, allen voran Siemens sowie Bombardier in Görlitz. Beide zahlen über dem ost-sächsischen Durchschnitt; beide sind große Arbeitgeber: Bombardier hatte inklusive vieler Leiharbeiter zeitweise fast 2000 Beschäftigte. Beide haben Tradition: Im einen Werk begann man 1906 mit der Produktion von Dampfturbinen, im anderen sogar schon 1849 mit der Herstellung von Bahnwaggons. Und beide arbeiten heute zwar in modernen Hallen, aber direkt neben imposanten Fabrikgebäuden aus der Gründerzeit – mitten in der Stadt. Sie sind die wichtigsten »Anker« der lokalen Wirtschaft, sagt Wittig: Betriebe, von deren guten Gehältern auch viele

Händler, Wirte oder das Theater profitieren – und deren Mitarbeiter für Weltläufigkeit in Görlitz und ein gutes Image der Stadt außerhalb sorgen. Gerade bei Siemens, sagt Wittig, kämen Ingenieure aus vielen Ländern für ein paar Jahre auch nach Görlitz. Viele seien erst skeptisch ge-

Sie sind die wichtigsten »Anker« der lokalen Wirtschaft, sagt Wittig: Betriebe, von deren guten Gehältern auch viele Händler, Wirte oder das Theater profitieren.

wesen über die Versetzung in den »tiefen Osten« – und hätten dann nicht wieder weg gewollt aus der schönen Stadt.

Nun aber drohen beide Anker aus dem Grund gerissen zu werden. Zunächst hatte Bombardier einen massiven Jobabbau angekündigt; auch hier stand zeitweilig die Schließung des Görlitzer Werks zur Debatte. Davon ist, womöglich auch dank massiver Proteste, nicht mehr die Rede; die Ingenieure aus der Entwicklungsabteilung allerdings sind abgezogen, die

Pläne für den Rest des Werks bleiben diffus. Und nun: Kahlschlag auch bei Siemens. Es droht, sagt Wittig, »die große Leere« in Görlitz. Im Wortsinn, weil das innerstädtische Werkgelände verwaisen könnte, aber auch im Seelenleben der Stadt: Wenn zwei so wichtige Betriebe verschwinden, »dann macht das etwas mit der Psyche.«

Mancher hält derlei Befürchtungen für überzogen. »Man darf nicht dramatisieren«, sagt Joachim Ragnitz vom Dresdner ifo-Institut für Wirtschaftsförderung. Der Verlust von 900 Jobs sei für eine Stadt wie Görlitz mit ihren 55 000 Einwohnern zwar eine »erhebliche Belastung«, räumt er ein. Die Siemens-Beschäftigten seien aber hoch qualifiziert, der Fachkräftemangel auch im Osten Sachsens inzwischen erheblich. Die Leute würden woanders unterkommen – was auch den Kaufkraftverlust und die befürchteten Mindereinnahmen bei der Steuer »abfedern« würde.

Dana Dubil teilt den nüchternen Pragmatismus des Wirtschaftsforschers nicht. Sie verweist darauf, dass verfügbare Arbeitsplätze oft schlechter bezahlt sind und die Arbeitsagentur viele Jobs nur auf Leiharbeitsbasis anbietet, und sie fürchtet, dass vor allem die Jüngeren abwandern, so wie es in der Lausitz schon nach 1990 Alltag war. Sie müssen vielleicht nicht

mehr bis nach Bayern, sondern »nur« nach Dresden ziehen. Der Aderlass aber geht weiter. Zurück bleiben Menschen, die »einen weiteren großen Dämpfer« einstecken müssen, nur dass jetzt nicht die Privatisierungspolitik der Treuhand schuld ist, sondern Energiewende und Globalisierung.

Es wäre eine Entwicklung, die auch politisch brisant ist, sagt Dubil. Schon jetzt hat in Ostachsen die AfD viel Zulauf; sie errang bei der Bundestagswahl beide Direktmandate in der Region und fuhr mancherorts über 40 Prozent ein. Wenn sich noch mehr Menschen als ohnmächtige Opfer von Konzernlenkern empfinden und die Politik mit ihrem erklärten Anspruch daran scheitert, das Werk zu retten, »wird das die Verbitterung verstärken«, sagt die DGB-Chefin. »Die Gefahr besteht, dass dann noch mehr Menschen einfachen politischen Lösungen hinterher laufen.«

Noch freilich ist das Werk nicht geschlossen. Noch hofft man in Görlitz, dass selbst der Beschluss dazu nicht endgültig ist. Vielleicht, sagt Eva Wittig, könne man alles noch »zum Guten wenden« – und sei es auch um den Preis größeren Stellenabbaus. Wenn das Werk geschrumpft werde, könne man immerhin noch hoffen, dass es auch wieder aufwärts gehe. »Was aber einmal weg ist«, sagt die Wirtschaftsfördererin, »das ist weg«

Leise Lieder und laute Proteste

Görlitzer Siemensianer wehren sich gegen das Ende

Die IG Metall setzt weiter auf Proteste gegen die Schließung des Görlitzer Turbinenwerkes und erteilt Gesprächen mit Siemens über die konkrete Umsetzung der Konzernpläne eine Absage. »Es wird nicht verhandelt«, betonte Jan Otto, der Erste Bevollmächtigter der Metallgewerkschaft in Ostachsen. Zwar habe man in Unterredungen mit der Arbeitgeberseite eingewilligt. Dabei handele es sich aber allenfalls um »Gespräche, die Sondierungen vorangehen«. Verhandlungen könne es erst geben, »wenn die Drohungen vom Tisch sind.«

Siemens hält derweil an Plänen fest, das Görlitzer Werk zu schließen, und zwar »voraussichtlich in fünf Jahren«. Das sagte Willi Meixner, Chef der »Division Power and Gas« des Konzerns, in einem Interview mit der »Sächsischen Zeitung«. Er räumte ein, dass es Görlitz »besonders hart« treffe; es werde aber auch Einschnitte an anderen Standorten geben. Meixner verwies auf einen Preisverfall bei Industrieturbinen, wie sie in Görlitz hergestellt werden. Diese kommen vorwiegend nicht in Gas- und Kohlekraftwerken, sondern etwa in Solar-, Biogas- oder Anlagen zur Meerwasserentsalzung zum Einsatz. Seit etwa einem Jahr gebe es einen »dramatischen Rückgang der Aufträge und einen Preisverfall auf dem Weltmarkt.«

Die Belegschaft in Görlitz will eine komplette Schließung aber nicht akzeptieren und verweist auf volle Auftragsbücher. Ihren Forderungen will sie mit leisen wie mit lauten Protesten Nachdruck verleihen. In der Adventszeit sind nach Angaben der IG Metall eine Lichterkette um das Werk sowie zwei Weihnachtsliedersingen geplant: einmal in Görlitz und einmal vor der Konzernzentrale in München. Man wolle in der Zeit vor Weihnachten »allen die Möglichkeit zur Besinnung und Siemens die Möglichkeit geben, die Planungen zur Werkschließung zu überdenken«, sagte Otto der Nachrichtenagentur dpa. Für den 19. Januar ist dann eine Großdemonstration geplant. Dem »nd« sagte der Gewerkschafter, er hoffe auf eine noch größere Teilnehmerzahl als bei einer Menschenkette, die vor zwei Wochen stattfand und bei der rund 2000 Menschen einen symbolischen Brückenschlag zwischen den Werken von Bombardier und Siemens vollzogen.

Unmut herrscht in der Lausitz auch angesichts der Tatsache, dass mit der Abwicklung des Werks in Görlitz womöglich Standorte im Westen gestärkt werden sollen. Die Rede ist von der Verlagerung von Teilen der Produktion nach Mühlheim. DGB-Regionalchefin Dana Dubil hielte das für falsch; notwendig wäre eher ein Transfer in entgegengesetzter Richtung. »Ich erwarte jetzt auch westdeutsche Solidarität, um das Werk hier zu erhalten«, sagte sie gegenüber »nd« und fügte an: »Wir haben ja hier kaum etwas anderes.« hla

KOMMENTIERT

Sieg auf der sekundären Ebene

Martin Ling zu den Kommunalwahlen in Venezuela und ihren Folgen

Die Ergebnisse erinnern an die besten Zeiten unter Hugo Chávez: »Wir haben mehr als 300 von 335 Rathäusern gewonnen«, jubilierte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro längst vor der Bekanntgabe des öffentlichen Ergebnisses. Es gibt aber keine Zweifel an dem überragenden Sieg der Regierungspartei PSUV, allein schon deshalb, weil der Boykott dreier bedeutender rechter Oppositionsparteien den Weg freimachte.

Politisch gewinnt die PSUV seit dem Ende der gewalttätigen Proteste im Frühjahr mit über 120 Toten gewaltig an Boden. Mittels der umstrittenen Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung (VV) macht die PSUV mehr oder weniger, was sie will. Das wird bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr seine Fortsetzung finden, denn Maduro hat mit dem Verweis auf das »Kriterium der Verfassungsgebenden Versammlung« darauf hingewiesen, dass alle Boykotteure vom 10. Dezember auch bei den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen sind. Damit hat Maduro Stand jetzt keinen Gegenkandidaten, der ihm so gefährlich werden kann wie der auch vom Boykott betroffene Henrique Capriles, den er 2013 nur denkbar knapp bezwingen konnte. Maduros Crux ist derweil, dass ihm die politischen Siege nichts nutzen, wenn er die tiefe Wirtschaftskrise und den gesellschaftlichen Zerfall nicht zu stoppen vermag. Und das ist nicht in Sicht.

PERSONALIE

Zuschauen allein ändert nichts

Von Stephan Fischer

Den nüchternen Blick auf die Lage der polnischen Opposition bringt Katarzyna Anna Lubnauer von Hause aus mit. 1969 in Łódź geboren, studierte sie Mathematik, 2001 erwarb sie den Dokortitel – mit einer Abhandlung über »Grenzwertsätze in der Quantenwahrscheinlichkeitstheorie«. Da aber anders als auf Quantenebene allein das Betrachten von gesellschaftlichen Phänomenen nicht schon für Änderung derselben sorgt, sondern vor allem auch politisches Handeln erfordert, engagierte sich Lubnauer schon früh in Organisationen und Parteien. Jüngst erreichte ihr Aufstieg seinen Höhepunkt – sie übernahm Ende November den Parteivorsitz der liberalen Nowoczesna (»Die Modernen«). Ein Wechsel an der Spitze, der in die Zeit passt.

Anders als vor einem Jahr, als Oppositionsabgeordnete tagelang aus Protest gegen einige Vorhaben der PiS-Regierung in Warschau das Parlament besetzten, gehen sowohl die diesjährigen Justizreformen als auch die Regierungsumbildung beinahe geräuschlos vonstatten – Massendemonstrationen oder Parlamentsbesetzungen gibt es im Winter 2017 nicht. Der vorherige Nowoczesna-Chef und Parteigründer Ryszard Petru hatte dafür schon 2016 keinen Nerv: Er flog mit seiner Freundin nach Portugal, wäh-



Katarzyna Anna Lubnauer (48), Nowoczesna-Vorsitzende in Polen

Foto: imago/ZUMA Press

rend Parteikollegen im Sejm ausharren. Mit ein Grund, warum er jetzt nicht mehr an der Spitze der Partei steht.

Lubnauer betrachtet die jetzige Lage in Polen ohne Illusionen. Die PiS sitzt scheinbar fester im Sattel als je zuvor in ihrer zweijährigen Regierungsphase und »Ja, die jungen Polen sind ziemlich rechts«, konstatierte sie vor kurzem in der »Welt«. Sie setzt vor allem auf die Mittelklasse, mithin jene Polen, die von der EU-Mitgliedschaft des Landes profitieren und dem Europakurs der PiS kritisch gegenüberstehen. Die 48-Jährige hat dabei vor allem die Kommunalwahlen im kommenden Jahr im Blick, für die sie bereits parteiübergreifende Wahlbündnisse schmiedet: Derzeit wohl auch der einzig Erfolg versprechende Weg für die nächsten Parlamentswahlen 2019.

Härtefall Barmherzigkeit

Uwe Kalbe über den Alarmismus des Innenministers in Sachen Kirchenasyl

Die Zahl der Kirchenasyle steigt. Dies ist nach Auffassung des Bundesinnenministers offenkundig eine Art Überdehnung des Rechts der Kirchen, das zwar vertraglich vereinbart ist, aber gefälligst nicht überbeansprucht werden dürfe. Doch ist es eher andersherum. Ansteigende Zahlen im Kirchenasyl zeigen einen Missstand an, keinen Missbrauch.

»Kirche kann barmherzig sein. Der Staat muss gerecht sein«, sagt Thomas de Maizière, und er meint, staatliche Gerechtigkeit folge bereits selbst humanitären Maßstäben. Leider bestätigen die Ausnahmen diese Regel nicht, dafür sind es zu viele. Ein Großteil der in ihren Asylverfahren gescheiterten Flüchtlinge erhält Abschiebeschutz. Ihre Fluchtgründe sind real, heißt das. Und dass Amtsentscheidungen nicht blind zu vertrauen ist. Härtefälle werden nicht nur vielfach übersehen, sondern auch geschaffen. Das umstrittene Dublin-System selbst ist hierfür immer wieder Auslöser, wenn Menschen in ein Aufnahme-land zurückgeschickt werden sollen, wo ihnen Abschiebung bereits angekündigt ist oder die Verhältnisse so chaotisch sind, dass von staatlicher Gerechtigkeit kaum mehr die Rede sein kann. Mit diesen Härtefällen bekommen die Kirchen es immer wieder zu tun. 2225 Personen nennt Thomas de Maizière – von August 2016 bis Oktober 2017. Doch 530 sind es derzeit, ein Viertel also. Der Alarmismus des Ministers klingt weder barmherzig noch gerecht.



Zeichnung: Rainer Hachfeld

FLATTERSATZ

»Wir sind zu viert ...

Kathrin Gerlof über die schrumpfende Europäische Union und einen fragwürdigen Begriff von Solidarität

... damit wir nur zur Seite rollen müssen, um nicht mehr allein zu sein, und damit es egal ist, auf welche Seite wir uns rollen, weil überall jemand liegt.« Die Schriftstellerin Ronja von Rönne hat in ihrem Roman »Wir kommen« nicht über die Europäische Union geschrieben. Aber diese Beschreibung über vier Menschen, die nicht genau wissen, wozu sie eigentlich auf der Welt sind, einmal hochgerechnet auf 28, klingt irgendwie zutreffend. Der kleinste gemeinsame Nenner des Staatenbundes, der wie eine Familie funktioniert, in der alle sich irgendwie nicht leiden können, aber auch nicht wissen, was sie ohneeinander täten, scheint der Tatsache entsprungen, dass allein eben noch scheißer ist. (Das ist geklaut, der Fußballer Erik Meijer hat gesagt: Es ist nichts scheißer als Platz zwei.)

Jean-Claude Juncker hat in der vergangenen Woche seine Pläne zur Vertiefung der Währungsunion vorgestellt. Der Mann ist optimistisch, dass die Union in seiner Lesart zu reformieren ist. Also nicht unbedingt in Richtung mehr Demokratie, aber darauf kommt es auch gar nicht an. Mehr Demokratie ist was für eingetragene Vereine und spinnerte Köpfe, die bereit sind, mit einem selbstgehälkelten Pass durch die ganze Welt reisen zu wollen.

Juncker und Macron – das ist der, der Frankreich erneuern will – setzen darauf, dass die EU-Institutionen mehr Macht bekommen und dass mehr Geld nach Brüssel fließt. Mehr Macht ohne mehr Demokratie, werden jetzt manche sagen, ist irgendwie nicht schön. Das stimmt aber gar nicht. Nur ohne Demokratie macht Wahn Sinn. Die beste Art, Demokratie auszuhebeln, ohne den Ausnahmezustand ausrufen zu müssen, ist noch immer die Bürokratie samt de-

ren Institutionen. Und wer möchte der EU absprechen, dass sie über eine mächtige Bürokratie verfügt?

Es gibt Dinge, die zur Sorge Anlass geben, sie alle haben etwas mit Deutungshoheit und Macht zu tun: Der Anteil der Europäerinnen und Europäer an der Weltbevölkerung wird kleiner, die im Bruttoerzeugnis gemessene wirtschaftliche Macht Europas sinkt, die Bedeutung des Euro ebenfalls. Alles ganz schlecht.

Die schrumpfenden Bevölkerungszahlen lassen nur eine Handlungsoption zu: Grenzen noch dichter, als sie jetzt schon sind. Das mag paradox klingen, ist es aber nicht.



Kathrin Gerlof ist Schriftstellerin und Journalistin und lebt in Berlin.

Foto: nd/Camay Sungu

Nur ungestört lassen sich Kinder zeugen. Wenn man sozusagen kuschlig unter sich, die Bude also leer ist. Für jeden Geflüchteten, den wir im Mittelmeer ersaufen lassen, könnten so betrachtet zwei neue Europäer in die Welt gevögelt werden.

Juncker hat das allerdings im Frühjahr mit seiner richtungweisenden Rede in Strasbourg zur Lage der Europäischen Union ganz anders vorgelagert: »Europa ist – anders als viele behaupten – keine Festung und es darf niemals eine werden. Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität, auf dem diejenigen Schutz finden, die vor Verfolgung geflohen sind.«

Die Autorin zitiert aus einem Ablehnungsbescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge gegenüber einem jungen Afghanen (wir erinnern uns, das Amt, dessen Kurzname wie der Knall einer Gewehrpatrone klingt: BAMF!!): »Er und seine Freundin hätten auch die Konsequenzen kennen müssen, wenn man in einem streng islamischen Land unehelichen Geschlechtsverkehr hat, insbesondere wenn der Vater des Mädchens »mächtig« ist. Das hätte sie davor abschrecken müssen. Sie wären dann auch Sicher gegangen, dass sie keiner erwischen kann. Der Vortrag ist somit in seinem Kern ungläubhaft.« (Die Schreibfehler hat nicht die Autorin zu verantworten, sondern das Peng-BAMF!)

Wie kommt man jetzt geschmeidig zurück zu Juncker? Ach ja: »Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität.« Aber nicht mit Leuten, die zur Unzeit mit dem falschen Mädel rummachen.

Noch mal Ronja Rönne zum Schluss: »Meine Mutter sagt, was man liebt, muss man ziehen lassen. Also habe ich den Kontakt zu ihr abgebrochen.«

Gammelfleisch haben wir genug

Haidy Damm meint, dass die Skandal-Rhetorik von Greenpeace zu kurz greift

Wieder scheint ein Freihandelsabkommen der Europäischen Union – diesmal mit den Mercosur-Staaten – ohne öffentliche Debatte kurz vor dem Abschluss zu stehen. Details gibt es erneut nur über geleakte Dokumente. Business as usual in der EU-Kommission.

Letzteres gilt leider auch für die Umweltorganisation Greenpeace. In ihrer Mitteilung zu den von ihr veröffentlichten internen Verhandlungsdokumenten hebt der Sprecher auf Gammelfleisch aus Brasilien ab. Sicher, die Bestechung von Lebensmittelkontrolleuren, damit sie gestrecktes Hühnerfleisch und verdorbenes Rindfleisch durchgehen lassen, war im vergangenen Jahr ein handfester Skandal. Den Fokus darauf zu legen, dass brasilianisches Gammelfleisch demnächst in deutschen Kühlregalen liegt, gehört jedoch in die Mottenkiste skandalisierender Rhetorik.

Die Mercosur-Staaten sind in die industrialisierte Landwirtschaft noch tiefer verstrickt als Europa. Gentechnik ist ebenso an der Tagesordnung wie die in der EU verbotenen Hormone in der Tierhaltung. Hinzu kommen Menschenrechtsverletzungen durch Vertreibung, weil immer mehr Flächen gebraucht werden. Es ist das System der Agrarindustrie, das mit all seinen Facetten zur Debatte stehen muss – auf beiden Seiten des Atlantiks. Das ist schwieriger zu vermitteln, aber Gammelfleisch haben wir selbst genug.

IHRE MEINUNG

Ein absolutes Armutszeugnis

Zu »Linke in Bautzen von Rechtsradikalen angegriffen«, 10.12.; online: dasND.de/1072814

Oh je, die Polizisten in Bautzen kennen noch nicht mal die Nazi-Codes wie z.B. die »88«, die sie als »nur eine Zahl« bezeichnen. Zudem interessiert sich die Polizei in Bautzen eher für die Nazigegegnern, die sie laut sächsischer Justiz auch schon als »kriminell« bezeichnen dürfen.

Dass sich diese Zustände nicht ändern, liegt am mangelnden Willen der verantwortlichen Behörden. Ein absolutes Armutszeugnis der Demokratie!

Irmela Mensah-Schramm, Berlin

Wunschvorstellungen

Zu »Sahra und der Aufstand der Easy-Jetter«, 7.12., S. 15; online: dasND.de/1072479

Großartig, endlich! Es geht um eine glaubwürdige Politik der LINKEN, nicht um Wunschvorstellungen. Karl-Heinz Gläser, Magdeburg

Der Weitblick eines Humanisten

Zu »Undurchsichtig, ja bedrückend«, 9./10.12., S. 27; online: dasND.de/1073694

Der Leserbrief des Literaturnobelpreisträgers Thomas Mann vom 27. Oktober 1937 an die »Deutsche Zentralzeitung« in Moskau ist in jeder Hinsicht eine imponierende Entdeckung. Obwohl vor nunmehr über 80 Jahren geschrieben, hat die darin enthaltene Feststellung, »daß die Herstellung sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit die vordringlichste Aufgabe unserer Zeit ist«, nichts an Aktualität eingebüßt.

Sie zeugt vom Weitblick dieses Humanisten, und der »geistige Mensch« der Gegenwart wie der Zukunft wird diese Erwartung und Hoffnung nicht aufgeben. Ich teile darüber hinaus die Auffassung der

beiden Autoren des Beitrages, dass wohl niemand aus der Umgebung Wilhelm Piecks ein Interesse an der Fälschung dieser Briefabschrift gehabt haben könnte, denn warum hätte jemand auf ein solches Wagrain kommen sollen.

Rainer Döhner, Barchfeld/Werra

Fehlende inhaltliche Impulse

Zu »Rote Karte für SPD-Erneuerung«, 9.12., S. 1; online: dasND.de/1072787

Die Analyse des katastrophalen Krisenmanagements der SPD greift zu kurz. Denn das entscheidende Problem für einen glaubhaften Neuanfang bleibt nicht nur die insgeheim sehr wahrscheinlich bereits beschlossene weitere Große Koalition, die in Berlin die Spatzen von den Dächern pfeifen, sondern die auf dem Parteitag fehlenden inhaltlichen Impulse.

Schließlich erinnert die aus dem eigenen Archiv wieder hervorgekramte Vision der »Vereinigten Staaten von Europa« eher an eine Flucht nach vorne, bei der man sich nicht den essenziellen Fragen stellt, wie zum Beispiel, warum man etwa eine Mietpreisbremse beschlossen hat, bei der von vorn herein klar war, dass jene in ihrer konkreten Form so gut wie nichts bringen wird, oder einen Mindestlohn, bei dem ex post die Dokumentationspflichten für als besonders betrugsanfällig geltende Branchen sogar noch gelockert wurden.

Deshalb hilft nur eine echte historische Wertedebatte im Willy-Brandt-Haus aus der Misere, an der aber leider mehr denn je Zweifel bestehen!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen vor.

neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600

Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Geschäftsführer Dr. Matthias Schindler -1611, Fax -1610, Verlagsleiter Olaf Koppe

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2017.

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Redaktionsleitung Wolfgang Hübnert (V.i.S.d.P., -1713), Gabriele Oertel und Regina Stözel (Wochennd -1716, -1712), Uwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Eva Roth (Politik, Wirtschaft -1666)

Ressorts Katja Herzberg (ndAktuell -1733), Jürgen Amendt, Martin Hatzung (Feuilleton -1757, -1765), Martin Kröger (Berlin/Brandenburg -1746), Jirka Grahl (Sport -1727), Susanne Dreistadt (Foto, Herstellung -1826)

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Georg Ramsperger, Eva Schmid

Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollwe -1772, ratgeber@nd-online.de

Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de

Marketing David König -1715, Fax -1610, marketing@nd-online.de

Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de

nd-Shop Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9 - 17 Uhr, Sabine Fielow -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@nd-online.de

Verlagsorganisation Rainer Genge -1685, r.genge@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDE33110

Monatlicher Abonnementspreis (zzgl. einer Zustellkostenpauschale von 0,15 € pro Tag und inkl. MwSt.): 38,50 €; ermäßigtes Abo 21,00 €; Soli-Abo 50,00 €; Online-Abo 22,00 €; weitere Abomöglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

Druck EVERFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.



Mit Pathos an die Spitze

Robert Habeck, grüner Umweltminister in Schleswig-Holstein, beschwört die Zukunftsfähigkeit seiner Partei und verknüpft diese mit seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden.

Von Dieter Hanisch, Kiel

Als stellvertretender Ministerpräsident im nördlichsten Bundesland beherrscht Robert Habeck (Grüne) die Rolle des staatstragenden Politikers. Entsprechend ernst, zwischen staatsmännisch und visionär, tritt er in Kiel einen Tag nach Bekanntgabe seiner Kandidatur für den Bundesvorsitz der Grünen vor die Presse. Er sehe sich in erster Linie als politischer Mensch und weniger als Minister, setzt er mit Blick nach vorn einen persönlichen Schwerpunkt für die aktuell anstehende politische Karriere. Als müsse er sich für seine Kandidatur rechtfertigen, wirkt der 48-Jährige zwar einerseits voller Tatendrang ob einer großen Aufgabe, andererseits zeigt seine Gemütslage eine gewisse Zerknirschtheit, weil er mit dem Gedanken spielt, sein Minister-Dasein aufzugeben.

Als habe er eine wegweisende Partei-Mission zu erfüllen, hat er sich nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierung auf Bundesebene entschieden, sich Ende Januar bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz für den Vorsitz und damit die Nachfolge von Cem Özdemir zu bewerben – ein Umstand, den er in den vergangenen Wochen immer von sich gewiesen hatte. Jetzt redet Habeck im Stile eines französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron geradezu beschwörend auf die Parteibasis ein, will keineswegs Lager und Flügel in den Vordergrund rücken, sondern eine vorwärtsgerichtete, verantwortliche Rolle in der politischen Landschaft einnehmen, wo speziell in der Mitte eine Leerstelle klaffe. Man müsse die Menschen in der progressiven Mitte abholen, die liberale Linke abbilden und wieder zur attraktiven Bewegungspartei werden, zählt er mit reichlich Pathos die Herausforderungen auf, denen sich die Grünen aus seiner Sicht mit einem Angebot stellen müssen.

Eine Werbetour durch alle Landesverbände werde er sich in den nächsten Wochen allerdings nicht antun, geht er von einem inzwischen ausreichend gereiften Bekanntheitsgrad aus, was seine Person betrifft. Für die ostdeutschen Landesverbände seien bei einem verstärkten Klima politisch autoritärer Strömungen die Antworten zu einem sich vollziehenden Wandel dringlicher, eine positiv wie progressiv besetzte Heimatdiskussion wohl eine Möglichkeit, sich gesellschaftlich besser aufeinander zuzubewegen.

»Aber noch bin ich ja gar nicht gewählt«, bremst Habeck jegliche Euphorie wie Aufregtheit. Erst wenn eine Satzungsänderung mit künftiger Erlaubnis von Amt und Mandat seitens der Grünen beschlossen wird, kann die Habeck-Kandidatur überhaupt greifen, denn der Multimanager in Schleswig-Holstein, der auch für Landwirtschaft, Energiewende, Fischerei und Digitalisierungssoftware verantwortlich zeichnet, bittet sich aus, sein Ministeramt erst nach einem Jahr abzugeben, weil er dort einfach noch zu viele auf den Weg gebrachte Dinge voran treiben und seine Nachfolge einarbeiten möchte.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) würde einerseits den beabsichtigten Weggang Habecks aus seinem Jamaika-Kabinett bedauern, lobt diesen aber zugleich, indem er betont, dass Berlin dann einen guten politischen Brückenbauer gewinnen würde.

Versprochener Ehestreit

Vor dem Treffen am Mittwoch bauen Union und SPD am Bild gegenseitiger Unvereinbarkeiten

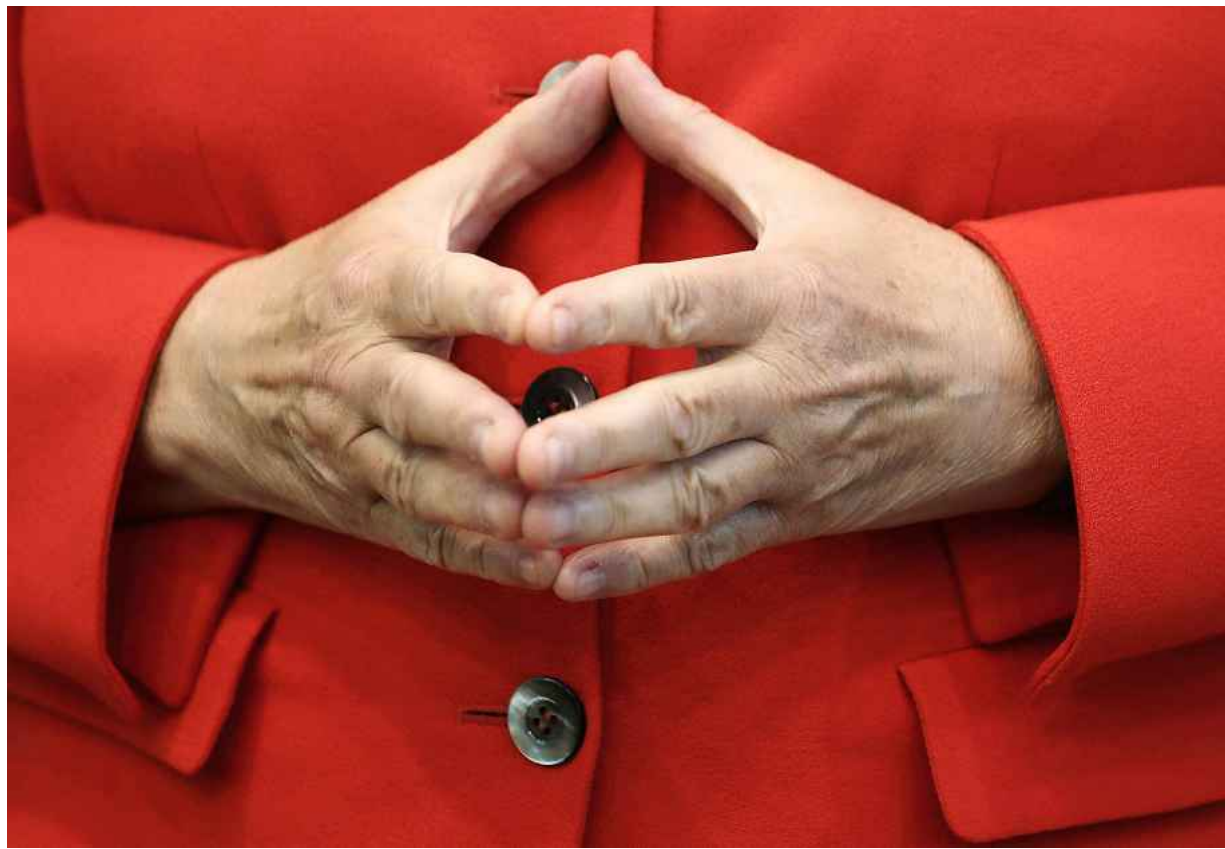
Rote Linien treiben die Gesprächspartner schon vor den Verhandlungen über eine Große Koalition um. Ob diese einer Koalitionsbildung nicht abträglich seien, ist ebenfalls umstritten.

Von Uwe Kalbe

Bürgerversicherung, Beendigung des Stopps für den Familiennachzug subsidiär Geschützter, Umbau der EU zu Vereinigten Staaten von Europa – der Parteitag der SPD hat die Unterhändler der Sozialdemokraten aufmuntert mit hohen Erwartungen und großen Forderungen. Da mit dem erklärten Ziel »ergebnisoffener« Verhandlungen vor allem die Tür aus einer Koalition heraus offen gehalten werden sollte, ist die Konfliktbereitschaft der Sozialdemokraten derzeit noch ziemlich ausgeprägt.

Auf der anderen Seite müsste die Streitlust der Union eigentlich begrenzt sein. Nicht zuletzt die Bundeskanzlerin macht immer wieder deutlich, zuletzt am Montag nach den Sitzungen der CDU-Spitzenregieren in Berlin, dass sie eine Minderheitsregierung wie Neuwahlen offenbar um jeden Preis vermeiden will. Dies müsste die Bereitschaft der Union fördern, auch unbescheidenen Forderungen der SPD gegenüber aufgeschlossen zu sein, um die Koalition als einzige weitere Option am Leben zu erhalten. Angela Merkel sprach von einer stabilen Regierung in Deutschland als »historischer Notwendigkeit«. Bevor 2019 die nächsten Europawahlen anstehen, gelte es, im kommenden Jahr noch einige Entscheidungen zu treffen, meinte die CDU-Vorsitzende. »Die Welt wartet eigentlich darauf, dass wir agieren können.«

Über die Frage, wie man die Sozialdemokraten ins Regierungsboot bekommt, herrscht allerdings keine Einigkeit unter führenden Unionisten. Im Gegenteil, in der zweiten Reihe hinter Merkel hält sich die Abneigung, ihnen zu früh zu sehr entgegenzukommen. Vor den für Mittwoch vorgesehenen ersten Gesprächen der Partei- und Fraktionsspitzen von CDU, CSU und SPD hielt CDU-Bundesvize Armin Laschet noch an beidem fest – der Ablehnung der Maximalforderungen der SPD und der Vision einer Großen Koalition. Eine Bürgerversicherung lehnte der NRW-Ministerpräsident mit der Begründung ab, die Lage sei »zu ernst für solche Experimente«. Und zugleich distanzierte Laschet sich von dem Vorstoß Jens Spahns, der eine



Merkel-Raute und Schulz-Daumen: Ob das zusammenpasst?

Fotos: dpa/Roessler/Kappeler

Minderheitsregierung für eine immerhin bedenkenswerte Option ins Spiel gebracht hatte. »Wenn es mit der SPD gar nicht geht, machen wir es eben alleine«, hatte Spahn der »Bild

am Sonntag« gesagt. Spahn ist Präsidiumsmitglied der CDU. Dagegen meinte Laschet, es gelte, alle Kräfte einzusetzen, »eine große Koalition zustande zu bringen«. Deutschland

brauche eine stabile Regierung, sagte Laschet und verwies auf die Herausforderungen in Europa. Damit spricht er seiner Parteivorsitzenden aus dem Herzen. Angela Merkel versah ihr

Werben für eine Große Koalition mit dem Hinweis auf die Übereinstimmungen, die sie mit dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz in der Europapolitik sieht. Nicht gerade dessen Vorstellungen über die Vereinigten Staaten von Europa findet sie unterstützenswert, wohl aber den Schulterchluss Deutschlands mit Frankreich. Auf beide Länder komme bei der Neugestaltung Europas eine »zentrale Aufgabe« zu, sagte Merkel.

Sie sind eine »Sondierung, ob es zu Sondierungsgesprächen kommt«.

Angela Merkels Beschreibung »ergebnisoffener« Gespräche

Die CDU unterstütze daher den Vorschlag, den am 22. Januar 1963 zwischen beiden Ländern geschlossenen Élysée-Vertrag im kommenden Jahr zu überarbeiten und neue deutsch-französische Projekte festzulegen. Und die Kanzlerin stellte sich dabei hinter den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, bis 2025 ein gemeinsames Unternehmenssteuerrecht zu entwickeln. Auch bei Digitalisierung und künstlicher Intelligenz könnten Deutschland und Frankreich »sehr viel intensiver zusammenarbeiten«.

Große Koalition oder doch Minderheitsregierung? Sollten Union und SPD nicht zusammenfinden, könne eine Minderheitsregierung »nur ein kurzer Übergang« zu einer Neuwahl sein, meinte hierzu am Montag der CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, Alexander Dobrindt. Eine Große Koalition dürfe jedenfalls keine »inhaltliche Patchwork-Koalition mehr sein wie in der Vergangenheit«, so Dobrindt in Berlin. Seine hier an erster Stelle genannten Themen – Sicherheit, Wachstum und Chancengerechtigkeit – reflektierten jedenfalls nicht direkt, was die SPD als ausschlaggebend für die angekündigten »ergebnisoffenen« Sondierungen sieht. Das Problem, wie man sich mit Maximalforderungen begegnen soll, ohne das ohnehin ungeliebte Projekt von vornherein unmöglich zu machen, liegt offenkundig auf beiden Seiten. Schulz' Ideen zu Europa bezeichnete Dobrindt als »Europaradikalismus« und die Bürgerversicherung als »Vorschlag aus der sozialdemokratischen Mottenkiste«. Mit Agenturen

Der Westen schreitet voran

Laut zwei Studien fallen der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Zufriedenheit mit dem Lohn im Osten niedriger aus

Studien der Bertelsmann-Stiftung und des Instituts der deutschen Wirtschaft attestieren den Bürgern in Ostdeutschland weniger Hilfsbereitschaft und eine geringere Lohnzufriedenheit als im Westen.

Von Katharina Schwirkus

Die Offenheit gegenüber Fremden ist in Deutschland größer, als man denken könnte. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man sich die am Montag veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland ansieht. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während in westdeutschen Bundesländern im Durchschnitt weniger als 20 Prozent der Befragten aussagten, ungern Ausländer als Nachbarn zu bekommen, waren es in Sachsen-Anhalt 35 und in Sachsen sogar 43 Prozent der Befragten.

Insgesamt befragte die Bertelsmann-Stiftung 5041 Menschen in 79 Regionen Deutschlands zu verschiedenen Aspekten des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Auffällig ist,

dass die Menschen in Deutschland sehr unzufrieden mit den sozialen Unterschieden sind. So sagten etwa 65 Prozent der Befragten, dass die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland nicht gerecht verteilt würden. Weitere 52 Prozent gaben an, die sozialen Unterschiede im Land im Großen und Ganzen nicht gerecht zu finden. Nur 20 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird. Vor diesem Hintergrund ist es überraschend, dass die Menschen in Deutschland mit ihrem Bruttoeinkommen überwiegend zufrieden sind, wie die ebenfalls am Montag veröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt.

Die Erhebung des IW fand im Rahmen des Sozioökonomischen Panels statt, bei welchem 30 000 Menschen in ganz Deutschland befragt wurden. Zur Untersuchung der Frage, ob sich Arbeitnehmer gerecht entlohnt fühlen, wurden Arbeitslose aus der Statistik herausgerechnet. Auch bei dieser Erhebung ist das Ost-West-Gefälle auffallend. Während in West-

deutschland etwa 63 Prozent der Befragten angaben, ihren Bruttolohn als gerecht zu empfinden, waren es in Ostdeutschland nur etwa 49 Prozent.

Besonders auffällig ist der Unterschied des Gerechtigkeitsempfindens mit dem Einkommen im Niedriglohn-

In Westdeutschland gaben etwa 63 Prozent der Befragten an, ihren Bruttolohn als gerecht zu empfinden. In Ostdeutschland waren es nur etwa 49 Prozent.

sektor. So gaben etwa 58 Prozent im Niedriglohnsektor in Westdeutschland an, ihr Bruttoeinkommen als gerecht zu empfinden. Im Osten waren es demgegenüber nur etwa 38 Prozent. Die Studie zeigt außerdem, dass sich Beschäftigte, die nach einem Haus- oder Flächentarifvertrag bezahlt werden, im Durchschnitt gerechter entlohnt fühlen als Arbeit-

nehmer aus Betrieben ohne Tarifbindung. Während 63,2 Prozent der nach Tarif bezahlten Beschäftigten ihr Bruttoeinkommen als gerecht empfinden, beträgt dieser Wert für nicht tarifgebundene Arbeitnehmer 56,3 Prozent.

Inwiefern sich das Gerechtigkeitsempfinden bezüglich der eigenen Entlohnung in Deutschland verändert hat, ist nicht untersucht worden. »In den letzten Jahren wurde die Gerechtigkeitswahrnehmung bezüglich des eigenen Einkommens allgemein abgefragt und nicht zwischen Brutto- und Nettoeinkommen unterschieden«, erklärte Helena Schneider vom IW. Daher könne man die Studien nicht miteinander vergleichen. Bezüglich der Bertelsmann-Studie erklärte Kai Unzicker, dass sich die Tendenzen des Ost-West-Gefälles in den letzten Jahren gezeigt hätten. Die Ergebnisse zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland unterschieden sich nicht wesentlich zu früheren Erhebungen.

Interessant an der Bertelsmann-Studie ist, dass auch das Vertrauen in Institutionen untersucht wurde. Be-

NACHRICHTEN

Bundeskanzlerin verurteilt Verbrennen israelischer Fahnen

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der CDU-Vorstand haben das Verbrennen israelischer Fahnen bei Protestaktionen in Berlin verurteilt. »Wir wenden uns gegen alle Formen von Antisemitismus und Fremdenhass«, sagte Merkel nach einer Sitzung des Gremiums am Montag in Berlin. »Der Staat muss mit allen Mitteln des Rechtsstaats dagegen einschreiten«, verlangte die Kanzlerin. Aus Protest gegen die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, waren bei einer Kundgebung vor der US-Botschaft in Berlin am Freitagabend israelische Fahnen verbrannt worden. Auch am Sonntag wurde bei einer Demonstration im Berliner Stadtteil Neukölln eine israelische Flagge angezündet. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) kündigte an, die Polizei werde »klar jede Straftat verfolgen und Demonstrationen, von denen Straftaten ausgehen, auflösen«. Gegen das Verbrennen von Israel-Fahnen auf Demonstrationen vorzugehen, ist juristisch nicht so ganz einfach: Denn dies ist nach Paragraph 104 des Strafgesetzbuches nur dann strafbar, wenn die Flagge etwa an einem Botschaftsgebäude angebracht war und abgerissen wurde. Dennoch muss die Polizei die Polizei auch Verbrennungen von Fahnen, die die Demonstranten selbst mitbringen, nicht hinnehmen. So haben die Ordnungshüter die Möglichkeit, Auflagen für eine Demonstration zu erteilen. Und sie können auf diese Weise untersagen, dass Gegenstände wie Puppen oder Fahnen verbrannt werden. *Agenturen/nd*

Investitionsstau von 126 Milliarden Euro

Stuttgart. Schöne Schulen, marode Schwimmhallen, Straßen mit Schlaglöchern – die Städte und Gemeinden sehen einen Investitionsstau von 126 Milliarden Euro in Deutschland. Der größte Bedarf bestehe bei Plätzen, Straßen und Brücken, sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Norbert Schäfer, am Montag anlässlich einer Präsidiumssitzung seines Verbands in Stuttgart. Allein um deren Verfall zu stoppen, seien 34,4 Milliarden Euro nötig. Die Sanierung von Schul- und Kitagebäuden schlage mit fast 32 Milliarden zu Buche, die von Sportstätten mit 11,3 Milliarden Euro. *dpa/nd*

Alt-Ministerpräsident Seling in Politik zurück

Schwerin. Erwin Seling (SPD) kehrt ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident infolge einer schweren Krebserkrankung in die Landespolitik zurück. Am Dienstag werde er erstmals nach dem Abschluss seiner Therapie an einer Fraktionssitzung der SPD im Landtag als Abgeordneter teilnehmen, sagte Seling am Montag in Schwerin. Am Mittwoch nehme er an der Landtagsitzung teil, auf der der Landeshaushalt für die kommenden zwei Jahre verabschiedet werden soll. Seling sagte, das vergangene halbe Jahr sei keine leichte Zeit gewesen, doch er habe viel Zuspruch und Ermunterung erfahren. Dafür wolle er Dank sagen. Jetzt sei er seit vier Wochen wieder zu Hause, fühle sich fit und arbeitsfähig. *dpa/nd*

Hendricks lässt NS-Historie erforschen

Berlin. Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) lässt die NS-Vergangenheit des Bundesbauministeriums erforschen. Sie habe dafür eine unabhängige Historikerkommission berufen, teilte Hendricks am Montag in Berlin mit. Das Forschungsprojekt ist demnach auf mehrere Jahre angelegt. Anschließend soll ein öffentlicher Abschlussbericht vorgelegt werden. *AFP/nd*



Björn Höcke hat von seinem Haus aus seit einiger Zeit eine wunderbare Aussicht auf das Mahnmal des Zentrums für politische Schönheit.

Foto: Florian Boillot

Mit Rassismus gegen Rassisten

Künstlerkollektiv ZPS hat angeblich Höckes DNA untersuchen lassen / AfD-Abgeordneter bedroht Künstlerkollektiv

Erneut provozieren die Aktionskünstler vom Zentrum für Politische Schönheit. Björn Höcke soll laut einer heimlichen DNA-Probe Portugiese sein. Die AfD zürnt.

Von Sebastian Bähr

Subtilität ist definitiv keine Stärke des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner. Am Wochenende veröffentlichte der Thüringer Politiker und Höcke-Unterstützer das Foto einer Machete in sozialen Netzwerken. Darunter schrieb er: »Warten... auf die Antifa oder das Zentrum für Politische Schönheit. [...] Vielleicht können die 'nen Tipp geben, wie ich das Gerät 'künstlerisch' gebrauchen kann.« Bereits einen Tag später postete Brandner ein weiteres Bild der Waffe mit einer Anspielung auf besagte Gruppen. Gegenüber Medien erklärte er, das Foto sei keine »Drohung« – sondern eben »Kunst«.

Das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) machte dagegen klar, dass es die Botschaft verstanden habe. »Gegenüber dem ZPS fällt der AfD nur Gewalt ein«, hieß es auf Twitter in Reaktion auf Brandners Worte. Auch Journalisten und Politiker zeigten

sich empört. »Und so was sitzt im Bundestag – unwürdig!«, sagte Niema Movassat, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, zu den Äußerungen des Rechtsaußenpolitikers.

Einzelpersonen und Initiativen riefen angesichts des zunehmenden Drucks zu Solidarität mit dem Künstlerkollektiv auf. Für den 20. Dezember haben Antifaschisten zudem einen Mahngang in Bornhagen sowie eine Besichtigung des dort vom ZPS errichteten Holocaustdenkmals geplant. »Es geht um einen darum, den Mitwirkenden des ZPS zu zeigen, dass sie nicht allein stehen, in ihrem Kampf, den Rechtsaußen-Politiker Höcke als Nationalisten, Rassisten und Antisemiten zu enttarnen«, hieß es in dem Aufruf »Kunsthilfe im Höcke-Dorf«. Zum anderen wolle man den »besorgten Dorfbewohnern« nicht das Feld zu überlassen. Angriffe auf das Mahnmal und die Fahrzeuge des ZPS hätten eine »rote Haltelinie« überschritten.

Rund drei Wochen nach dem Aufbau von Gedenksteinen vor dem Haus des thüringischen AfD-Chefs hatte das umstrittene Künstlerkollektiv jüngst einen neuen Teil seiner umfangreichen Aktion öffentlich ge-

macht: Das ZPS erklärte, dass es heimlich einen DNA-Test bei Höcke gemacht habe, um seine »völkische Abstammung« zu überprüfen. Ein Labor in Österreich hätte die Daten ausgewertet. Das vermeintliche Ergebnis: der rechtsradikale Politiker

»Mir ist es egal, welche genetische Herkunft ein Nazi hat. Abstammungstests sind alles andere als ein emanzipatorischer Umgang mit deren Ideologie.«

Katharina König-Preuss, Linkspartei Thüringen

sei »ausgewandeter Portugiese« und damit kein »Abstammungsdeutscher«. Aus einem angeblichen Gutachten zitierten die Künstler: »Die Datenbank-Suche mit allen 16 DNA-Markern hat vier Treffer ergeben, die allesamt der europäischen Population zuzuordnen sind. Der Treffer in der gemischten Bevölkerung Brasi-

liens kann als ausgewandeter Portugiese interpretiert werden. Somit wären zwei der Treffer ethnisch in Portugal anzusiedeln, einer in Frankreich, und einer in Nordpolen.« Das Fazit: Für den »völkischen Rassismus in Deutschland« sei Höcke nicht länger redberechtigt.

Woher die vermeintliche DNA-Probe stammte, ließen die Aktionskünstler offen. Auf Twitter verwiesen sie scherzhaft auf »Bernstein«. Bereits bei der inszenierten Überwachung von Höckes Grundstück hatten sie zuvor angegeben, den Müll des Politikers durchsucht zu haben. Normalerweise braucht man in Deutschland die Genehmigung der Person, deren DNA analysiert werden soll. Ein Handeln ohne Einwilligung kann mit einer Geldstrafe geahndet werden.

Der neueste Part der offensichtlich umfassend gegen Höcke gerichteten Kampagne des ZPS stieß diesmal speziell auch unter linken Aktivisten und Politikern auf verstärkte Kritik. »Mir ist es im übrigen scheißegal, welche genetische Herkunft ein Nazi hat. Und Abstammungstests sind alles andere als ein emanzipatorischer Umgang mit deren mörde-

rischen Ideologie«, schrieb etwa Katharina König-Preuss, thüringische Landtagsabgeordnete der Linkspartei und Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss. »Einen Nazi mittels Gentest als der »deutsche Rasse« nicht zugehörig zu »entlarven« ist eine rassistische Methode. Warum nicht gleich Ariernachweis?«, fragte auch die Aktivistin Jutta Dittfurth.

Für Philipp Ruch, den künstlerischen Leiter des ZPS, kommt diese Kritik nicht überraschend. »Wir wenden die Maßstäbe des neuen politischen Rassismus in Deutschland konsequent auf Höcke an«, sagt der Aktionskünstler dem »Göttinger Tageblatt«. »Dass das ganz links nicht ungeteilte Freude hervorruft, war uns klar.« Das Künstlerkollektiv hatte breites zu Beginn seiner Inszenierung erklärt, gegen »Nazis« nur »Nazimethoden« anzuwenden.

Es ist nicht auszuschließen, dass sich in den kommenden Wochen noch weitere Aktionen des ZPS mit dem Schaffen von Höcke auseinandersetzen werden. An seine Skeptiker richtete das Kollektiv bereits trocken: »Wir haben jetzt eine ganz ganz schlechte Nachricht: Kunst ist nicht politisch korrekt!«

»Richter der zehn Gebote« vor Wiederwahl in Alabama

Trotz zahlreicher Enthüllungen über angebliche sexuelle Übergriffe stehen die Republikaner um Präsident Trump zu ihrem Senatskandidaten Moore

Der Rechtsausleger Roy Moore hat trotz schwerer Anwürfe wegen sexistischer Übergriffe gute Chancen, Senator zu werden – mit Unterstützung des US-Präsidenten und der Republikanerpartei.

Von Max Böhnelt, New York

Unter normalen Umständen wäre in Alabama die Wahl der Rechtsaußen-lokalgröße Roy Moore eine ausgemachte Sache. Der Ex-Richter würde am Dienstag in der von Weißen, Evangelikalen und Republikanern dominierten Hochburg des Ultrakonservatismus mühelos den Sieg davontragen und in Washington den Senatsitz einnehmen, den Jeff Sessions aufgab. Der wurde unter Trump Justizminister. Aber im vergangenen Monat wurde dank der »MeToo«-Kampagne und wegen eines Enthüllung-artikels in der »Washington Post« Einiges bekannt.

Der angehende Staatsanwalt Moore stellte demnach in den 70er und

80er Jahren als Mann in seinen Dreißigern Teenager-Mädchen nach. Die Schilderungen in der Zeitung reichten von der Aufforderung zu sexuellen Handlungen gegenüber einer 14-Jährigen bis hin zu sexuellen Übergriffen. Moore hatte den Enthüllungen zufolge auch polizeiliches Zutrittsverbot zu einer Einkaufszone, weil er wiederholt Mädchen belästigte. Auf den Zeitungsbericht hin äußerten sich weitere Frauen. Eine berichtete, Moore habe sie damals mit den Worten bedroht, sie sei nur »ein Kind, und ich bin der Bezirksstaatsanwalt. Wenn Du jemand davon erzählt, wird Dir kein Mensch glauben.« Bis heute bestreitet Moore jegliche Anschuldigung als »Fake News« und Verschwörung der oppositionellen Demokraten.

Moore wurde USA-weit bekannt als der »Richter der zehn Gebote«, weil er diese zunächst auf einer Holztafel vor seinem Büro und Jahre später als in Granit gehauenes Monument vor dem Gerichtsgebäude plat-

zieren ließ. Als ein Bundesgericht ihn im Jahr 2003 zur Entfernung aufforderte, ignorierte er den Beschluss. Damit stieg er bei den fundamentalistischen Evangelikalen in den gesamten USA zum Helden auf. Vor zwei Jahren geriet Moore erneut in die nationalen Schlagzeilen, als er Familienrichtern in seinem Heimatstaat die Richtlinie ausgab, homosexuellen Paaren Heiratsurlaubnisse zu verweigern. Damit stellte sich Moore offen gegen die Entscheidung des Obersten Gerichts in Washington.

Auf die Enthüllungen in der »Washington Post« hin, die durch weitere Nachforschungen von Zeugen bestätigt wurden, wandten sich empörte Konservative von Moore ab. Seine ursprünglich als sicher geltenden Siegesaussichten schwanden – nicht zuletzt, weil sich führende, als moderat geltende Republikanergrößen wie der Senator aus Arizona John McCain und der Senatsführer Mitch McConnell öffentlich gegen die Stimmabgabe für Moore aussprachen. Auch

Trump bezog wochenlang keine Stellung.

Doch dann schwang das Pendel wieder zurück. Den Ausschlag gab das Machtkalkül des Weißen Hauses und der Republikanerführung. Denn ein Verlust des Senatsitzes von Alabama würde den Vorsprung der Partei gegenüber den Demokraten im Washingtoner Senat auf 51 zu 49 schrumpfen lassen und damit – aus ihrer Sicht – gefährlich verringern. Dementsprechend forderte McConnell auf einmal nicht mehr den Rücktritt von Moore, sondern »die Entscheidung der Menschen in Alabama«. Die Republikanerführung nahm die Wahlkampffinanzierung für Moore wieder auf. Trump sprach sich per Twitter und drei Tage vor der Wahl bei einem Auftritt wenige Kilometer von der Grenze zu Alabama in Mississippi für ihn aus.

Laut Umfragen liegen Moore und sein demokratisches Gegenüber Doug Jones Kopf an Kopf. Schon vorher war der rechtsradikale Ex-Trump-Berater

Steve Bannon in Alabama aufgetreten und hatte vor Moore-Fans »gegen Globalismus« gewettert. Moore selbst blinkte am Wochenende ganz nach rechts, als er sagte, Amerika sei zur Zeit der Sklaverei »groß gewesen, als die Familienbande stark waren« und »das Land eine Orientierung hatte«.

Geht die Wahl zugunsten von Moore aus, so ist sie als Erfolg des Trumpismus zu werten. Als solchen werden ihn die Rechtsradikalen, die sich wie Steve Bannon lautstark für Moore einsetzen, dann auch empfinden. Im Fall von Alabama spielt denn auch die Passivität seiner Gegner eine Rolle. Denn Moores Verhalten abstoßend zu finden, bedeutet nicht automatisch, einen Demokraten zu wählen. Denn so einer gilt im Kernland der Evangelikalen als Inkarnation des Bösen. Man bleibt dann eben zu Hause, hat niemanden gewählt und sonnt sich in der sich selbst attestierten gleichen Distanz zu den vermeintlichen Extremen.

Weltweite Waffenverkäufe steigen wieder

Stockholmer Friedensforschungsinstitut: 2016 wurden weltweit Rüstungsgüter für 374,8 Milliarden Dollar verkauft

Erstmals seit 2010 sind die Umsätze der größten Rüstungsunternehmen weltweit gestiegen. Mehr als die Hälfte der Waffen wurden laut Friedensforschungsinstitut SIPRI von den USA verkauft.

Von Bengt Arvidsson, Stockholm

Weltweite Krisen und eine verbesserte Haushaltslage in Europa feuern das Geschäft mit dem Tod wieder an. Nach jahrelangem Rückgang sind die Verkaufszahlen für Waffen erstmals seit 2010 wieder angestiegen. Von 2015 auf 2016 um 1,9 Prozent. Dies geht aus dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des renommierten Stockholmer Friedensforschungsinstitutes (SIPRI) zu den Waffenverkäufen der 100 größten Rüstungskonzerne weltweit hervor.

Seit 2002 ist der Umsatz für Waffen demnach sogar um 38 Prozent angestiegen. Insgesamt wurde 2016 weltweit Tötungsausrüstung im Wert von 374,8 Milliarden Dollar (321,9



Foto: picture alliance/Stefan Rousse

»Die USA modernisieren derzeit ihre Waffensysteme. Das wurde aber schon vor Trump entschieden. Ob er, wie angekündigt, wirklich darüber hinaus aufrüsten wird, ist noch offen.«

Aude Fleurnat, SIPRI-Forschungsdirektorin

Milliarden Euro) verkauft. Das ist mehr als das Zehnfache der gesamten Staatsausgaben des 163 Millionen Einwohner zählenden Entwicklungslandes Bangladesch im gleichen Jahr.

Dabei versorgen vor allem die USA die Welt mit Waffen. Vom Gesamtumsatz für Rüstungsgüter fallen 217,2 Milliarden Dollar auf US-Unternehmen. Das sind 57,9 Prozent aller weltweiten Waffenverkäufe. US-Unternehmen verzeichneten eine vierprozentige Verkaufssteigerung von 2015 zu 2016.

US-Auslandseinsätze, inländische Modernisierungsprojekte, aber auch der gesteigerte Export in andere Länder sind dafür verantwortlich. Der weltgrößte Rüstungskonzern aus den USA, Lockheed Martin, steigerte seine Verkäufe 2016 gar um 10,7 Prozent.

»Die USA modernisieren derzeit ihre Waffensysteme. Das wurde aber schon vor Trump entschieden. Ob er, wie angekündigt, wirklich darüber hinaus aufrüsten wird, ist noch offen«, sagt Aude Fleurnat, Forschungsdirektorin bei SIPRI dieser Zeitung. Die weiterhin schwierige wirtschaftliche Situation in den USA könnte ihn daran hindern, so Fleurnat. »Zudem will Trump Steuersenkungen, was den Ausgabenspielraum weiter einschränkt. Wir werden erst in einem Jahr wissen, wohin die USA unter Trump wirklich mit ihrer Rüstungspolitik gehen werden. Es ist noch zu früh um eine klare Aussage zu machen.«

Die Verkäufe westeuropäischer Rüstungskonzerne lagen 2016 fast unverändert zum Vorjahr (plus 0,2 Prozent) bei 91,6 Milliarden Dollar. Während französische und italienische Firmen einen Umsatzrückgang erlitten, steigerten britische (plus 2 Prozent) und vor allem deutsche Rüstungsfirmen (plus 6,6 Prozent) ihre Verkäufe. Der deutsche Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann steigerte seine Umsätze um 12,8 Prozent. Die unter anderem Waffen und Munition herstellende Rheinmetall erhöhte ihre Verkäufe um 13,3 Prozent.

»Beide Firmen haben vor allem von der Nachfrage in Europa, dem Mittleren Osten und Südostasien profitiert«, kommentiert SIPRI-Forschungschef Pieter Wezeman. Dennoch standen deutsche Firmen weltweit nur für 1,6 Prozent der Waffenverkäufe. Britische Firmen halten 9,6 Prozent des Weltumsatzes,

französische fünf Prozent. »Insgesamt geht es den europäischen Nationen wirtschaftlich wieder besser. Deshalb wird nach den Kostensenkungen für Rüstungsgüter nach der Finanzkrise nun wieder mehr Geld für Waffen ausgegeben, wovon auch

US-Firmen profitieren«, erklärt Fleurnat.

Russische Rüstungsunternehmen verzeichneten 2016 eine Umsatzsteigerung um 3,8 Prozent im Vergleich zu 2015. Das wiederum ist eine Drosselung gegenüber den Vor-

Jahren. »Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Russland haben dazu beigetragen«, sagt Wezeman. 2016 verkauften russische Konzerne Waffen für 26,6 Milliarden Dollar. Damit stehen sie für 7,1 Prozent der weltweit verkauften Waffen.

Außerhalb der klassischen Waffenhersteller mausert sich vor allem Südkorea zu einem immer wichtigeren Akteur. Südkoreanische Rüstungskonzerne konnten ihren Umsatz 2016 um 29,6 Prozent auf 8,4 Milliarden Dollar steigern. In Indien, Brasilien und der Türkei gab es laut SIPRI im Jahr 2016 kaum Veränderungen.

Im Block der »etablierten weiteren Waffenhersteller« – Australien, Israel, Japan, Polen, Singapur und die Ukraine – fielen die Umsätze insgesamt um 1,2 Prozent. Vor allem der starke Umsatzrückgang japanischer Waffenkonzerne mit minus 6,4 Prozent ist dafür ausschlaggebend.

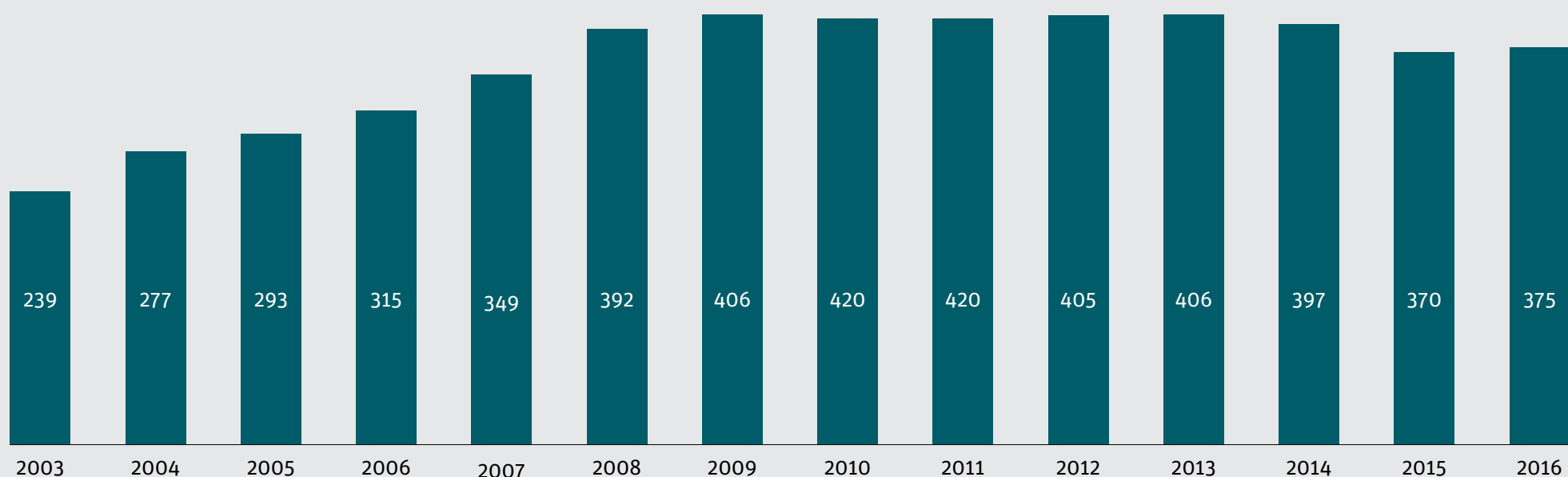
Was ist SIPRI?

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI ist ein unabhängiges Forschungsinstitut. Jährlich werden mehrere Berichte über den weltweiten Bestand und Handel mit konventionellen und atomaren Waffen veröffentlicht. Zusätzlich veröffentlicht es Analysen zu spezifischen militärischen Konflikten. SIPRI ist das einzige Institut seiner Art weltweit.

Es besteht seit 1966 und wurde auf Initiative des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Tage Erlander zum 150. Jahrestag von ununterbrochenem Frieden auf schwedischem Boden gegründet. Seitdem wird es hauptsächlich über die schwedische Regierung mit Steuergeldern finanziert. Zusätzlich erhält es Geld von anderen Organisationen und Stiftungen. SIPRI ist aus einer internationalen Gruppe von Forschern zusammengesetzt. Insgesamt hat es rund 50 Mitarbeiter.

375 Milliarden US-Dollar: Die Umsätze der globalen Waffenindustrie nehmen wieder zu

Umsätze der 100 größten Rüstungsunternehmen seit 2003 (in Milliarden US-Dollar)



Quelle: SIPRI/Grafik: nd

NACHRICHTEN

EU erkennt Jerusalem nicht als Israels Hauptstadt an

Brüssel. Die EU hat Forderungen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu nach Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt seines Landes eine klare Absage erteilt. »Er kann seine Erwartungen an andere richten, denn von der Seite der EU-Mitgliedstaaten wird dieser Schritt nicht kommen«, sagte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am Montag nach einem knapp zwei-stündigen Treffen der EU-Außenminister mit Netanjahu in Brüssel. Netanjahu hatte die EU-Staaten zuvor aufgefordert, dem US-Beispiel zu folgen und Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen. »Grundlage für Frieden ist, die Realität anzuerkennen«, sagte Netanjahu. dpa/nd

Versuchter Terroranschlag in New York

New York. In der Nähe vom New Yorker Times Square ist es am Montag in einer U-Bahn-Station zu einer Explosion gekommen. Es handelte sich dabei um einen versuchten Terroranschlag. Dies sagte New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio vor Journalisten. Vier Menschen wurden verletzt. Jedoch sei keiner von ihnen in Lebensgefahr, berichtete die Feuerwehr. Die Polizeibehörde NYPD bestätigte eine Festnahme. Ein 27-jähriger Tatverdächtiger sei in Gewahrsam genommen worden, auch er sei verletzt, teilte die Polizei mit. dpa/nd

Griechenland: Große Streiks am Donnerstag

Athen. Aus Protest gegen die Liberalisierung des Arbeitsmarkts haben griechische Gewerkschaften für den kommenden Donnerstag zu groß angelegten Streiks aufgerufen. Unter anderem wollen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und die Seeleute für 24 Stunden in den Ausstand treten. Bereits am Montag gab es erste Demonstrationen in Athen und Thessaloniki. Die Liberalisierung des Arbeitsmarkts ist wesentlicher Bestandteil des Spar- und Reformprogramms und Voraussetzung für weitere Hilfen der Gläubiger des hoch verschuldeten Griechenlands. Vorgesehen sind unter anderem die Beschränkung des Streikrechts und die Lockerung des Kündigungsschutzes. dpa/nd

Hoffnung für inhaftierte Britin in Iran

Teheran. Das iranische Außenministerium will im Fall der seit fast zwei Jahren inhaftierten iranischstämmigen Britin Nazanin Zaghari-Ratcliffe vermitteln. »Das Thema ist zwar Angelegenheit der Justizbehörden, aber wir werden aus humanitären Gründen vermitteln«, sagte Außenamtssprecher Bahram Ghassemi bei einer Pressekonzferenz am Montag. Er sagte, der Fall sei eines der Themen bei Gesprächen am Wochenende mit dem britischen Außenminister Boris Johnson gewesen. Zaghari-Ratcliffe war während eines Familienurlaubs verhaftet und 2016 zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Ihr wird Verbreitung von Propaganda gegen die iranische Regierung und die Vorbereitung eines Umsturzes vorgeworfen. dpa/nd

Gruevski als starker Mann Mazedoniens abgetreten

Skopje. Der einst starke Mann Mazedoniens, Nikola Gruevski, hat die politische Bühne verlassen. Nachdem der 47-Jährige im vergangenen Mai nach zehn Jahren das Amt des Regierungschefs räumen musste, gab er jetzt auch den Vorsitz der langjährigen Regierungspartei VRMO ab, wie Medien am Montag in Skopje berichteten. Auf Gruevski warten mehrere Anklagen der Sonderstaatsanwaltschaft wegen schwerer Kriminalität, Amtsmissbrauch und groß angelegter Korruption. dpa/nd

NACHRICHTEN

UNHCR braucht 1300 Plätze für in Libyen gestrandete Flüchtlinge

Genf. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sucht dringend Aufnahmeplätze für 1300 Flüchtlinge, die in Libyen gestrandet sind. »Dies ist ein verzweifelter Aufruf, Solidarität und Menschlichkeit zu zeigen«, sagte der stellvertretende Hochkommissar Volker Türk. »Wir müssen einige der besonders bedürftigen Flüchtlinge so schnell wie möglich aus Libyen herausholen.« Die 1300 Personen sollen bis spätestens Ende März umgesiedelt werden. Tausende Flüchtlinge sind in Libyen in die Hände von Kriminellen geraten, die sie in geheimen Gefangenenlagern malträtiert und foltern, um von Angehörigen Geld zu erpressen. Das UNHCR hat rund zwei Dutzend, die aus solchen Lagern fliehen konnten, in Niger in Sicherheit gebracht. Die Menschen können aber nicht in Niger bleiben. Deshalb sucht das UNHCR Aufnahmeländer. Es handele sich um Menschen etwa aus Syrien, dem Irak, Eritrea oder dem Südsudan. *dpa/nd*

Saudi-Arabien hebt Kino-Verbot auf

Riad. Das Königreich Saudi-Arabien hebt ein seit über 35 Jahren geltendes Kino-Verbot auf. Wie das Kultur- und Informationsministerium des erzkonservativen Landes am Montag mitteilte, sollen kommerzielle Kinos ab Anfang 2018 öffnen dürfen. Saudiarabische Filmemacher zeigten sich erfreut und sahen die Entscheidung als Unterstützung für die junge Filmszene des Landes. »Dies markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung der Kulturwirtschaft des Königreichs«, erklärte Informationsminister Awwad Alawwad. Lizenzen für Kinos sollen ab sofort ausgestellt werden. Es wird erwartet, dass die ersten Kinos ab kommenden März öffnen. Wie an den meisten öffentlichen Orten Saudi-Arabiens wird es auch dort voraussichtlich getrennte Bereiche für Männer beziehungsweise Familien geben. *AFP/nd*

Philippinen: Duterte will Kriegsrecht verlängern

Manila. Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat eine einjährige Verlängerung des Kriegsrechts im Süden des Inselstaats gefordert. In einem Brief an den Kongress begründete Duterte die Forderung am Montag mit dem Kampf gegen Islamisten und kommunistische Rebellen in der Region Mindanao. Kritiker des umstrittenen Präsidenten befürchten, Duterte könnte versuchen, das Kriegsrecht auf das gesamte Land auszuweiten und die Philippinen in eine Diktatur zu führen. *AFP/nd*



Auch wenn in Nepal noch nicht alle Stimmen ausgezählt sind, steht der Sieger bereits fest.

Foto: AFP/Prakash Mathema

Linksallianz siegt in Nepal

Bündnis aus Marxisten/Leninisten und Maoisten bei Parlamentswahlen uneinholbar vorn

Neun Jahre nach der Proklamation der Republik gewinnen die vor der Vereinigung stehenden linken Parteien erstmals die Wahlen. Bei der Umsetzung der föderalen Struktur gibt es große Fortschritte.

Von Hilmar König

Bei der noch laufenden Auszählung der Stimmen zu den Parlaments- und Provinzwahlen in Nepal liegen die Kandidaten der Allianz aus Vereinten Marxisten/Leninisten (UML) und Maoistischem Zentrum (MC) klar in Front. Eine Linksregierung zeichnet sich ab.

Neun Jahre nach der Proklamation der Republik – 2008 brach die Monarchie nach einem zehnjährigen Bürgerkrieg zusammen – waren 15,4 Millionen Nepalesen aufgerufen, ein Parlament (Haus der Volksvertreter) und erstmals gesetzgebende Versammlungen der sieben Provinzen zu wählen. 66 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres sprach von einem »historischen Moment für Nepal bei der Umsetzung seiner föderalen Struktur, wie sie in der Verfassung von 2015 festgeschrieben ist«. Um dieses neue Grundgesetz hatte es fast ein Jahrzehnt lang ein erbittertes Tauziehen

zwischen den konträren politischen Kräften gegeben. Wie zersplittert die politische Landschaft ist, lässt sich allein daran ablesen, dass sich 6000 Kandidaten von 90 Parteien um ein Mandat bewarben. Allerdings war von vornherein klar, dass die besten Chancen die Aspiranten des bürgerlichen Nepali Congress (NC) und der beiden kommunistischen Parteien UML und MC haben würden. Etliche ihrer alten Kader hatten mit der Waffe gegen die Royals gekämpft und maßgeblich zu deren Sturz beigetragen.

Die Wahlen liefen aus Sicherheits- und verwaltungstechnischen Gründen in zwei Durchgängen ab – am 26. November und am 7. Dezember. Die Auszählung wird noch ein paar Tage dauern, das Parlament in seiner endgültigen Zusammensetzung im Januar seine Arbeit aufnehmen. Als im Oktober UML und MC verkündeten, für dieses Votum eine Allianz zu bilden, stiegen die Aussichten für einen Sieg der Linken sprunghaft an. Sie waren in den ersten Jahren der Republik zwar stets eine bemerkenswerte politische Kraft, agierten aber vorwiegend wegen der Machtgelüste ihrer Führungen gegeneinander und gingen keine Koalitionen mit dem NC ein. Die Perspektive einer Vereinigung, für die die

Wahlallianz ein erster Schritt war, fand offensichtlich die Zustimmung einer Mehrheit in der Wählerschaft, die für die linke Allianz votierte. Beim Stand der Auszählung am Montag hatte diese bereits so viele Mandate errungen, dass sie wohl mit einer Mehrheit regieren kann.

Nepal sehnt sich nach den Wirren des Bürgerkrieges, den folgenden teils chaotischen politischen Verhältnissen und erst recht nach der Erdbebenkatastrophe von 2015 nach Stabilität und Entwicklung.

Das 28-Millionen-Staat sehnt sich nach den Wirren des Bürgerkrieges, dem etwa 16 000 Menschen zum Opfer fielen, den folgenden teils chaotischen politischen Verhältnissen und erst recht nach der Erdbebenkatastrophe von 2015 nach Stabilität und Entwicklung. Erst ein geringer Prozentsatz der zerstörten Gebäude ist wieder bewohnbar. Bis-

lang gehört Nepal ohnehin zu den ärmsten Ländern der Welt. Viele Nepalesen arbeiten in Indien und in anderen asiatischen Staaten. Indien und China sind die Haupthandelspartner und Geberländer. Beide Nachbarn buhlen auch aus strategischen Gründen um Einfluss in Nepal. Dem Vernehmen nach investierte die Volksrepublik allein in diesem Jahr 8,3 Milliarden Dollar in Nepal. Seit 2006 wuchs der Handel 17 mal schneller als der zwischen Kathmandu und Neu-Delhi.

Pushpa Kamal Dahal von der UML, der noch immer unter seinem Guerillanamen »Prachanda« (der Kämpferische) populär und als nächster Premier im Gespräch ist, hat den landesweiten Wahlsieg als ein »Mandat des Volkes« und gleichzeitig als »enorme Herausforderung« bezeichnet. Wenn sich die künftige linke Regierung ernsthaft ans Werk mache, erklärte er vor Journalisten am Montag, eröffne sich dem Volk ein Weg zur Prosperität. Die Entwicklung der Infrastruktur und die Verbesserung der Lebensbedingungen seien dringend erforderlich. Er bekräftigte den Willen zur Vereinigung der beiden kommunistischen Parteien. Daran bestehe kein Zweifel. Ein entsprechendes Komitee werde sich umgehend an die Arbeit machen.

Korsische Nationalisten für Autonomie

Geringe Wahlbeteiligung bei Regionalwahlen

Von Ralf Klingsieck, Paris

Auf der französischen Mittelmeerinsel Korsika haben die Nationalisten die Wahl zur neuen einheitlichen Gebietsvertretung erwartungsgemäß mit überwältigender Mehrheit für sich entschieden. Im zweiten Wahlgang am Sonntag erhielten sie mit 56,5 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze.

Dass nur 52,6 Prozent der korsischen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, wertet der Politiker der Nationalisten Jean-Guy Talamoni als »ernstzunehmendes Zeichen, dass sich viele Korsen von den Politikern und damit auch von uns im Stich gelassen fühlen«. Anders als bei der Regionalwahl 2015, als der seinerzeit zum Regionalratspräsidenten gewählte Nationalist Gilles Simeoni keinen Anruf aus Paris bekommen hatte, gratulierte diesmal Premierminister Edouard Philippe dem Listenführer der Nationalisten umgehend. Gleichzeitig hat er ihn für Dienstag zu ersten Gesprächen nach Paris eingeladen.

Dies nehmen die Nationalisten zum Anlass, gleich noch einmal ihre wichtigsten Forderungen an die Regierung öffentlich zu machen. Vor allem wollen sie innerhalb von drei Jahren einen umfassenden Autonomiestatus für die Insel mit dem Recht für die Territorialvertretung, Gesetze zu regionalen Schwerpunktthemen sowie eigene Steuern zu erlassen. Ferner soll Korsisch die Amtssprache und in den Schulen Unterrichtssprache – mit Französisch als zweiter Pflichtsprache – werden.

Die Nationalisten wollen innerhalb von drei Jahren einen umfassenden Autonomiestatus und das Recht, Gesetze zu regionalen Schwerpunktthemen sowie eigene Steuern zu erlassen.

Diese beiden Forderungen waren für frühere Regierungen in Paris unannehmbar, nicht zuletzt weil sie Verfassungsänderungen erfordern würden. Zu den weiteren Forderungen der Nationalisten gehört seit Jahren die Verlegung inhaftierter Korsen, die als »politische Häftlinge« angesehen werden, in Gefängnisse auf der Insel, damit ihre Familien sie leichter besuchen können. Darüber hinaus fordern die Nationalisten Haftverlegerungen und mittelfristig eine Amnestie für diese Gefangenen. Auch das ist ein rotes Tuch für Paris, vor allem weil die Nationalisten zu diesen »politischen Gefangenen« auch die drei zu lebenslänglicher Haft verurteilten Mörder des Präfekten Claude Erignac zählen, der 1998 von ihnen auf offener Straße erschossen wurde.

Die Selbstständigkeit der Insel ist für die korsischen Nationalisten kein Nahziel, zumal die meisten Inselbewohner derzeit dagegen sind. Talamoni hatte dazu zwischen den beiden Wahlgängen erklärt, dass man sich an die demokratischen Spielregeln halten werde, aber das Fernziel der Unabhängigkeit weiter verfolge.

Doch selbst die optimistischsten Nationalisten gehen davon aus, dass das Thema frühestens in zehn Jahren aktuell werden wird und dies auch nur, wenn sich bis dahin die Wirtschaft der Insel so weit entwickelt, dass sie eine Abtrennung von Frankreich verkraften könnte. Im Präsidentschaftswahlkampf hatte Emmanuel Macron erklärt, er wolle an die Problematik Korsika »pragmatisch« herangehen. Jetzt nehmen ihn die Nationalisten beim Wort.

Erneut Proteste gegen Justizreform

Auch die rumänische Linksregierung will Richter unter ihre Kontrolle bringen

Wie Polen und Ungarn will auch Rumäniens Regierung die Justiz unter ihre Kontrolle bringen. Im Eiltempo versucht das Kabinett, die umstrittene Justizreform durch das Parlament zu peitschen.

Von Thomas Roser, Belgrad

Selbst klirrendkalte Temperaturen und die Trauer um Rumäniens verstorbenen Ex-König Mihai I. können im Karpatenstaat kaum für Abkühlung der erhitzten Gemüter sorgen. »Diebe, Diebe!«, »Rücktritt«, »Mafia« oder »Gerechtigkeit, keine Korruption!«, skandierten Tausende empörte Demonstranten, die am Sonntagabend in mehreren rumänischen Städten gegen die geplante Justizreform durch die Straßen zogen.

Wie ihre rechtspopulistischen Amtskollegen in Polen und Ungarn müht sich auch Rumäniens Linksregierung, die heimische Justiz unter

ihre Kontrolle bringen. Vor allem den lästigen Korruptionsbekämpfern der Sonderstaatsanwaltschaft DNA wollen die regierenden Sozialisten (PSD) den Zahn ziehen. Im Eiltempo versucht die von ihnen kontrollierte Regierung von Premier Mihai Tudose, das Gesetzespaket zur Verwirklichung ihrer umstrittenen Justizreform ohne größere Debatten durch das Parlament zu peitschen.

Tumultartige Szenen spielten sich vergangene Woche in und vor der Volksvertretung ab. Erst wies die Regierungsmehrheit den Antrag der Opposition ab, die Abstimmung über die Gesetzesvorhaben bis nach der Beerdigung von Ex-König Mihai am kommenden Wochenende zu verschieben. Dann drehten die PSD-Sitzungspräsidenten den von ihnen wüst beschimpften Oppositionspolitikern kurzerhand die Mikrofone ab.

Vor einem »Weg in die Diktatur der Mehrheit« warnt Dan Barna, der

Chef der Antikorruptionspartei USR, angesichts der beabsichtigten Einschränkung der parlamentarischen Interventionsmöglichkeiten der Opposition. Doch weder von den anhaltenden Straßenprotesten noch von Warnungen der EU und der USA oder den Einwänden der Berufsverbände scheint sich der – wegen versuchten Wahlbetrugs vorbestrafte – PSD-Chef und Parlamentsvorsitzende Liviu Dragnea beirren zu lassen.

Schon seit der Rückkehr der PSD auf die Regierungsbank zu Jahresbeginn wogt in Rumänien ein heftiger Machtkampf um eine verstärkte Regierungskontrolle der Justiz. Der Versuch, per Gesetz korrupte und ins Visier der Justiz geratene Amtsträger zu amnestieren, scheiterte im Februar zunächst an den größten Massendemonstrationen seit dem blutigen Fall des 1989 hingerichteten Schreckensherrschers Nicolae Ceausescu.

ANZEIGE

MSC SEASIDE - SUNSHINE STATE FLORIDA & KARIBIK-KREUZFAHRT
CAPE CANAVERAL | PROPELLERBOOTFAHRT IM EVERGLADES NP | KARIBIK ERLEBEN

► 12.11. - 25.11.18 ► 14 Tage ab € 2275,- p.P.*

Ihre Reiseleistungen, u.a.:

- Flug ab/an Dresden, Leipzig o. Berlin nach Orlando/ von Miami
- Florida-Rundreise: u.a. 5 x Ü/FR, Eintritt Kennedy Space Center, Orientierungstour Key West, Stadtrundfahrt in Miami, deutschsprachige Reiseleitung
- Kreuzfahrt an Bord der neuen MSC Seaside: 7 x Ü/VP, Benutzung aller Bordeinrichtungen, Veranstaltungen/ Unterhaltungsprogramm, deutschsprachige Reiseleitung an Bord

KREUZFAHRT DURCH DIE ROMANTISCHE ADRIA
VORPROGRAMM IN ISTRIEN | AN BORD VON AIDA - VOLLPENSION, GETRÄNKE & TRINKGELDER INKL.

► 10.05. - 20.05.18 ► 11 Tage ab € 1475,- p.P.*

Ihre Reiseleistungen, u.a.:

- Haustürtransfer & Fahrt im modernen Reisebus**
- Vorprogramm in Istrien: u.a. 3 x Ü/HP, Getränke zum Abendessen, Stadtführung in Opatija, Istrien-Rundfahrt, Ausflug Rovinj/Limski Fjord, Reiseleitung zu den Ausflügen
- Kreuzfahrt an Bord von AIDAblu: 7 x Ü/VP, zahlreiche Getränke, Benutzung aller Bordeinrichtungen, Entertainment, Bordsprache Deutsch, Trinkgelder

Veranstalter: MEISSEN-TOURIST
Elbstraße 18
01662 Meißen

neues deutschland nd

Konfliktreiches WTO-Treffen gestartet

NGO-Mitglieder dürfen nach Protesten doch teilnehmen

Buenos Aires. Mit unterschiedlichen Verhandlungspositionen ist die Welthandelsorganisation (WTO) in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires in ihre 11. Ministerkonferenz gestartet. Vertreter aus 164 Ländern verhandeln unter anderem über Fischerei, Landwirtschaft und e-commerce. Es gebe noch große Meinungsunterschiede, erklärte WTO-Generalsekretär Roberto Acevedo am Sonntag zum Auftakt des Treffens. Die Bedrohung durch Protektionismus bestehe weiterhin. Er forderte alle Teilnehmer zu Flexibilität auf. Auch die Konferenzvorsitzende Susana Malcorra sprach von einem »komplexen Umfeld« für die Verhandlungen. »Wir werden versuchen, die internationale Unterstützung für einen auf Regeln basierenden Handel wieder zu beleben«, sagte Malcorra.

Die Bundesregierung sieht die Fortführung des WTO-Systems trotz der Politik der neuen US-Regierung als gesichert. »Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die USA aus der WTO austreten möchten«, sagte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) vor Beginn der Konferenz. Angesichts des wachsenden Protektionismus weltweit werde die Zusammenarbeit der WTO-Mitgliedsländer immer wichtiger. »Freier und fairer Handel basierend auf gemeinsamen Regeln darf nicht zur Disposition stehen«, erklärte Zypries. Die Bundesregierung wolle Fortschritte beim Abbau von Agrarsubventionen und mehr Transparenz im Dienstleistungsbereich und beim elektronischen Handel.

Für Spannungen sorgte die Einreiseverweigerung für rund 60 NGO-Vertreter. Die Abgewiesenen hätten eine »disruptive« Einstellung zum WTO-Treffen, erklärten die argentinischen Behörden. Nach Einspruch der WTO und der betreffenden Regierungen wurden 23 Abweisungen rückgängig gemacht. Der norwegische Attac-Vertreter Petter Titland wurde im Flughafen von Buenos Aires gestoppt und nach Brasilien abgeschoben. Nach Protest der norwegischen Regierung wurde Titland am Sonntag jedoch zugelassen. *dpa/nd* *Kommentar Seite 10*

Freihandelsabkommen im Endspurt

Dokumente des Abkommens zwischen EU und Mercosur-Staaten geleakt

Das Freihandelsabkommen zwischen den Mercosur-Staaten und der EU könnte nach jahrelangen Verhandlungen bald verabschiedet werden. Umweltschützer warnen vor Gammelfleisch und Gentechnik.

Von Andreas Behn, Buenos Aires

Jahrelang dümpelten die Freihandelsverhandlungen zwischen dem Gemeinsamen Markt Südamerikas, Mercosur, und der Europäischen Union vor sich hin. Jetzt stehen sie womöglich kurz vor dem Abschluss. Aus Verhandlerkreisen verlautete, ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken könnte noch während der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO vom 10. bis 13. Dezember in Buenos Aires unterzeichnet werden.

Wieder wurden wichtige Fragen der Wirtschaftspolitik und Richtlinien für internationalen Handel offenbar hinter dem Rücken der Bevölkerung ausgehandelt – denn es war ein Leak, eine nicht genehmigte Veröffentlichung interner Diskussionsdokumente im Internet, der Ende vergangener Woche publik machte, wie weit die Gespräche bereits fortgeschritten sind. Und dass zumindest im Agrarbereich Einigungen erzielt wurden, die Umweltschützer und Menschenrechtler sofort in Rage versetzten: Dabei geht es um Exportgarantien für die umstrittene industrielle Landwirtschaft in Südamerika, die für Abholzung im großen Stil, Umweltsünden aller Art und für die gewaltsame Vertreibung von Indigenen und Kleinbauern verantwortlich gemacht wird.

Das enorme Tempo am Verhandlungstisch von EU und Mercosur hat seinen Grund in den veränderten politischen Rahmenbedingungen. Zum einen brachte der abrupte Paradigmenwechsel der USA unter Donald Trump hin zu protektionistischer Rhetorik beide Regionen in Zugzwang und zur Suche nach neuen Handelspartnern. Zum anderen hat der radikale Rechtsruck in den beiden wichtigsten Mercosurstaaten Brasilien und Argentinien die Freihandelsampel auf wohlwollendes Entgegenkommen umgeschaltet. Zwar waren auch die vorherige Mitte-Links-Regierungen durchaus freihandelsorientiert, aber sie beharrten auf den nationalen Interessen und ließen sich nicht ohne weiteres über den Tisch ziehen. Die jetzigen neoliberalen Regierungen beider Länder setzen auf Auslandsinvestitionen um jeden Preis und den Rückbau



Abholzungen wie hier im Amazonasgebiet sind eine Folge industrialisierter Landwirtschaft in Brasilien. Foto: AFP/Carl de Souza

staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, so dass einem Freihandelsabkommen nach Gusto der EU nicht mehr viel im Wege steht.

Im Wesentlichen geht es in dem Abkommen um die Festschreibung althergebrachter Handelsstrukturen. Die EU will die Exporte ihrer Industrieprodukte gen Süden steigern, während der Mercosur – zu dem nach dem Rauschmiss Venezuelas noch Paraguay und Uruguay gehören – mineralische und fossile Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte in die Waagschale legen wird. Ein guter Deal für die europäische Industrie und auch die Agrarkonzerne im Süden, die mit Monokulturen, dem Anbau von Gemais und -soja, dem Export von billigen Futtermitteln sowie immer größeren Viehbeständen enorme Gewinne machen. Nur die Menschen in den

Staaten des Mercosur werden davon kaum profitieren: Das Agrobusiness schafft kaum Arbeitsplätze, zahlt trotz milliardensubventionen nur wenig Steuern und ist klimawie umweltpolitisch kaum zu verantworten. Das voraussichtliche Abkommen mit der EU festigt also sogar noch die im Zuge der Wirtschaftskrise beispielsweise in Brasilien eingesetzte Deindustrialisierung und verbaut auch in der Zukunft Chancen auf eine eigenständige, nicht vom Export von Rohstoffen abhängige Entwicklung.

Unklar ist trotz der geleckten Dokumente, wie weit die EU den Interessen der Agrarlobby im Mercosur entgegengekommen ist. Frankreich und andere EU-Staaten wollen ihre heimische Landwirtschaft schützen und haben damit in der Vergangenheit ein Abkommen stets blockiert.

Umwelt- und Verbraucherschützer schlugen jedoch bereits Alarm und kritisieren, dass ohne eingehende Kontrollen jetzt mehr Fleisch sogar aus Brasilien importiert werden soll, obwohl dort erst dieses Jahr ein Gammelfleischskandal aufgefliegen ist. Es sei ein Skandal und ein Schlag ins Gesicht von Erzeugern und Verbraucher, was die EU-Kommission klammheimlich mit Brasilien und anderen südamerikanischen Ländern verhandelt, erklärte Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünenfraktion im Europäischen Parlament: »Werden diese Texte einmal Vertrag, dann heißt es freie Fahrt für Gentech-Soja und andere mit Pestiziden hochbelastete Rohstoffe, Agro-Treibstoffe aus zweifelhaften Quellen sowie Tonnagen von Hormon- und Gammelfleisch.«

Kommentar Seite 4

NACHRICHTEN

Bund will Diesel-Vorteile nicht abschaffen

Berlin. Nach dem Vorstoß von VW-Chef Matthias Müller zum Abbau der Steuervorteile für Dieselaautos sieht die Bundesregierung vorerst keinen Handlungsbedarf. Das Verkehrsministerium erklärte, dass Dieselaautos weniger klimaschädliches CO₂ ausstießen als Benzin. Der Diesel werde als »Übergangstechnologie« gebraucht. Das Umweltministerium teilt diese Haltung nicht. Eine Sprecherin erinnerte an die Aussage von Ministerin Barbara Hendricks (SPD), dass der Diesel eine steuerliche Bevorzugung nur dann verdient habe, wenn er einen Umweltvorteil habe. Danach sehe es aber derzeit nicht aus. VW-Chef Müller hatte sich für einen Abbau der Dieselsteuervorteile ausgesprochen. Zudem forderte er die Einführung einer blauen Umweltplakette für Dieselfahrzeuge, deren Vergabe an bestimmte Stickoxidwerte gebunden werden solle. Das CSU-geführte Verkehrsministerium lehnte diese Idee am Montag allerdings erneut ab. *AFP/nd*

Oetker-Gruppe übernimmt Großbäcker

Bielefeld. Nach dem Verkauf der Schifffahrtsaktivitäten baut die Oetker-Gruppe ihr Bäckereigeschäft aus. Der Bielefelder Konzern übernimmt den belgischen Großbäcker Diversi Foods, wie er am Dienstag mitteilte. Das Unternehmen hat Produktionsstätten in Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Polen und kommt mit über 1000 Beschäftigten auf einen Jahresumsatz von über 150 Millionen Euro. Oetker-Gesellschafter Albert Christmann betonte, mit der Übernahme setze die Oetker-Gruppe ein deutliches Zeichen, dass sie sich weiter auf Wachstumskurs befinde. Zum Kaufpreis machte das Unternehmen keine Angaben. Die Wettbewerbsbehörden müssen dem Kauf allerdings noch zustimmen. *dpa/nd*

Neuer Job für Friedrich Merz

Köln. Der frühere CDU-Politiker Friedrich Merz ist neuer Aufsichtsratschef des Flughafens Köln/Bonn. Der 62-Jährige wurde am Montag an die Spitze des Kontrollgremiums gewählt, wie der Flughafen mitteilte. Merz ersetzt Ex-Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig (SPD). Um die Personalie hatte es einen längeren Streit gegeben. Vor zwei Wochen scheiterte die Wahl von Merz im ersten Anlauf, weil sich der Aufsichtsrat bei seiner Sitzung nicht auf eine Erweiterung der Tagesordnung hatte einigen können. Zudem stößt Merz, der von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) vorgeschlagen wurde, bei der Opposition im Landtag auf Kritik: Sie befürchtet einen Schritt in Richtung einer Privatisierung des zweitgrößten NRW-Airports. *dpa/nd*

E.on spendiert E-Auto-Kunden kostenlos Strom

Essen. Der Energiekonzern E.on will den Verkauf von Elektroautos des schwedischen Herstellers Uniti ankurbeln. Wie E.on am Montag mitteilte, sollen Käufer des Kleinwagens Uniti One in Schweden fünf Jahre lang kostenlosen Solarstrom für eine Fahrleistung von bis zu 60 000 Kilometer geliefert bekommen. Dies sei im Kaufpreis des Autos, das ab 2019 für 15 000 Euro in den Handel kommen soll, enthalten. Dadurch werde der Einstieg in die Elektromobilität für Kunden »so einfach wie noch nie«, erklärte E.on-Manager Frank Meyer. Uniti will ab dem kommenden Jahr im schwedischen Landskrona jährlich 50 000 Fahrzeuge des Modells One herstellen. Nach Unternehmensangaben liegen bereits mehr als 1000 Bestellungen vor. Die Reichweite des Autos soll demnach zwischen 150 und 300 Kilometern liegen; Strom für rund 200 Kilometer soll sich in 30 Minuten laden lassen. *AFP/nd*

Bitcoins sind noch nicht gefährlich

Ökonomen warnen vor Derivaten für die Kryptowährung / Erste Börse handelt bereits mit Bitcoin-Future

Eigentlich sind sich alle einig: Der derzeitige Bitcoin-Hype ist nichts als eine Spekulationsblase, die weiter wächst. Gefährlich wird sie, wenn auch institutionelle Anleger mit ins Spiel einsteigen.

Von Simon Poelchau

Wer vor zehn Tagen geglaubt hat, das bei 12 000 Dollar pro Bitcoin das Ende der Fahnenstange erreicht gewesen sei, der wurde eines Besseren belehrt. Am Montagmittag lag der Preis für die Digitalwährung bei 16 835 Dollar. Seit Sonntagnacht hat die erste Börse sogar Termingeschäfte, sogenannte Futures mit der Währung zugelassen. Gleich am Montagmorgen schoss der Preis für diese Bitcoin-Future an der Chicagoer Optionsbörse auf 18 700 Dollar in die Höhe.

Solche Preissprünge – zu Jahresbeginn lag der Wert eines Bitcoin noch bei rund 1000 Dollar – führen zu einer selten da gewesenen Einigkeit in der Ökonomenzunft. »Es sind eigentlich alle Phänomene einer Blase da«, sagte der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, am Montag dem Deutschlandfunk. Der eigentliche Vorteil dieser Technik, nämlich schnell und günstig Eigentumsübertragungen zu erfassen, löse sich jetzt langsam auf, denn es dauere immer länger oder koste immer mehr, um diese zu verifizieren. So löse sich der tatsächliche Preis »vom ökonomischen Nutzen ab«. Der Wirt-

schaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz fällt bereits Ende November ein noch weitaus strengeres Urteil: Die Kryptowährung »sollte verboten werden«, sagte Stiglitz der Nachrichtenagentur »Bloomberg«. »Sie erfüllt keine sozial nützliche Funktion.«

Die entscheidende Frage also ist: Wie schlimm wird es, wenn die Bitcoin-Blase platzt? Wird es nur einen Sturm im Wasserglas geben oder wird eine neue globale Finanzkrise die Folge sein, ähnlich wie 2007 als in den USA die Hypotheken-Blase platzte. »Die Preisentwicklung der Bitcoins erinnert an die großen Blasen der Wirtschaftsgeschichte«, sagte eine der fünf sogenannten Wirtschaftsweisen, die Bonner Ökonomin Isabel Schnabel, am Wochenende der »Welt am Sonntag«. Die Einführung von Bitcoin-Futures dürfte die Spekulationen noch weiter anheizen. Bislang, so die Wissenschaftlerin, »dürften die Ansteckungsgefahren aber begrenzt sein«.

Noch. So ähnlich sieht es auch der linke Ökonom Rudolf Hickel. Würde die Bitcoin-Blase platzen, dann würden die Investoren ihm zufolge ungefähr 160 Milliarden US-Dollar verlieren. »Dies ist noch kein großes Problem«, so Hickel. Denn die entscheidende Sache ist, dass die Welt der digitalen Kryptowährung noch nicht verbunden ist mit der übrigen Finanzwelt. Sorgen macht ihm aber, dass nun auch Terminkontrakte auf die Kryptowährung zugelassen sind. Dabei ist die Chicagoer Optionsbör-



se CBOE der einzige Handelsplatz, der solche Deals organisiert. Ab 18. Dezember will auch der weltweit größte Börsenbetreiber, die Chicago Mercantile Exchange Group (CME), mit diesen Papieren handeln. Von der US-Regulierungsbehörde gab es bereits grünes Licht.

Dabei sind diese Futures sogenannte Finanzderivate. Das heißt, dass sie Wertpapiere sind, die auf anderen Wertpapieren aufbauen. Im Fall der Bitcoin-Futures zum Beispiel kauft der Investor nicht die Bitcoins, die das eigentliche Spekulationsobjekt sind, sondern das Recht, Bitcoins

Permakultur ist eine Alternative

Afrikas Kleinbauern versuchen, sich mit Selbsthilfe gegen den Vormarsch der Agrarmultis zu wehren

Bis Ende des Jahres soll das Dokument fertig sein: die Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten der 800 Millionen Kleinbauern weltweit. Noch ist eine Einigung nicht in Sicht.

Von Roland Bunzenthall

Weiter so mit der Agrarindustrie oder hin zu agrarökologischen Ansätzen. Dieser Streit tobt, seit der Weltagrarricht 2008 zur Überraschung vieler sich für Letzteres ausgesprochen hat. Zur Überraschung, weil dieses von der Weltbank eingerichtete Expertengremium nicht mit ideologieverdächtigen Ökologen besetzt ist, sondern mit Fachleuten mit unterschiedlichstem Hintergrund. Dieser Streit überlagert auch die Ausarbeitung der Erklärung zu den Rechten der 800 Millionen Kleinbauern. Die UN-Kommission für Menschenrechte hatte 2012 einen Arbeitskreis eingesetzt für die Erklärung, der jedoch auch nach 17 Sitzungen noch immer keine gemeinsame Linie gefunden hat. Grund für die fehlende Harmonie ist der Streit zwischen den Vertretern einer industriellen »modernen« Landwirtschaft und den Befürwortern eines alternativen agrarökologischen Ansatzes.

Der Schweizer Publizist Jean Ziegler ist Teil des Arbeitskreises. Er kritisiert die »moderne Landwirtschaft der Agromultis«: »Das tägliche Massaker des Hungers ist der größte Skandal unserer Zeit. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind.«

Zwischen den Folgen des Klimawandels, der den notwendigen Regen ausfallen lässt, und der Verdrängung durch Agrarkonzerne versuchen die Kleinbauern in Afrika verschiedene Überlebensstrategien. Besonders schwer haben es jene Bauern, die in den Halbwüsten am Rand der Sahara ihr karges Dasein fristen. Beispiel für eine gelungene Überwindung der Misere aus eigener Kraft ist jedoch jener Bauer aus Burkina Faso, der mit seinem selbst gepflanzten Wald im Wüstensand für Schlagzeilen sorgte.

1984 herrschte eine verheerende Dürre in der Sahelzone mit zahlreichen Todesopfern. Das motivierte den Ackerbauern Yacouba Sawadogo im Norden von Burkina Faso, etwas dagegen zu unternehmen. Er besann sich der alten, »Zai« genannten, Methoden seiner Vorfahren. Sawadogo erkannte aber, dass man diese alten Methoden verbessern muss, um sie sinnvoll anzuwenden. Er vergrößerte die Zai-Löcher, ummantelte den Samen mit einer Mischung aus Blättern, Dung und Asche, legte Reihen von Steinen, um den Abfluss des Wassers aufzuhalten. Schon die erste Ernte war ein Erfolg, sie füllte Sawa-



Herausforderung Klimawandel: Kleinbauern bearbeiten ein vertrocknetes Feld bei Blantyre in Malawi.

Foto: dpa/Jon Hrusa

dogos Hirschespeicher. In den folgenden Jahren pflanzte er probeweise unterschiedliche Arten von Bäumen. In ihrem Schatten gediehen zudem andere Nutzpflanzen. Das Ergebnis war eine grüne Oase in der Wüste.

Der »Pionier« des alternativen Ackerbaus hatte auf seinem Weg allerdings heftige Widerstände zu überwinden. Als sein Wald die Größe von 20 Fußballfeldern erreichte, weckte dies die Begehrlichkeit ausländischer und nationaler Investoren. Nur seine inzwischen erreichte Popularität verhinderte vermutlich seine Enteignung.

Viele Kleinbauern sind dem doppelten Druck der klimageschädigten Natur und der unerbittlich vordringenden Agrarkonzerne nicht gewachsen. Das zeigt ein Beispiel aus Tunesien: Hinter dem Wald von Dattelpalmen in der Oase erhebt sich drohend eine gut 20 Meter hohe Wand aus Sand. Einzelne Büsche ragen heraus, von den Bauern als Bremsen gegen den Vormarsch der riesigen Dünen gedacht. Vergeblich! Beim nächsten Sandsturm droht die Düne, den Wald unter sich zu begraben. Die rund 100 Kleinbauern der Oase im tunesischen Teil der Sahara sind auf die

Früchte der Dattelpalmen angewiesen, sind sie doch die einzige Einnahmequelle. Vor 30 Jahren hatte sie die tunesische Regierung mit dem Versprechen einer weiteren Unterstützung in das Oasengebiet gelockt. Die Bauern sollten als Vorposten den Vormarsch der Wüste verhindern. Heute scheinen die Bauern jedoch den Kampf gegen die Natur zu verlieren. Sie hoffen bislang vergeblich auf den damals versprochenen staatlichen Beistand.

Die Zahl ungelöster Probleme der Ökonomie und Ökologie hat für die arme Landbevölkerung zuletzt eher zugenommen: Abgeschirmte EU-Absatzmärkte für afrikanische Waren, Dumpingkonkurrenz in Afrika durch subventioniertes Fleisch aus der EU, Landraub durch die Plantagenwirtschaft der Multis, die mit ihrer den Boden auslaugenden chemiegestützten Monokultur zudem die Kleinbauern verdrängt. Und last, but not least heizen die sinkenden Preise für afrikanische Rohstoffe wie Kaffee den Verteilungskampf weiter an.

Dort, wo Frieden herrscht auf dem Kontinent, wächst die Wirtschaft mit Rekordraten. Doch in die Statistik gehen die kleinen, stagnierenden Sub-

sistenzbauern kaum ein, umso mehr dafür die expandierenden Multis – allen voran der künftige Marktführer bei Saatgut und Pestiziden, Bayer-Monsanto. Für den Ausbau ihrer Plantagen erkaufen diese häufig das Wohlwollen der lokalen Politik.

Aktuelles Beispiel ist Sambias Regierung. Sie vergibt große Stücke Ackerland an ausländische Investoren, um die Exporteinnahmen zu erhöhen. Als Folge davon werden Bewohner von ihrem Land vertrieben; zahlreiche Fälle von Landraub hat die Menschenrechtsorganisation FIAN dokumentiert. Was für Sambia gilt, gilt auch für Sierra Leone »plündern Unternehmen das Land aus«, beklagt FIAN. Mit Druck und falschen Versprechen wurden die Kleinbauern dazu gebracht, Tausende Hektar Land an den übermächtigen Investor Socfin zu verpachten. Socfin ist ein Subunternehmen von Bolloré, einer französischen Investment- und Industrieholding.

Zunehmend wird auch die Produktion von Agrosprit zum Verdrängungsfaktor. In Äthiopien sieht die Regierung 23 Millionen Hektar – ein Drittel des verfügbaren Ackerlandes – für den Anbau von Agrospritpflanz-

zen vor. Das Argument der Regierung, es handle sich stets um ungenutztes Land, nimmt niemand in Äthiopien noch ernst.

Es bleibt den afrikanischen Landwirten häufig nur eine Alternative: der Wechsel zu alternativen Anbaumethoden mit weniger Inputkosten und wegen der Bioqualität größeren Chancen auf den Absatzmärkten. Eine Richtung der alternativen bäuerlichen Landwirtschaft ist die Permakultur. Ihr Ziel ist es, eine ausreichende Ernährung zu sichern, ökologische Anbaumethoden anzuwenden, die schädlichen CO₂-Emissionen zu drosseln und die Ackerböden wieder fruchtbar zu machen. Gerade in Trockengebieten wie dem Sahel bringt die Permakultur erhebliche Erträge pro Hektar Boden. Dabei wird eine Kreislaufwirtschaft etabliert, die auf der Kombination verschiedener Feldfrüchte beruht, deren Kompost zugleich als Düngerdient. Das macht die Bauern unabhängig von den Saatgut- und Pestizidkonzernen und erweitert die vielfach einseitige Ernährung der Bauern Afrikas. Die Erklärung der Vereinten Nationen sollte das als Richtschnur nehmen.

KOMMENTAR

Kein faires Signal aus Buenos Aires

Martin Ling über Welthandel und den Globalen Süden

Gerd Müller spricht den richtigen Adressaten an: die Welthandelsorganisation. »Die WTO muss ein klares Signal senden: Wir brauchen einen Durchbruch auf dem Weg vom freien zum fairen Handel.« Wie lange der deutsche Entwicklungsminister von der CSU noch im Amt ist, wird sich mit der kommenden Regierungsbildung klären. Sicher ist: Die 2001 in Doha gestartete »Entwicklungsrunde« wird ihn überdauern. Denn von der vor 16 Jahren von den reichen Staaten angekündigten unverteilenden Gestaltung der Globalisierung zugunsten der »Entwicklungsrunde« ist nach wie vor nichts zu sehen.

Müllers Mantra vom fairen Handel wird in Buenos Aires wieder verpuffen: »Fairer Handel heißt, auch im Agrarbereich den Entwicklungsländern einen verbesserten Zugang zu Exportmärkten und Unterstützung beim Aufbau der eigenen Produktion einzuräumen. Die Ministerkonferenz muss dazu ein verbindliches Regelwerk schaffen, das Industrie- und Schwellenländern klare Grenzen für Subventionen setzt.«

Exakt das wurde schon 2001 propagiert, aber bis heute wird selbst den ärmsten Entwicklungsländern verwehrt, ihren Grundnahrungsmittelanbau und ihre Kleinbauern bedingungslos zu schützen, um wenigstens die Ernährungssicherheit ihrer Bevölkerung gewährleisten zu können. In Buenos Aires stehen Themen wie Ernährungssicherheit oder eine Erweiterung des ökonomischen Handlungsspielraums für Entwicklungsländer nicht einmal auf der Tagesordnung. So wird Müllers Wunsch nicht in Erfüllung gehen, dass ärmere, wenige konkurrenzfähige Länder eine faire Chance auf Entwicklung ihrer eigenen Produktion erhalten.

ACTION

Kolumbien – »Kolumbien ein Jahr nach dem Friedensabkommen: Veranstaltung zum Projekt »Kinder des Friedens«, Referent: Christian Raschke, Mitglied bei »tierra unida« und Projektinitiator, 13. Dezember, 19 Uhr, Buchladen Sputnik, Charlottenstraße 28, 14467 Potsdam, Eintritt frei.

Lateinamerika – »VIII. Kurzfilmfestival ALBA Berlin: Kurzfilme aus Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und Venezuela«, Auswahl, welche die Wirklichkeit unserer Länder anhand verschiedener Themen zeigen. Die Veranstaltung schließt mit Musik des Kubaners Román Bombarli ab. 14. Dezember, 18 Uhr, Bolivar und Miranda Saal der Botschaft von Venezuela, Schillstr. 9, 10785 Berlin. Eintritt frei.

Zum Lesen – »ila 411«, Dezember 2017, Schwerpunkt: Mate, 6 Euro, Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. (0228) 65 68 13, www.ila-web.de

Globale Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht

Fotoausstellung im nd-Gebäude und Podiumsdiskussion werfen Schlaglichter auf Migration von Amerika bis Europa

Vielen gilt es als das bestimmende Thema des 21. Jahrhunderts: Migration. Von einer Migration ohne Mauern und globaler sozialer Gerechtigkeit ist die Welt noch weit entfernt.

Von Martin Ling

Migration gibt es seit Menschengedenken. In Deutschland erregt das Thema erst seit der Nicht-Grenzschließung im Herbst 2015 die Gemüter breiterer Schichten und in der Politik. In den USA ist Migration schon viel länger ein heißes Thema, das durch den Amtsantritt von Präsident Donald Trump und seine fragwürdigen Mauerbaupläne neuen Konfliktstoff erhält. Trump gibt vor, damit die illegale Einwanderung und den Drogenschmuggel stoppen zu wollen. In den USA leben Schätzungen zufolge rund elf Millionen Migranten ohne Aufenthaltsberechtigung. Etwa die Hälfte sind Mexikaner. Dass der Drogenschmuggel größtenteils nicht über die grüne Grenze verläuft, sondern die heiße Ware in Autos über reguläre Grenzübergänge oder versteckt in Contain-

ern über Häfen in die USA geschmuggelt wird, dürfte Trump genauso wissen wie, dass die Zahl der an der US-Grenze aufgegriffenen illegalen Einwanderer zuletzt so niedrig war wie seit Anfang der 1970er Jahre nicht mehr. Trumps Hang zu alternativen Fakten ist nicht neu.

Der US-amerikanische Aktivist und Fotograf David Bacon verfolgt und unterstützt den Kampf der Migrant*innen aus Lateinamerika für ihre Rechte seit Langem. Seine noch bis zum 22. Januar im nd-Gebäude am Franz-Mehring-Platz laufende Ausstellung zeigt eine Auswahl seiner besten Fotos von den Lebensumständen der Migranten und ihrem Kampf gegen Mauern und für Gerechtigkeit.

Die Ausstellungseröffnung am 4. Dezember wurde ergänzt durch eine Podiumsdiskussion im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) über das Thema »Migration ohne Mauern und Kämpfe für globale soziale Gerechtigkeit. Für das Recht zu migrieren und zu bleiben«. Über diese Zielsetzung waren sich die drei Diskutanten David Bacon, der costa-ricanische Migrationsforscher Carlos San-

doval und die Referentin für Internationale Politik und soziale Bewegungen der RLS, Stefanie Kron, einig.

Über die Wege dahin gibt es keine Kontroversen, jedoch unterschiedliche Ansätze: David Bacon forderte eine Klassenanalyse, in der die Migranten als soziale Akteure zu betrachten seien und in der die Beziehungen zwischen Migranten und

Für Bacon ist Migration nicht weniger als ein Systemmerkmal des Kapitalismus und wichtig für dessen Entwicklung.

Nichtmigranten in ihrer Gesamtheit analysiert werden müssten. Denn für Bacon ist Migration nicht weniger als ein Systemmerkmal des Kapitalismus und wichtig für dessen Entwicklung. Auch unter Trump habe sich am Bedarf der US-Wirtschaft an billiger migrantischer Arbeitskraft nichts geändert, 200.000 Farmerarbeiter und

900 000 Vertragsarbeiter pro Jahrweisen allein die offiziellen Statistiken aus. Hoffnung auf gesellschaftlichen Wandel schöpft Bacon aus dem breiten Bündnis aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, das sich gegen Trumps Politik wehrt und von dem die Linke nur ein Teil sei.

Carlos Sandoval ging der Frage nach, warum sich die Rechte das Thema Migration weltweit auf die Fahnen geschrieben hat: Die Rechte mache sich das Unbehagen über die mit der Globalisierung einhergehende Denationalisierung der Wirtschaft zunutze, ob Brexit, Trump, Orbán, Le Pen oder Indiens Premier Modi. Der erste Politiker dieser Couleur war aus Sicht von Sandoval Jörg Haider 1999 in Österreich. Und schon davor hätte der Kulturwissenschaftler Stuart Hall 1979 anhand des Thatcherismus in Großbritannien den Begriff des autoritären Populismus etabliert. Er baut auf der wirtschaftlichen und moralischen Krise ebenso auf, wie auf der Krise der politischen Repräsentation. Neu sei indes, dass sich mehr rechte Parteien denn je in den Parlamenten tummeln und Fremden- sowie Islamfeindlichkeit hoffähig machten. Ins-

besondere der konstruierte Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus und manchmal Drogenhandel sei in diesem Kontext von großer Bedeutung. Die Herausforderung für die Linke sei, zwischen einheimischen Arbeitern und Migranten solidarische, transversale Beziehungen von unten zu entwickeln, entlang des gesunden Menschenverstands à la Antonio Gramsci.

Wie so etwas aussehen kann, illustrierte Stefanie Kron am Beispiel der Willkommens- oder Zufluchtsstädte, zu denen in Deutschland zum Beispiel Berlin, Frankfurt und Hannover gehören. Sie seien zwar keineswegs frei von Widersprüchen und Konflikten, auch innerhalb der Bündnisse, die sie erkämpfen und in konkrete Politiken umsetzen. »Sie zeigen aber, dass globale Bewegungsfreiheit und globale soziale Bürgerschaft keine utopischen Forderungen bilden«, so Kron. Diese Städte sind quasi Etappen auf dem Weg zu einer Migration ohne Mauern und globaler sozialer Gerechtigkeit. Dieser Weg wird ohne Umverteilung von oben nach unten nicht friedvoll besritten werden können.

Karlsruhe überprüft Mietbremse

Weil eine Zivilkammer des Landgerichts die Regelung zur Mietendämpfung für verfassungswidrig hält, hat sie die Vorschrift dem obersten Gericht zu Prüfung vorgelegt.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe soll nach dem Willen des Landgerichts Berlin über die Mietpreisbremse entscheiden. Die Zivilkammer 67 des Landgerichts Berlin hält die Vorschrift im Bürgerlichen Gesetzbuch über die sogenannte Mietpreisbremse für verfassungswidrig und hat beschlossen, sie dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen, wie der Präsident des Kammergerichts am Montag in Berlin mitteilte. Allein das höchste deutsche Gericht habe die Kompetenz, eine gesetzliche Regelung für verfassungswidrig zu erklären. (67 S 218/17)

Die Zivilkammer hatte den Angaben zufolge bereits im September verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht unterblieb damals jedoch.

Anlass für den jetzigen Schritt ist die Klage zweier Mieter, die die höchstzulässige Miete für ihre Wohnung nach den Vorschriften über die sogenannte Mietpreisbremse festgestellt haben wollen. Das Amtsgericht Wedding gab der Klage teilweise statt. Die Vermieterin legte Berufung ein und machte dabei auch verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Diese Bedenken wurden von der Zivilkammer 67 des Landgerichts Berlin geteilt, hieß es.

Der Gesetzgeber habe eine Bezugsgröße gewählt, die Vermieter in unterschiedlichen Städten wesentlich ungleich treffe, befand das Gericht unter Hinweis auf die starken Mietpreisschwankungen im deutschen Markt. Weder der Gesetzeszweck noch die mit der gesetzlichen Regelung verbundenen Vorteile noch sonstige Sachgründe rechtfertigten dies.

Darüber hinaus liege auch deshalb eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung vor, weil diejenigen Eigentümer, die bereits in der Vergangenheit eine zu hohe Miete gefordert hatten, geschützt würden. *epd/nd*

Amri soll vom IS angeworben worden sein

Ein deutscher Ableger des sogenannten Islamischen Staates (IS) soll den Tunesier Anis Amri für den Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz angeworben haben. Das berichten der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) und die »Berliner Morgenpost«. Demnach soll das IS-nahe Netzwerk des Islamisten Abu Walaa die Rekrutierung Amris vorgenommen haben. Außerdem soll der aus dem Irak stammende Islamist Ahmad Abdullah A. alias Abu Walaa die »Ausführung des in Rede stehenden Anschlags autorisiert« haben. Amri habe bei Abu Walaa, dem Kopf der Gruppe, eine »dreißigminütige Privataudienz« gehabt und soll über eine »exklusive Beziehung« mit Abu Walaa verfügt haben, hieß es in einer Vorabmeldung zu der ARD-Dokumentation »Der Anschlag«.

Gegen Abu Walaa und weitere Beschuldigte des Netzwerkes läuft derzeit ein Prozess wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung vor dem Oberlandesgericht Celle. Die Verteidiger Walaa wollten sich laut Meldung nicht zu den Vorwürfen äußern. *mkr*

Mit Modulen schnell zu Schulen

Mit optimierten Prozessen will der Senat dem Schüler-Boom hinterherkommen

Wenn es sein muss, kann Berlin sogar flott. Bereits drei Jahre nach Planungsstart sollen die ersten Schulneubauten eines Schnellbaupilotprojekts die ersten Schüler begrüßen.

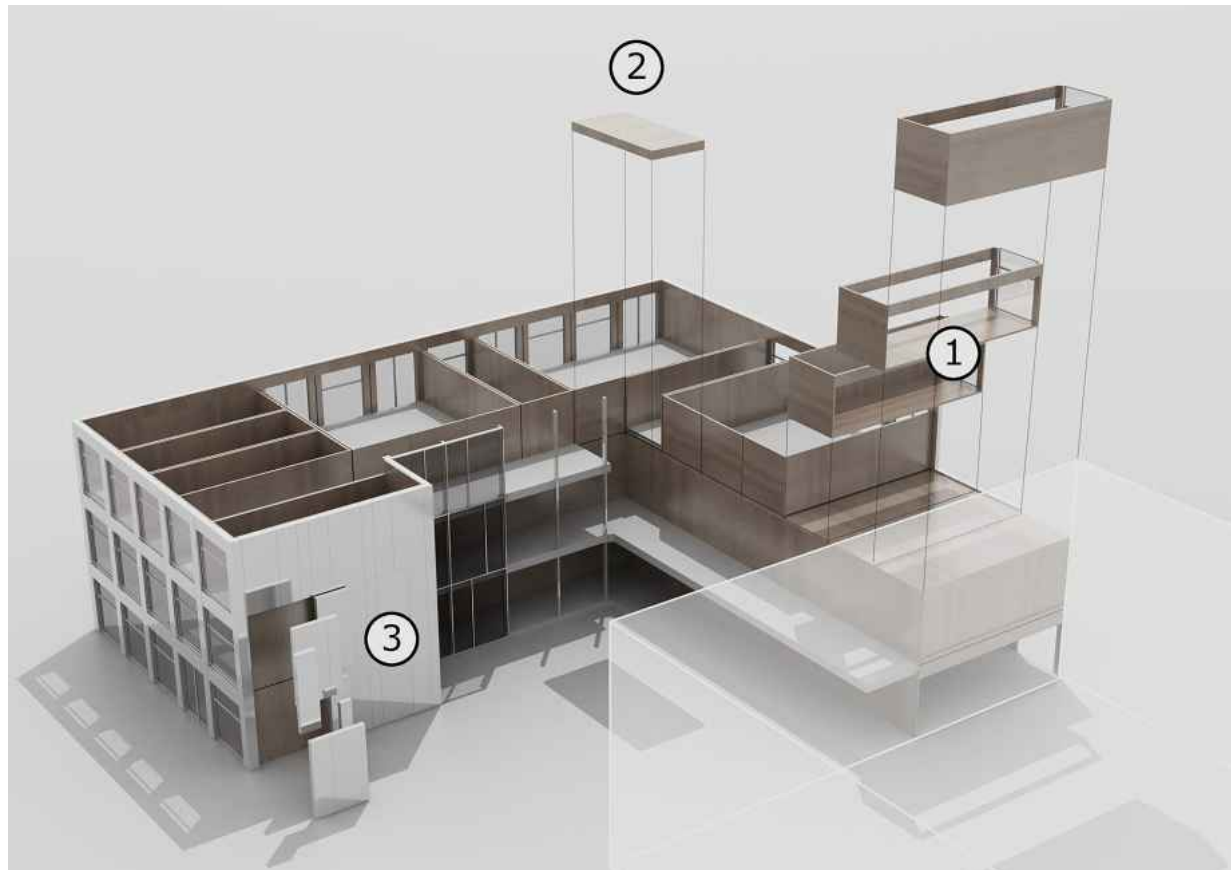
Von Nicolas Šustr

MoBS wirkt. Sagt zumindest Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) bei der Pressekonferenz zum »Modellvorhaben zur Beschleunigung von Schulbauten«, wofür die vier Buchstaben stehen. »Schulplanung und -bau dauerten mit den bisherigen Abläufen bis zu zehn Jahre«, so Scheeres. Nun könne diese Spanne halbiert werden. Ohne MoBS ist zwar Schulbau möglich, aber sinnlos. Zehntausende neue Schulplätze werden in den nächsten Jahren benötigt. »Es war klar, dass wir mit der bisherigen Herangehensweise den Bedarf nicht decken können«, erklärt die Bildungssenatorin.

Nun sind anderthalb Jahre nach Start des Modellprojekts die Pläne für die zehn Schulen in sechs Bezirken fertig. Rund 2900 Schulplätze werden so neu geschaffen und über 1600 saniert.

»Die Bildungsverwaltung hat die Raumvorgaben gemacht, wir realisieren die Wettbewerbe«, sagt Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE). Zwar wurden Architektur und Landschaftsplanung europaweit ausgeschrieben, allerdings wurden je Schule sechs Büros gezielt eingeladen und sechs weitere aus der Ausschreibung ausgelost. »Diese Beschränkung spart allein schon zwei Monate«, berichtet die Senatorin. Für jeweils zwei Wettbewerbe hat die gleiche Jury an einem Tag die Gewinner ermittelt. Auch die Prüfprozesse wurden beschleunigt, die Kostenermittlung im Vorfeld auf das Nötige beschränkt. Dadurch müssen auch weniger Zwischenschritte vom Abgeordnetenhaus abgesegnet werden. »Jede nicht stattfindende Parlamentsrunde spart weitere drei Monate«, erklärt Lompscher. Schließlich wurde ein Generalplaner für alle sechs Schulen beauftragt, für die Realisierung sollen ebenfalls Generalunternehmer zuständig sein.

Dabei sei man schon einen Schritt »weg von der Flurschule, hin zur Clusterung gegangen«, sagt die



In Mahlsdorf soll eine Schule aus Holzfertigteilen entstehen: (1) Raummodule aus Holz, (2) Flure als Halbfertigteile, (3) Fassadenmontage

Abbildung: ARGE IS Mahlsdorf | NKBK | B+G Ingenieure | Ecotec | Franz Reschke

Stadtentwicklungssenatorin. »Das ist auch sehr geeignet, um modular zu bauen«, freut sich Lompscher. Das senkt die Bauzeit wiederum deutlich.

Drei Schulen, eine Integrierte Sekundarschule in Mahlsdorf (Baustart 2019) sowie zwei Grundschulen in Lichtenberg (Baustart 2018), werden sogar aus Holzmodulen montiert. Nur rund ein Jahr Bauzeit wird für diese

Bauweise veranschlagt. »Wir wollten Holz auf jeden Fall einmal ausprobieren«, sagt die Stadtentwicklungssenatorin.

Sandra Scheeres zeigt sich erfreut, dass die Empfehlungen der AG Schulraumqualität bereits teilweise in die Modellvorhaben übernommen werden können. Zum Beispiel durch die Berücksichtigung sogenannter Teil-

lungsräume, mit denen Schulklassen in geteilten Gruppen unterrichtet werden können oder Lernwerkstätten, in denen Schüler experimentieren oder sich handwerklich betätigen können. Auch die digitale Infrastruktur für den Einsatz von Laptops im Unterricht sei berücksichtigt.

Als »sehr positiv« empfindet Scheeres auch die Beteiligung aller Betroffenen bei der Konzeption des Neubaus für die Panke-Schule. »Wir möchten die Partizipation im Vorfeld ausweiten, weil diese »Phase null« sehr wichtig ist«, sagt die Bildungssenatorin. »Wenn Eltern, Schüler und Lehrer zu spät einbezogen werden, gibt es nur Ärger«, so die Erfahrung.

Für die Bildungsverwaltung innovativ ist auch die Planung eines Grundschul-Neubaus an der Chausseestraße in Mitte. Auf dem kleinen Grundstück nahe der Europacity krönt die Sporthalle den fünfgeschossigen Bau mit 14 Klassenräumen und einer Mensa. »Wir müssen anders denken, wenn wir nicht in die Breite gehen können«, so Scheeres.

Die aktuellen Schulbaupläne

- ▶ 86 000 zusätzliche Schulplätze werden im Vergleich zu 2016 bis zum Jahr 2024 benötigt, 15 000 davon wurden bereits errichtet.
- ▶ 26 400 Schulplätze sollen in 59 Neubauten entstehen, zu denen auch die zehn beschleunigten Modellbauvorhaben gehören. Kapazität für weitere 33 800 Schüler soll mit Modularen Ergänzungsbauten (MEB) geschaffen werden. 53 dieser Bauten wurden bereits errichtet, weitere 73 sollen noch folgen.
- ▶ Nach Senatsplänen soll künftig auch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE für den Schulbau zuständig sein. Bei elf Grundstücken habe man sich bereits geeinigt, erklärt die Stadtentwicklungssenatorin.
- ▶ Im Januar 2018 will die Bildungsverwaltung den Sanierungsplan für alle mehr als 700 Schulen vorstellen. *nic*

MEINE SICHT Winter: langsam herangeirrt



Johanna Treblin über die jährliche Mär des Wintereinbruchs
Foto: nd/Ulli Winkler

Pünktlich zu den ersten weißen Flocken bricht wieder Chaos auf den Straßen aus. So heißt es in den Nachrichten. Es ist, als ob sich die Berliner jedes Jahr aufs Neue weigern, Schnee als Realität anzuerkennen.

Wetterdienste und Medien verkünden den Wintereinbruch und verkennen, dass der Winter sich bereits seit Wochen herangeirrt hat: erst Temperaturen um den Gefrierpunkt, dann erster Frost, dann schneebedeckte Hausdächer beim Aufwachen am Morgen. Radio und Zeitungen warnen vor überfrierender Nässe (meinen: Glatteis) und vermelden erste Schlitterpartien in der Nacht von Freitag auf Samstag.

Frei nach dem Motto »Das passiert mir doch nicht« setzt sich der bequeme Berliner trotzdem ins Auto. Dass sich auch Schneematsch auf Kopfsteinpflaster gut zum Rutschen eignet, ignoriert er (oder sie).

Klar, es gibt diejenigen, die irgendwo arbeiten, wo sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht hinkommen. Und es gibt auch die anderen, die irgendeiner Arbeit nachgehen, für die sie irgendwelche Arbeitsmittel brauchen, die nur mit dem Auto transportiert werden können. Und es gibt diejenigen, die aus gesundheitlichen oder physischen Gründen auf das Auto angewiesen sind.

Aber der Rest? Der könnte erheblich dazu beitragen, das winterliche Chaos – mitnichten ein plötzlicher Einbruch, vor dem niemand gewarnt hätte – zu minimieren. Wie? Einfach mal das Auto stehen lassen. Das gilt – kleiner Tipp – übrigens auch für den Rest des Jahres. Denn wer sich über vollgestopfte Straßen und Stop-and-Go ärgert, sollte doch wissen: Derjenige, den er (oder sie) dafür verantwortlich machen kann, ist in erster Linie er (oder sie) selbst.

Von Chaos in der Polizeiakademie keine Spur

Innenausschuss hörte Experten zu angeblichen Zuständen in der Ausbildung von angehenden Ordnungshütern an

Die Vorwürfe klangen heftig. Von Schlägereien unter Polizeischülern war die Rede. Ganz so schlimm ist es nicht. Dass aber der eine oder andere Azubi aus der Rolle fällt, bestätigte eine Anhörung.

Von Felix von Rautenberg

Disziplinlosigkeit, Gewalt, kriminelle Unterwanderung – so lauteten die anonymen Vorwürfe zu Zuständen an der Spandauer Polizeiakademie. Dass sich viele der Vorwürfe als unhaltbar erweisen, belegt ein Sonderbericht der Polizei, der am Montag im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses diskutiert wurde. Der SPD-Innenexperte Frank Zimmermann (SPD) sagte: »Eine simple Betrachtungsweise sollten wir hier nicht vornehmen. Es sind immer Einzelfälle, die zu betrachten sind. Dennoch gibt es strukturelle Fragen, um die wir uns kümmern müssen.«

Um den Vorwürfen zu begegnen, hatten die rot-rot-grünen Regierungsfaktionen deshalb Dozenten, Personalvertreter und eine Auszubildende der Akademie zur Anhörung geladen. Aus ihren unterschiedlichen Antworten wurde ersichtlich, dass es zwar Schwierigkeiten mit einzelnen Schülern gibt, diese aber nicht ganze Klassen oder Jahrgänge betreffen.



Polizeiakademie: Alle Stühle sind schön aufgereiht.

Foto: dpa/Maurizio Gambarini

Die Probleme liegen an anderer Stelle: »Wir scheuen uns nicht vor Veränderungen, doch sehen wir, dass die Umstrukturierung der Polizei ein Mangel von Personal mit sich bringt«, sagt die Victoria Kreuzter, Personalvertreterin bei der Polizei. Seit dem Jahr 2013 war die Ausbildung der Polizeieinheiten stetig reformiert worden. Rund 1500 Polizisten werden in diesem Jahr ausgebildet. Ein

Klassenlehrer der Akademie muss bis zu fünf Klassen betreuen. Die Betreuung des Einzelnen könne durch den Aufwuchs an Polizeianwärtern nicht gewährleistet werden. »Die Auszubildenden sind 17, 18, 19. Die haben den Ernst des Lebens noch nicht verstanden, wie jemand, der schon mitten im Leben steht«, sagte Kreuzter. Sie bemängelte die Einstellungspolitik der Akademie: »Ge-

rade das erste Personalgespräch wird nicht adäquat durchgeführt. Ich kann mir während des Bewerbungsverfahrens überhaupt kein Bild über die Lebenseinstellung des Bewerbers machen.« Nach Aussage der Personalrätin würde das Einstellungsgespräch mit einem Bewerber nur fünf Minuten dauern.

»Die Kollegenschaft hat das Gefühl, dass immer nur Zahlen zählen und nicht, dass wir mit Menschen arbeiten, die frisch aus der Schule kommen«, kritisierte auch Thorsten Schleheider. Der ehemalige Zugführer und Personalrat bemängelte zudem, dass das Lehrerkollegium nicht genügend in die Reformprozesse eingebunden werde. Und durch den Personalmangel gebe es kaum noch lehrende Zugführer, die etwaigen Verstöße sanktionieren würden.

Beide Befragten dementierten unterdessen den Vorwurf, die Polizei würde von »kriminellen Clans« unterwandert. Der Vorwurf, Auszubildende mit Migrationshintergrund würden besonders oft auffällig werden, wird von ihnen ebenfalls zurückgewiesen. »Ich habe nicht gehört, dass von Migranten Probleme ausgehen«, sagte die Person Kreuzter.

»Ich finde es sehr problematisch, wenn man Menschen mit Migra-

NACHRICHTEN

Erinnerung an ermordete Sinti und Roma

Oranienburg. Zum 75. Jahrestag von Himmlers »Auschwitz-Erlass« erinnert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in der Gedenkstätte Sachsenhausen an die Opfer der Naziverbrechen an der Minderheit. Zu der Gedenkveranstaltung an der früheren Hinrichtungsstätte »Station Z« des Konzentrationslagers werden an diesem Donnerstag sowohl Überlebenden und Angehörigen als auch der Vorsitzende des Zentralrates, Romani Rose, in Sachsenhausen erwartet. Das teilten die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Zentralrat mit. Am 16. Dezember 1942 hatte SS-Chef Heinrich Himmler den »Auschwitz-Erlass« unterzeichnet. Mit ihm begann die Deportation von Sinti und Roma aus elf Ländern Europas, darunter rund 10 000 aus Deutschland, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Im besetzten Europa wurden mehrere hunderttausend Sinti und Roma durch SS-Einsatzgruppen oder in Konzentrationslagern ermordet. Im KZ Sachsenhausen waren über 1000 Sinti und Roma gefangen. *epd/nd*

Schnee und Eis führten zu vielen Verkehrsunfällen

Potsdam. Schnee und Glätte haben in der Nacht zum Montag auf den Straßen des Landes zu vielen Unfällen geführt. Zwischen Sonntag 17.30 Uhr und Montagmorgen 4 Uhr ereigneten sich 136 Unfälle, teilte die Polizei mit. 66 davon waren nach Angaben eines Sprechers auf das Wetter zurückzuführen. 21 Menschen wurden zumeist leicht verletzt. Insgesamt wurden am Wochenende bei 611 Unfällen ein Mensch getötet und 89 Menschen verletzt. *dpa/nd*

Mordprozess nach Tod eines Schöffen geplatzt

Potsdam. Nach dem Tod eines Schöffen muss der Prozess um den Giftmord an einem Kleinkind in Potsdam komplett neu aufgerollt werden. Der 67-Jährige sei am Wochenende gestorben, sagte Landgerichtspräsident Sascha Beck am Montag. Ursprünglich hatte am Montag die Verteidigung ihr Plädoyer halten sollen, für Donnerstag war das Urteil erwartet worden. Ein Termin für den neuen Prozess steht noch aus. Angeklagt ist ein 37-Jähriger, der im März 2014 den eineinhalbjährigen Sohn seiner damaligen Partnerin vergiftet haben soll. Er habe Ruhe vor dem schreienden Kind haben wollen, hieß es. Die Staatsanwaltschaft hatte für den Angeklagten lebenslange Haft und die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld gefordert. *dpa/nd*

Baubranche legt dank öffentlicher Aufträge zu

Potsdam. Brandenburgs Bauwirtschaft zieht an und rechnet 2018 mit guten Geschäften. Ein Umsatz von 2,76 Milliarden Euro werde angepeilt, ein Plus von 1,7 Prozent, teilte Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg, am Montag mit. Die dynamischste Entwicklung werde im öffentlichen Bau prognostiziert, der um 3,1 Prozent auf 840 Millionen Euro wachsen werde. Zu verdanken sei das Investitionspaket etwa für die Stadtentwicklung und den Straßenbau. Beim Wohnungsbau sei kein weiteres Wachstum in Sicht. Der Wirtschaftsbau gehe mit einem Minus von zwei Prozent ins neue Jahr. *dpa/nd*

Millionenschaden bei Brand in Futtermittelhalle

Groß Pankow. Die Futtermittelhalle eines Agrarbetriebes in Groß-Pankow (Prignitz) ist in der Nacht zum Montag in Flammen aufgegangen. Die 2700 Quadratmeter große Halle, in der Futtermittel, Paletten und Arbeitsmaschinen untergebracht waren, brannte völlig aus. Verletzt wurde offenbar niemand. Der Schaden gehe in die Millionen, hieß es. *dpa/nd*



Verkehrsministerin Kathrin Schneider (l.) unterhält sich zu Beginn der Mobilitätskonferenz mit Verkehrssenatorin Regine Günther.

Foto: dpa/Bernd Settnik

Elektrobusse aus China

Mobilitätskonferenz sucht Lösungen für die zunehmenden Pendlerströme

Einmal jährlich soll es jetzt eine Berlin-Brandenburger Mobilitätskonferenz geben. Die erste fand am Montag in Potsdam statt.

Von Wilfried Neiß

Verstopfte Straßen, überquellende Züge, nur sehr begrenzt erweiterbare Verkehrsflächen. Der öffentliche Personennahverkehr in Berlin und Brandenburg gerät angesichts anschwelender Fahrgastzahlen an seine Kapazitätsgrenzen. Um hier bei den knappen Möglichkeiten herauszuholen, was noch herauszuholen ist, wurde am Montag mit der länderübergreifenden Mobilitätskonferenz eine »Plattform« geschaffen, auf der man sich künftig einmal jährlich zur Verkehrspolitik verständigen möchte.

Der Regionalexpress nach Potsdam sei »proppenvoll« gewesen, schilderte Susanne Henckel, Geschäftsführerin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB), ihr morgendliches Erlebnis bei der Anfahrt vor den rund 100 Konferenzteilnehmern, die ins Haus der Industrie- und Handelskammer gekom-

men waren. In der S-Bahn auf dem gegenüberliegenden Gleis seien dagegen noch Plätze frei gewesen. Dort hätte man seine Zeitung ausbreiten können, freilich um den Preis, »dass es von Berlin sechs bis acht Minuten länger dauert«.

Noch »einen Wagen dranhängen«, mehr Doppelstockzüge fahren lassen, schmalere Sitzplätze einbauen – so könnte auf wachsende Pendlerströme reagiert werden. Zehntausende ziehen jährlich in den Großraum Berlin, viel mehr, als Prognosen vorausgesagt hatten. Weil sich Autos in der Stadt immer seltener lohnen, sind die Neubürger zu einem hohen Prozentsatz Kunden von Bus und Bahn.

Inzwischen pendeln täglich 230 000 Brandenburger zur Arbeit nach Berlin. In umgekehrter Richtung fahren 86 000 Berliner nach Brandenburg. Darunter sind zahlreiche Studierende, die mit einem günstigen Semesterticket unterwegs sind. »Wir wollen ja auch, dass sie kein Auto nutzen«, sagte Henckel. Darauf aber müsse sich die Verkehrspolitik einstellen. Hoffnungen, dass sich mit der starken Zunahme der Passagierzahlen der Fahrpreis verringern

könnte, zerstörte Brandenburgs Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) sofort. Im Vergleich mit anderen europäischen Regionen liege man schon »sehr, sehr günstig«. Auch werde immer wieder gefordert, die Tarifzonen-Einteilung für das Berliner Umland attraktiver zu gestalten und die Berliner Tarifzone B auszuweiten. »Man ist dann schnell in Schwedt, Frankfurt (Oder) oder Neuruppin. Ich kann verstehen, dass die Menschen nicht so viel bezahlen wollen«, sagte die Ministerin. Aber: »Wir brauchen die Einnahmen«, unterstrich sie mit Verweis auf den Ausbau der Strecken von Nauen, Dresden und Cottbus nach Berlin, Stammbahn, Heidekrautbahn, Prignitz-Express. Mit der Berliner Stadtgrenze beginne nun einmal die Tarifzone C. Wie man es auch betrachte, es finde sich immer jemand, dem die Tarifgestaltung ungerecht erscheine. Einerseits soll der Zug möglichst überall halten, andererseits soll er aber auch schnell vorankommen. »Mit diesem Konflikt müssen wir umgehen«, setzte Schneider fort.

Verkehrssenatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne) sagte zu

einem eventuellen Ausbau der Berliner U-Bahnlinie 7, »nach Schönefeld wird es bestimmt nicht gehen«, doch sei es nicht unwahrscheinlich, dass die Linie »ein Stück nach Süden« verlängert werde. Derzeit untersuche der Senat, ob an vier U-Bahn-Linien »der Ausbau in Angriff genommen werden« sollte. Für die Senatorin stehen Erhalt, Modernisierung und Ausbau des Straßenbahnnetzes im Vordergrund. Dies sei billiger und führe zu schnelleren Ergebnissen. Zu Batteriebusen (E-Busse) sagte Günther, man werde sich auch in diese Richtung bewegen. Leider gebe es in Deutschland keine Hersteller solcher Busse. Man müsse überlegen, ob man sich an London ein Vorbild nehmen und chinesische E-Busse kaufen wolle. Denen gehe der Ruf voraus, sie seien weniger komfortabel, aber das stimme nicht.

Verkehrsministerin Schneider verwies darauf, dass sich schon 30 brandenburgische Kommunen im Rahmen eines Förderprogramms des Bundes um den Bau von Ladestationen bewerben. Schneider forderte die übrigen auf, dabei nicht abseits zu bleiben.

102 Millionen Euro für Investitionen in Schulen

Finanzminister Görke stellt ein Förderprogramm vor, das sich speziell an finanzschwache Kommunen richtet

Städte, Gemeinden und Landkreise, die in den Jahren 2014 bis 2016 überdurchschnittlich viele Arbeitslose hatten, dürfen für Baumaßnahmen an ihren Schulen auf Fördermittel hoffen.

Von Andreas Fritsche

Finanzschwache brandenburgische Kommunen können Fördermittel für die Sanierung, den Umbau oder die Erweiterung von Schulen erhalten. Mehr als 102 Millionen Euro zusätzlich stehen dafür zur Verfügung, kündigte Finanzminister Christian Görke (LINKE) am Montag an. Möglich werde dies durch eine weiteres, bis Ende 2022 laufendes Bundesprogramm.

Bislang standen bereits 130 Millionen Euro aus dem kommunalen Infrastrukturprogramm des Landes und rund 108 Millionen Euro aus einem anderen Bundesprogramm zur Verfügung. »In den vergangenen Jahren sind schon viele Hunderte Millionen Euro in Brandenburg in Schulstandorte investiert worden«, erinnerte Görke. Das neue Programm ergänze die beiden bereits laufenden um ei-

nen weiteren Baustein. »Es wird gerade finanzschwachen Kommunen helfen, ihre Schulstandorte zu modernisieren«, meinte Görke. Die Förderung sei »hoch attraktiv«, da die Kommunen nur einen Eigenanteil von zehn Prozent leisten müssen.

An diesem Dienstag will der Minister im rot-roten Kabinett vorstellen, nach welchen Kriterien die Kommunen ausgewählt werden, die Mittel aus dem Förderprogramm erhalten dürfen: Sie müssen in den Jahren

2014 bis 2016 eine überdurchschnittliche Schlüsselzuweisung vom Land erhalten haben und in diesen Jahren außerdem überdurchschnittlich viele Arbeitslose gehabt haben.

Nach dieser Rechnung könnte Cottbus mit mehr als 12,3 Millionen Euro die größte Summe erhalten, gefolgt von Brandenburg/Havel mit 8,9 Millionen Euro und Frankfurt (Oder) mit 8,1 Millionen.

Die Lehrer der öffentlichen Schulen werden vom Land beschäftigt und

bezahlt. Für die Schulgebäude sind die Kommunen zuständig. Sie müssen also Betriebskosten und Baumaßnahmen bezahlen. Träger der Grundschulen sind in der Regel die Städte und Gemeinden, während sich die Landkreise zuallererst um weiterführende Schulen kümmern.

Sechs von 14 Landkreisen sind nun als finanzschwach eingestuft und können Fördermittel aus dem neuen Bundesprogramm beantragen. Es sind die sechs Landkreise, die keine Grenze zu Berlin haben, also nicht von dem im Speckgürtel der Hauptstadt sprudelnden Steuereinnahmen profitieren. Auch bei den Städten und Gemeinden sind es fast ausschließlich die berlinfernen, die sich Hoffnung auf Fördermittel machen dürfen. Einzige Ausnahme aus dem Berliner Umland ist Strausberg, und daneben gibt es einige wenige Orte wie Müncheberg und Neuruppin, die nicht ganz so weit weg von Berlin liegen.

Auch für Privatschulen können Fördermittel beantragt werden, wenn sich diese Schulen in finanzschwachen Kommunen befinden.

2,1 Prozent der Schulstunden fallen aus

Trotz neuer Lehrkräfte fallen in Brandenburg täglich Hunderte Unterrichtsstunden aus. Hauptgründe sind steigende Schülerzahlen und Pensionierungen.

Von Manfred Rey

Brandenburg ist vom angekündigten Abbau der Unterrichtsausfälle an den Schulen noch weit entfernt. Statt dessen erreichte die Zahl der ersatzlos ausgefallenen Stunden im abgelaufenen Schuljahr 2016/2017 mit 2,1 Prozent den höchsten Wert seit zehn Jahren, wie das Bildungsministerium auf Anfrage mitteilte. Um den durch steigende Schülerzahlen, Pensionierungen und Krankmeldungen verursachten Lehrermangel zu mildern, werden immer mehr Seiteneinsteiger eingestellt und nach kurzer Einarbeitung in die Klassen geschickt.

Laut Bildungsressort müssten die Schüler im vergangenen Schuljahr auf 255 127 Stunden Unterricht verzichten. Mehr als zehn Prozent der rund 12,2 Millionen Pflichtstunden konnten nicht von Fachlehrern erteilt werden. Doch auch die seit 2014 verstärkt eingestellten Seiteneinsteiger können den Bedarf von jährlich 1000 bis 1200 Lehrkräften in den nächsten zehn Jahren nicht decken. »In bestimmten Regionen machen Quereinsteiger in den Grundschulen bereits zwei Drittel aller Neueinstellungen aus«, sagt Günther Fuchs, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Knapp zehn Prozent der rund 19 000 Lehrkräfte in Brandenburg sind bereits Seiteneinsteiger. »Ihre Zahl wird in den kommenden Jahren zunehmen, da der Markt leergefegt ist«, glaubt Fuchs. Deshalb sei mit dem Bildungsministerium vereinbart worden, spätestens ab 2019 die

»Die Verbeamtung in Brandenburg allein zieht nicht.«

Jan Alexy,
Landeselternsprecher

bisherige berufsbegleitende 200-Stunden-Schnellausbildung der Seiteneinsteiger durch ein dreimonatiges Qualifizierungsseminar zu ersetzen.

Der stellvertretende Sprecher des Landeselternrates, Jan Alexy, hält die Neulinge für eine »Notlösung«, da ihnen die pädagogischen Fähigkeiten häufig fehlten. Vor allem in ländlichen Regionen müsse mehr getan werden, um Lehrer anzulocken. »Es dauert in Brandenburg auch zu lange, ehe Bewerber nach ihrem Studium eine Zusage für den Schuldienst bekommen«, habe er beobachtet. Viele Bewerber haben dann inzwischen schon in Berlin eine Anstellung, wo ein höheres Einstiegsgehalt lockt. »Die Verbeamtung in Brandenburg allein zieht nicht«, ist Alexy überzeugt.

Die mit der Regierung nun vereinbarte höhere Gehaltseinstufung für Grundschullehrer ist nach Ansicht der Lehrverbände ein richtiger Schritt. »Aber das reicht nicht aus, Arbeitsbedingungen und Motivation der Lehrkräfte zu verbessern«, stellt der Präsident des Brandenburgischen Pädagogen-Verbands, Hartmut Stäker, klar. Im Gegensatz zu anderen Ländern gebe es in Brandenburg für Lehrer keine Chance, als einfacher Beamter befördert zu werden. »Die entsprechende Beförderungsregelung liegt seit 1991 auf Eis«, klagt Stäker.

Da die jetzigen Lehramtsstudenten frühestens in sieben bis acht Jahren in den Schuldienst übernommen werden können, fordern Elternvertreter und Lehrverbände kurzfristige Lösungen. Dazu gehört die Anhebung der Vertretungsreserve für Ausfallstunden von drei auf mindestens acht Prozent. *dpa*

NACHRICHTEN

Wohnungswirtschaft: Städte sollen mehr Geld in Stadtteile investieren

Magdeburg. Die kommunale und genossenschaftliche Wohnungswirtschaft hat den einseitigen Umgang der Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt mit den Fördermitteln für den Stadtbau kritisiert. Seit Jahren fließe das Geld beim Thema Wohnen fast nur noch in den Abriss, sagte der Chef des Landesverbands der Wohnungsgenossenschaften, Ronald Meißner, am Montag in Magdeburg. Aufwertungsprojekte in Stadtvierteln wie etwa neue Spielplätze fielen aus. Die Wohnungswirtschaft diskutiere das mit den Stadtchefs. Schwerpunkt der Debatte sei Halle, sagte Meißner. Es sollte das Credo gelten: Weniger Geld für den Markt, mehr für die von Plattenbauten geprägte Silberhöhe am südlichen Stadtrand. Sachsen-Anhalt reicht in diesem Jahr nach Angaben des Landesentwicklungsministeriums fast 97 Millionen Euro Fördermittel für den Städtebau aus. Damit können Bauarbeiten, Denkmalsanierungen sowie soziale Projekte in Stadtteilen finanziert werden. *dpa/nd*

NRW: Volksbegehren für G9 scheitert erfolgreich

Düsseldorf. Das Volksbegehren »G9-jetzt-NRW« ist gescheitert – die Kernforderung nach Abkehr vom »Turbo-Abitur« in Nordrhein-Westfalen wurde aber erreicht. Diese Bilanz hat der Sprecher der Initiative, Marcus Hohenstein, am Montag in Düsseldorf gezogen. Fast ein Jahr nach Beginn der Unterschriftensammlungen für die Rückkehr zu neun Jahren Gymnasium wurde das Volksbegehren nach Angaben der Initiatoren mit 630 000 Unterschriften abgeschlossen. Für ein erfolgreiches Begehren hätten bis zum Januar insgesamt knapp 1,1 Millionen Unterschriften zusammenkommen müssen. Nach dem Regierungswechsel im Mai hatte die schwarz-gelbe Koalition aber bereits zugesagt, dass NRW mit dem Schuljahr 2019/20, beginnend mit den Klassen 5 und 6, wieder zu G9 als Regelfall zurückkehren wird. Seit dieser Kehrtwende seien nur noch wenige Unterschriften zusammengeworfen, berichtete Hohenstein. *dpa/nd*

Verband: Mehr mobile Geschäfte in den Dörfern

Mainz. Angesichts des Schwunds von Geschäften in ländlichen Gebieten steuern nach Einschätzung des Handelsverbands Rheinland-Pfalz vermehrt Verkaufswagen die Dörfer an. »Das ist eine Renaissance«, sagte Hauptgeschäftsführer Thomas Scherer dpa. »Solche Verkaufswagen zum Beispiel mit Brot, Eiern und Milch gab es schon in den 70er Jahren häufig.« Künftig erwarte er auch mehr Busse der Sparkassen. »Die dünnen ja ihr Netz aus«, ergänzte Scherer. Laut einer am Donnerstag veröffentlichten Studie der Industrie- und Handelskammer Koblenz sowie der Handwerkskammer in der Rhein-Mosel-Stadt haben 554 von 955 untersuchten kleineren Gemeinden im nördlichen Rheinland-Pfalz keinen einzigen Laden mehr. 153 dieser Dörfer ohne Geschäfte werden allerdings regelmäßig von Verkaufswagen beliefert. Das ist fast ein Drittel. *dpa/nd*

Fast 1000 Bürger im Kreis Greiz ohne Trinkwasser

Saara. Fast 1000 Menschen im thüringischen Landkreis Greiz sind am Montagmorgen von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten gewesen. Eine mehr als hundert Jahre alte Wasserleitung sei in der Nacht geplatzt, sagte Henryk Knieper vom Zweckverband Mittleres Elstertal. 260 Grundstücke und 800 Einwohner von Saara würden zunächst mit Wasserwagen oder Fünf-Liter-Kanistern versorgt. Im Laufe des Tages sollte das Rohr wieder repariert und die Wasserversorgung hergestellt sein. *dpa/nd*

Theater sucht Bleibe



Gera. Wegen der ab 2019 anstehenden Sanierung im Landestheater Altenburg (Thüringen) werden derzeit Ausweichquartiere in der Region gesucht. »Für kleinere Produktionen wie

Weihnachtsmärchen sind wir fündig geworden, aber für die großen Sachen wie Musiktheater oder Ballett sind wir noch auf der Suche«, sagte Intendant Kay Kuntze. Als Spielstätten des

Mehrpartentheaters werden das rund 150 Jahre alte Große Haus mit knapp 500 Plätzen sowie das Heizhaus und das Theater unterm Dach genutzt. *dpa/nd*

Foto: dpa/Jan Woitas

Weshalb Adorf interessanter werden muss

Eine Jugendarbeitsgruppe soll helfen, den Rückgang der Bevölkerung zu stoppen

Von Katrin Mädler, Adorf

Die Armbändchen für den Einlass haben sie mit entworfen, in gelb und aus hochwertigem Stoff. Dazu die Flyer, die für die Party werben sollen: bunt und mit Herbstlaub. »Wir für Adorf!«, steht groß darauf. Das ist nicht nur der Slogan einer Jugendfeier, sondern auch das Motto von Lea Seiferheldt, Sarah Nanasi und ihren Schulkameraden aus der Adorfer Zentralschule im sächsischen Vogtland. Die Schüler engagieren sich seit mehr als einem Jahr in einer Jugendarbeitsgruppe, um den anhaltenden Einwohner-schwund zu stoppen.

Seit dem Jahr 1990 ist die Bevölkerungszahl in der vogtländischen Kommune um ein Viertel zurückgegangen. Nach Zahlen des Statistischen Landesamtes dürfte Adorf bald die 5000-Einwohner-Grenze unterschreiten – schon 2022 könnte es soweit sein. Für das Jahr 2030 sind nur noch 4500 Adorfer prognostiziert. Ende 2015 lebten knapp 5100 Menschen in Adorf – nach gut 6200 im Jahr 2000.

Entstanden ist die Gruppe im Rahmen des Bundesprogramms »Demografiewerkstatt Kommunen«, in das Adorf im vorigen Jahr als eine von acht Gemeinden aufgenommen wurde. »Bei den ersten Analysen stellte sich heraus, dass die Jugend mehr als bisher berücksichtigt werden müsste«, erklärt Sozialpädagogin Jens Eichelberger, mobiler Jugendarbeiter in Adorf von der Arbeiterwohlfahrt Vogtland. Es folgte eine groß angelegte Jugendumfrage. »Ein Ort, wo man sich treffen kann, eine Art Jugendklub, das war laut der Umfrage einer der größten Wünsche«, erläutert Eichelberger, der nun die Jugendarbeitsgruppe leitet.

Ist Adorf jugendfreundlich? Langweilt Du Dich öfter in der Freizeit? Das waren einige der Fragen in den 370 Fragebögen, die an die Schüler und Jugendlichen in Adorf versendet wurden.

Gefragt wurde zum Beispiel: Ist Adorf jugendfreundlich? Langweilt Du Dich öfter in der Freizeit?

181 gültige Fragebögen konnten vom Sozialwissenschaftlichen Institut für regionale Entwicklung (SIREG) aus dem baden-württembergischen Rottenburg als Projektpartner ausgewertet werden.

Im September bereits wurden dann erste Ergebnisse vorgestellt: 80 Prozent der Jugendlichen wohnen gerne in der Stadt, aber fast die Hälfte hält Adorf für wenig jugendfreundlich und langweilt sich häufiger in der Freizeit. Gibt es genügend Räume, um sich mit anderen Jugendlichen zu treffen? Die Antwort von Jugendlichen, die direkt in Adorf wohnen, fiel deutlich aus: Nein, sagten 87 Prozent. In den Ergebnissen finden sich auch die zwölf Schüler aus der Jugendarbeitsgruppe wieder: »Jetzt wollen wir selbst mit anpacken, um Adorf interessanter zu machen«, sagt Sarah Nanasi.

Mit dem Ergebnis der Umfrage kann man laut Bürgermeister Rico Schmidt (SPD) nun arbeiten. Die Jugendarbeitsgruppe um Eichelberger half bei der Vorbereitung. Sie bauten Bänke, eine Kunst-Installation und organisierten einen DJ, Livemusik und ein Lagerfeuer. 500 Einlassbändchen stehen bereit. »Manchmal ist nicht viel los, wir haben uns bemüht, dass die Party ein Riesenspaß für alle jungen Leute wird«, sagt Lea Seiferheldt. *dpa/nd*

Bergbau-Bluff im Westharz

Eine kanadische Firma wollte nach Bodenschätzen suchen – doch sie verschwand irgendwie

Bergbau-Renaissance im Harz? Ein kanadisches Unternehmen wollte dort angeblich Bodenschätze ausbeuten. Doch die Firma existiert offenbar gar nicht, gegen ihren Ex-Vorstand gibt es Betrugsvorwürfe.

Von Reimar Paul, Göttingen

Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Harz eine bedeutende Bergbauregion. Mehr als 1000 Jahre lang förderten Bergleute hier wertvolle Erze. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Niedergang, zuletzt waren nur noch einige Bergwerke für Touristen geöffnet.

Könnte es ein Revival geben für den Bergbau im Harz? Vor ein paar Monaten schien das plötzlich möglich. Ein kanadischer Investor, hieß es, habe Großes vor: Im Bereich des vor 25 Jahren stillgelegten Bergwerks »Hilfe Gottes« zwischen Bad Grund und Clausthal-Zellerfeld wollte die »Samarium Tennessine Corporation« wieder nach Bodenschätzen suchen – dort werden noch Rohstoffe im Wert von mehr als zwei Milliarden Euro vermutet. Unter anderem Silber, Kupfer, Zink und Blei sollen in den noch nicht ausgebeuteten Erzgängen und Absetzteichen liegen. Die Kanadier sparten nicht mit großen Ankündigungen. 100 Millionen Euro wolle man investieren und mehrere Hundert Arbeitsplätze schaffen.

Im September erteilte das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) dem Unternehmen die »Aufsuchungser-

laubnis«: In einem 153 Quadratkilometer großen Gebiet durfte die Firma Gesteinsproben sammeln. »Man könnte das auch mit dem Abstecken eines Claims vergleichen«, sagte Behördensprecher Björn Völlmar dieser Zeitung. Für die Aufsuchungserlaubnis musste das Unternehmen nur eine Verwaltungsgebühr von 2800 Euro bezahlen. Darüber hinaus hat der Antragsteller Völlmar zufolge seine »finanzielle Leistungsfähigkeit und technische Kompetenz« durch Geschäftsberichte und Referenzen glaubhaft gemacht.

Drei Monate später steht der Verdacht im Raum, dass sich die Behörden täuschen ließen. Im Oktober benannte sich das Unternehmen in »Rhenium Technology Corporation« um – sie war damit Inhaber der Aufsuchungserlaubnis. Schon damals vermuteten Lokaljournalisten, dass es sich in beiden Fällen wohl nur um

Scheinfirmen handele. Im Internet sind die Firmen denn auch nicht aufzufinden.

Der Verdacht erhärtete sich Ende November, als Betrugsvorwürfe gegen den – inzwischen ehemaligen – Vorstand der »Samarium Tennessine Corporation« bekannt wurden. Volkmar Guido Hable soll nach Angaben der Finanzaufsicht der kanadischen Provinz British Columbia schon vor Jahren Börsenkurse manipuliert haben, berichteten mehrere Medien. Er habe ein falsches Übernahmeangebot für ein Unternehmen veröffentlicht, an dem er selbst Anteile hielt. Danach stiegen die Aktien im Wert – und der gebürtige Österreicher soll seine Anteile mit satterem Gewinn veräußert haben.

Wegen der Kursmanipulationen wurde Hable dauerhaft vom Börsenhandel ausgeschlossen, in Kanada erhielt er ein lebenslanges Berufsver-

bot. Hat Hable also auch im Harz getrickst? Wollte er von der für ein Taschengeld erworbenen Aufsuchungserlaubnis in Wirklichkeit gar nicht Gebrauch machen, sondern diese mit Hilfe von Briefkastenfirmen nur gewinnbringend weiterverkaufen? Beim LBEG schließt man das zumindest nicht mehr aus. Aktuell gehe die Behörde »Hinweisen aus und in verschiedene Richtungen« nach, sagt Sprecher Völlmar und betont: Eine Erlaubnis sei zu widerrufen, »wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die zur Versagung hätten führen müssen«.

Ein Bergbauperte aus dem Harz, der namentlich nicht genannt werden möchte, glaubt das Drehbuch zu kennen, nach dem Hable seinen Bergbau-Coup zu inszenieren versuchte. Durch Präsenz in den Medien habe er zunächst öffentliche Aufmerksamkeit für sein vermeintlichen Vorhaben geschaffen – so hatte auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) Bad Grund und das Bergwerk »Hilfe Gottes« besucht, um sich über das Bergbauprojekt zu informieren.

Hable habe seine »Samarium Tennessine Corporation« dabei als finanzstarkes, weltweit tätiges Unternehmen angepriesen. Mit millionenschweren Investitionsversprechen, gleichzeitig aber minimalem eigenen Kapitaleinsatz sei er an die Aufsuchungserlaubnis gelangt, um dann die Genehmigung mit bereits vorhandenen Daten über frühere Fördermengen und angebliche Resterzmenge »aufzuuhübschen« und schließlich mit viel Gewinn weiterzuverkaufen.



Nur noch Museum: eine Schachanlage in Bad Grund

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

Nordosten will runter vom Aktenberg

Mecklenburg-Vorpommern: Alle Gerichte sind jetzt auf elektronischem Wege sicher erreichbar

Neubrandenburg. Die Umstellung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Mecklenburg-Vorpommern auf elektronische Medien kommt voran. In einem ersten Schritt seien alle Justizeinrichtungen innerhalb eines Jahres papierlos und elektronisch sicher erreichbar ausgerüstet worden, erklärte Landesjustizministerin Katy Hoffmeister (CDU) am Montag in Neubrandenburg. Die »elektronische Ak-

te« als Kern der Umstellung soll ab Mitte 2018 zuerst am Landgericht Rostock als Pilotvorhaben eingeführt werden, Papierakten verschwinden dann. Dies soll bis 2024 landesweit abgeschlossen sein.

»Mit der Umstellung sollen die Verfahren schneller und effizienter werden«, sagte Hoffmeister, »und die Aktenberge sollen abgeschafft werden.« So könne tonnenweise Papier gespart

werden. Im Jahr werden innerhalb der Nordost-Justiz rund 38 Millionen Seiten Papier bewegt.

»Die sichere elektronische Kommunikation nach außen war ein wichtiger Baustein«, erklärte die Ministerin. Doch bedeute die Einführung des »elektronischen Rechtsverkehrs« auch hohe zusätzliche Investitionen. So würden die Sitzungsräume bei Prozessen künftig anders aussehen müs-

sen. Auf großen Bildschirmen müssten Akteninhalte gezeigt werden. »Bei den Umbauten müssen auch viele Auflagen von Baubehörden und Denkmalschutz beachtet werden.« Dabei muss der Nordosten nicht alles neu erfinden. »Wir arbeiten mit den Kollegen in Bayern zusammen«, sagte Hoffmeister. Dort erprobe das Landgericht Landshut bereits seit zwei Jahren die »elektronische Akte«. *dpa/nd*

NACHRICHTEN

Thüringens Bevölkerung schrumpft trotz Geburtenrekord 2016

Erfurt. Trotz eines sehr geburtenstarken Jahrgangs 2016 wird die Gesamtzahl der Menschen in Thüringen nach Einschätzung von Innenminister Georg Maier (SPD) auch in Zukunft sinken. Es werde nicht gelingen, diesen Trend »auf die Schnelle« umzukehren, sagte Maier am Montag in Erfurt bei der Präsentation des Statistischen Jahrbuchs. Auch der Zuzug von Flüchtlingen habe das Schrumpfen der Bevölkerung nicht aufgehalten. »Es hat sich gezeigt, dass die Migranten im großen Umfang weitergewandert sind«, sagte Maier. 2016 waren nach vorläufigen Zahlen des Landesamtes für Statistik etwa 18 500 Babys im Freistaat geboren worden. Das waren so viele, wie seit der Wende nicht mehr. Trotzdem sank die Gesamtzahl der Thüringer alleine in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 um etwa 12 200 Menschen. Wesentliche Gründe für den Bevölkerungsschwund sind nach Angaben des Landesamtes für Statistik, dass weiterhin mehr Menschen in Thüringen sterben als geboren werden. Außerdem wanderten mehr aus dem Freistaat ab als zuzögen. *dpa/nd*

Umfrage: Mehrheit für Arndt-Universität

Greifswald. Eine Umfrage an der Universität Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern hat eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des umstrittenen Namenszusatzes »Ernst Moritz Arndt« ergeben. Knapp 49 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Studierenden, wissenschaftlichen und Verwaltungsmitarbeiter sowie Professoren wollten, dass die Universität an dem Namen festhalte, teilte die Universität am Montag mit. Rund 34 Prozent votierten für ein Ablegen des Namens. Für rund 15 Prozent seien beide Varianten gleichermaßen akzeptabel. Die Mitglieder des Senats werden voraussichtlich in ihrer Sitzung am 20. Dezember die Ergebnisse der Meinungsbefragung diskutieren. An der Umfrage nahm rund ein Drittel der etwa 15 100 Universitätsmitglieder teil. Dem auf Rügen geborenen Schriftsteller und Historiker Arndt (1769 bis 1860) werden antisemitische Tendenzen in seinen Schriften vorgeworfen. *dpa/nd*

Alkoholverbot für Kioske an Wochenenden

Düsseldorf. Düsseldorf will den Alkoholkonsum außerhalb von Kneipen und Gaststätten in der Altstadt einschränken. Kioske in dem Ausgehviertel sollen freitags, samstags und vor Feiertagen nach 22 Uhr keinen Alkohol mehr verkaufen dürfen. »Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen«, kündigte Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) am Montag an. Ein solches Verbot sei zwar kein Allheilmittel, es werde aber helfen, viele unschöne Folgen des »übermäßigen Vorglühens« mit preiswertem Alkohol einzudämmen. Die NRW-Stadt Düsseldorf sei stolz darauf, die »längste Theke der Welt« zu haben. »Wir müssen nicht die höchste Trinkhallendichte der Welt haben«, sagte Geisel. Das nach mehreren Messertechnereien in der Altstadt diskutierte Waffenverbot für das Partyviertel wird nach einer Absprache zwischen Stadt und Polizei nicht kommen. Alle diese Delikte seien mit Waffen begangen worden, die ohnehin verboten seien, sagte Geisel. *dpa/nd*

603 Autos auf 1000 Rheinland-Pfälzer

Bad Ems. Auf 1000 Bewohner von Rheinland-Pfalz kommen im Schnitt 603 zugelassene Autos. Am höchsten ist die Pkw-Dichte nach Angaben des Statistischen Landesamtes in der verbandsfreien Gemeinde Bingen mit 764 Autos pro 1000 Einwohner. *dpa/nd*

Peenemünde bekommt Ufermauer

Der neue Ansatz für den Hochwasserschutz auf Usedom beruhigt nicht alle Skeptiker

Lange wurde um den Rückbau eines historischen Deiches im Norden von Usedom gestritten. Dann legte das Land die Renaturierungspläne ad acta. Nun beginnt der Bau eines neuen Sturmflutschutzes.

Peenemünde. Der Norden der Insel Usedom erhält einen neuen Sturmflutschutz. Nachdem das Land Mecklenburg-Vorpommern seine umstrittenen Pläne zur Wiedervernässung des Gebietes zwischen Peenemünde und Karlshagen im Sommer aufgegeben hatte, begann nun der Bau des neuen Hochwasserschutzsystems. Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) startete Ende vergangener Woche im Peenemünder Hafen symbolisch den Bau einer knapp 300 Meter langen Hochwasserschutzanlage.

Die Ufermauer, die bis März kommenden Jahres fertiggestellt sein soll, ist Teil einer geplanten Ringeindeichung von Peenemünde. Zusammen mit einem ebenfalls zu bauenden Riegeldeich vor Karlshagen soll das Sturmflutschutzsystem den Inselnorden mit den Orten Peenemünde, Karlshagen, Trassenheide und Zinnowitz vor schweren Sturmfluten schützen. Die Gesamtkosten betragen laut Ministerium 16 Millionen Euro.

Eine Bürgerinitiative demonstrierte gegen den Standort des Riegeldeiches bei Karlshagen. Dies sei eine »Wiedervernässung durch die Hintertür«, sagte BI-Sprecher Rainer Höll. Der Sturmflutschutz im Norden der Ostseeinsel Usedom ist seit Jahren umstritten. Nach massivem Druck aus der Region hatte das Schweriner Umweltministerium im Sommer die Pläne für ein großes Renaturierungsvorhaben ad acta gelegt und dafür das neue Deichvorhaben präsentiert.

Ursprünglich sollte ein Deich, der im Jahr 1936 mit dem Bau der früheren NS-Heeresversuchsanstalt angelegt worden war, zurückgebaut oder an mehreren Stellen durchbrochen werden. Eine Bürgerinitiative befürchtete, dass damit der Kern des denkmalgeschützten Areals, in dem das Nazi-Regime die V2-Raketen entwickelt hatte, geflutet und die Ortschaft Karlshagen durch steigende Grundwasserspiegel bedroht würden. Vertreter der Bürgerinitia-



Arbeiten zur Uferbefestigung in Peenemünde (o.). Auf den Peenewiesen sind noch Reste der einstigen Heeresversuchsanstalt zu sehen (u.). Fotos: dpa/Sauer

tive begrüßten nun, dass das Land mit dem Bau des Sturmflutschutzes begonnen hat. Allerdings bleibt die Skepsis. »Wir halten die Lage des Riegeldeiches bei Karlshagen nicht für optimal«, sagte Höll. Damit könnten bei einer schweren Sturmflut genau

die Flächen überflutet werden, die beim gescheiterten Renaturierungsprojekt wiedervernässt werden sollten. Besser wäre der Bau eines Riegeldeiches weiter nördlich bei Peenemünde. Dies wäre kostengünstiger und würde zudem auch Schiene

und Straße vor Sturmfluten schützen, sagte Höll.

Kritik kam auch vom Historisch-Technischen Museum Peenemünde. Museumschef Michael Gericke sagte, dass eine schwere Sturmflut die Zerstörung der Anlagenreste der Heeresversuchsanstalt beschleunigen könnte. Das Museum habe seine Bedenken geäußert. »Im Zuge der Abwägung sind unsere Interessen aber nicht berücksichtigt worden«, so Gericke. Die betroffenen Areale gehören der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Umweltminister Backhaus verteidigte den Bau des neuen Systems. »Der Handlungsbedarf ist eindeutig«, sagte er. Es gebe bisher kein geschlossenes Küstenschutzsystem zum Schutz der Ortschaften und keine überströmungssichere Verbindung zwischen dem Deich auf der Peenestromseite und der Düne auf der Ostseite. Seitens des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde versichert, nach Fertigstellung des neuen Systems die Verantwortung für den 1936 errichteten Deich nicht abgeben zu wollen. *dpa/nd*

Sie wollen kein Geld – sondern lieber Kohle

NRW: Streit um Deputate für Kumpel erneut vor Gericht

Hamm. Im Streit um die Zukunft der traditionellen Gratiskohle ziehen erneut drei Bergleute gegen die Ruhrkohle AG (RAG) vor das Landesarbeitsgericht in Nordrhein-Westfalen. Sie klagen, weil die RAG nach dem Aus des Steinkohlebergbaus Ende 2018 die Gratiskohle nicht mehr an ihre Ex-Beschäftigten ausgeben will. Stattdessen sollen die rund 100 000 Betroffenen mit einer Einmalzahlung abgefunden werden.

Eine 2015 getroffene tarifliche Regelung zwischen RAG und Gewerkschaft halten die klagenden Bergleute für unwirksam. Sie wollen weiter Kohle oder höhere Ausgleichszahlungen, die sich am Beschaffungspreis der Kohle im freien Handel orientieren.

Die drei Berufungsprozesse beginnen am Mittwoch in Hamm, wie das LAG mitteilte. In erster Instanz waren die Kläger vor den Arbeitsgerichten Herne und Rheine unterlegen.

Anfang November waren bereits drei Bergleute in Hamm gescheitert. Sie zogen ihre Berufungen zurück, nachdem die Richter ihnen keine Hoffnungen auf einen juristischen Erfolg gemacht hatten.

Einem Bergbaurentner stehen zurzeit noch jährlich 2,5 Tonnen Kohle zu. Die meisten verzichten inzwischen auf die Anlieferung des Brennstoffes und lassen sich 122,20 Euro pro Tonne als Energiebeihilfe auszahlen. Dies ist nach Ansicht der Kläger zu wenig, da der Marktpreis deutlich höher liege. Daher sei auch die Höhe der Abfindungszahlungen deutlich zu gering.

Das Gericht nannte die Summe dagegen »angemessen und ausreichend«. Und auch den Umstand, dass die jährlichen Zahlungen nach 2018 durch eine einmalige Abfindung ersetzt werden sollen, beanstandeten die Richter nicht. In Hamm sind derzeit noch 421 Berufungsverfahren rund um das Thema Kohledeputat anhängig. *dpa/nd*

Wühlen im visuellen Gedächtnis der USA

Eine Ausstellung in Baden-Baden widmet sich der Sicht amerikanischer Gegenwartskünstler auf der Verhältnis von Wahrheit und Lüge

Rund 70 Meisterwerke der US-Gegenwartskunst sind derzeit im Museum Frieder Burda in Baden-Baden (Baden-Württemberg) zu sehen. Sehr passend zu »Fake News« und »Alternative Facts«.

Von Ralf Schick, Baden-Baden

Große Gesten und theatralische Mimik prägen die Amtsführung vieler Staatsoberhäupter weltweit. In den USA ist dies nicht erst seit Antritt des derzeitigen Präsidenten Donald Trump so. Auch »Fake News« und »Alternative Fakten« spielten schon in Zeiten des Kalten Krieges eine zentrale Rolle im Kampf um die Medien und die Meinung der Öffentlichkeit. Gegen Ende des Vietnamkrieges und zu Beginn der US-amerikanischen Watergate-Affäre kreierte im Jahr 1972 der Surrealist William N. Copley deshalb seine »Imaginäre Flagge für die USA«. »Think« ist darauf zu lesen – und zwar exakt an der Stelle, wo sich normalerweise die Sterne aller 50 Bundesstaaten befinden.

Copley's Werk ist nun das Leitmotiv der aktuellen Ausstellung »America! America! How real is real?« im Burda-Museum in Baden-Baden, die auf vier Stockwerken rund 70 Meisterwerke US-amerikanischer Kunst der vergangenen 50 Jahre zeigt. Die Schau taucht ein in das visuelle Gedächtnis der westlichen Weltmacht und reflektiert Symbole und Bilder des amerikanischen Traums und des »Way of live«. Dabei zeigt die von Helmut Friedel kuratierte Ausstellung, wie Künstler den Wandel der Gesellschaft, ihren Umgang mit Bild und Ab-



Eine Besucherin und Copleys »Imaginäre Flagge für die USA« Foto: dpa/Uli Deck

bild, Realität und Täuschung mit immer wieder neuen Mitteln, Techniken und Strategien kommentieren.

Rassenunruhen, Katastrophen, Verbrechen, der elektrische Stuhl: Ausgehend von vorgefundenem Fotomaterial entwickelte Andy Warhol seine teilweise krasse Darstellungen, die als Zeugnisse von Gewalt in den damaligen US-Massenmedien veröffentlicht wurden. Warhol wählte seine Motive stets aus einer Flut von Fotografien, er bestimmte Größe und Ausschnitt und machte durch diese Pointierung aus einer Zeitungssensation ein Bild, das sich daraufhin weltweit in den Köpfen einprägte.

Nicht nur Andy Warhol sorgte mit seinen Bildern seit den 1960er Jahren in der US-Malerei für Furore. Unter-

drückte Ängste und Aggressionen spiegeln sich auch Jahrzehnte später etwa in Robert Longo's riesigen Zeichnungen wider, die von Atombomben, Revolvern und dem Flugzeugan-

Die Schau reflektiert Symbole und Bilder des amerikanischen Traums und des »Way of live«.

schlag auf die New Yorker Twin Towers im Jahr 2001 erzählen. Wie Warhol und Longo übernahmen auch Künstler wie Roy Lichtenstein oder James Rosenquist Methoden der kommerziellen Bildproduktion und verabschiedeten sich von traditionel-

len Vorstellungen von Authentizität und Originalität.

Von der Pop-Art bis heute thematisieren die Künstler den Umgang mit Bild und Abbild, Realität und Täuschung immer wieder neu. Die Werke von Warhol, Lichtenstein, Rosenquist und Tom Wesselmann bilden den Rundgang-Auftakt im Erdgeschoss des Museums – ein Rundgang in eine von Bildern der Konsumkultur inspirierten Malerei. Die Ausstellung dokumentiert, dass sich US-amerikanische Künstler schon seit Jahrzehnten mit dieser Frage auf ihre Art auseinandersetzen – und nicht erst, seit die aktuelle Regierung Begriffe wie »Fake News« und »Alternative Facts« erfunden hat. Ob Warhol, Lichtenstein, Alex Katz, Jeff Koons, Cindy Sherman oder Jenny Holzer – sie alle suchten immer wieder mit neuen Mitteln und Techniken aktuelle Phänomene zu kommentieren.

Es sind teilweise emotional aufgeladene Bilder wie etwa die Familien- und Gruppenporträts von Alex Katz. Sie lesen sich wie feinsinnige Psychogramme einer zutiefst verunsicherten Mittelschicht. Bei Eric Fischl's Gemälden gleicht das bürgerliche Wohnzimmer einem Schlachtfeld, während Jeff Wall auf seiner Fotoinszenierung »Untertangler« aus dem Jahr 1994 einen Arbeiter zeigt, der einen gordischen Knoten zu entwirren versucht. Abgründige Bildwelten wiederum sind von Video- und Fotokünstlern seit den 1980er Jahren zu sehen, wo man auf den ersten Blick nicht genau weiß, was Wirklichkeit und was Inszenierung ist. Etwa, wenn die Künstlerin Sherman als Marilyn Monroe posiert

und Madonna als pornographisches Monster zeigt.

Die amerikanische Kunst hat seit der Pop-Art verschiedene Erzählstrukturen entwickelt. Meist geht es um eine radikale Hinwendung zu Themen des amerikanischen Alltags, seinen Mythen, Desastern und Projektionen. So auch bei Nan Goldin, die zwei an Aids erkrankte und wenig später gestorbene Freunde im Krankenhaus schonungslos porträtiert und so eine Realität auf neue Weise zeigt.

»Kaum eine andere Nation setzt die Wirkungskraft von Bildern so bewusst ein«, sagt Kurator Friedel. Die Bilder des »American Way of Life«, die in den Medien und der Unterhaltungsindustrie produziert werden, könnten bestehende Machtverhältnisse und Vorstellungen von Wirklichkeit zementieren, betont Friedel – aber auch radikal in Frage stellen. »Die Schau soll einen Gedankenaustausch zu aktuellen Themen wie dem Umgang mit der Wahrheit thematisieren«, sagt der Direktor des Museums Frieder Burda, Henning Schaper.

Kurator Helmut Friedel betont: »Wenn »Fake News« und »Alternative Facts« inzwischen zu viel gebrauchten Schlagwörtern geworden sind, macht dies nur deutlich, wie in der realen Welt der Politik wie der Medien nicht mehr zwischen nachgewiesener Wirklichkeit und eindeutigen Falschaussagen unterschieden wird.«

Die Ausstellung »America! America! How real is real?« ist im Burda-Museum Baden-Baden, Lichtentaler Alle 8b bis 21. Mai zu sehen. Geöffnet Di bis So sowie Feiertags 10 bis 18 Uhr.

»Du kannst dein Leben nicht verlängern noch verbreitern, nur vertiefen.«

Gorch Fock

Golden Globe

Fatih Akin nominiert

Der Film »Aus dem Nichts« geht für Deutschland in das Rennen um den Golden Globe. Das NSU-Drama von Regisseur Fatih Akin wurde in der Sparte »Bester nicht-englischsprachiger Film« nominiert. Dort tritt unter anderem auch der Auslandsfilm »First They Killed My Father« (Kambodscha) an.

Der letzte Film, der den Golden Globe nach Deutschland holte, war das Schwarz-Weiß-Drama »Das weiße Band« von Michael Haneke im Jahr 2010. Vor einem Jahr wurde »Toni Erdmann« nominiert, die Tragikomödie von Maren Ade ging bei der Verleihung aber leer aus. »Aus dem Nichts« ist diesmal auch der deutsche Oscar-Kandidat.

Die Nominierungen für die Auszeichnungen des Verbands der Auslandspresse (HFPA) in 25 Film- und Fernsehkatégorien wurden am Montag in Los Angeles bekanntgegeben. Die Trophäen werden am 7. Januar in Beverly Hills verliehen. *dpa/nd*

Damian Le Bas ist tot

Antreiber

Der britische Künstler Damian Le Bas ist tot. Er starb am Samstag in seinem Haus im süd-englischen Worthing im Alter von 54 Jahren. Das teilte die Berliner Galerie Kai Dikhas am Montag mit. Le Bas sei »völlig unerwartet« verstorben, hieß es in der Mitteilung. Le Bas hatte sich einen Namen mit Collagen und der Bearbeitung von Landkarten gemacht. Er thematisierte in seinen Werken die eigene Herkunft aus einer Familie britischer Roma.

Le Bas war am ersten Pavillon der Sinti und Roma auf der Biennale in Venedig 2007 beteiligt. Noch für die laufende Spielzeit gestaltete er ein Bühnenbild am Gorki-Theater in Berlin. Er sei eine der treibenden Persönlichkeiten der Bewegung der Künstler und Künstlerinnen der Sinti und Roma in Europa gewesen, teilte die Galerie Dikhas mit. Le Bas hinterlässt seine Frau, die Künstlerin Delaine Le Bas, und einen erwachsenen Sohn. *dpa*

Hachfeld ausgezeichnet

Nichts ist okay

Der Karikaturist Rainer Hachfeld, der seine Arbeiten auch regelmäßig in »neues deutschland« veröffentlicht, hat bei einem internationalen Cartoon-Wettbewerb in Mexiko den ersten Preis in einer der drei ausgeschriebenen Kategorien gewonnen. Zu dem Thema »Ein Land namens Mexiko« überzeugte die Jury des sechsten »Concurso Internacional del Cartón (Sinaloa 2017)« Hachfelds in Rot gehaltene Zeichnung, die den Schattenriss Donald Trumps zeigt, der mit Daumen und Zeigefinger signalisiert: »alles okay«. In der Mitte des Schattens kauert ein Mensch mit Sombrero. Der Hut hat die Form eines Stinkefingers. *nd*

Wie der »Sommer der Migration« zur entscheidenden Frage der LINKEN werden konnte

Der Wohlfahrtsstaat hat Grenzen

Von Mario Neumann

Sahra Wagenknecht ist nicht allein. Andrea Nahles läutete die (vielleicht kurze) Oppositionsrolle der SPD mit einem Angriff auf Geflüchtete ein, Oskar Lafontaine sieht die »soziale Gerechtigkeit« von der gegenwärtigen »Flüchtlingspolitik ... außer Kraft gesetzt«, in Österreich macht sich der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes für eine rot-blaue Koalition stark. Alles nur Taktik, alles nur Rhetorik oder gar Zufall?

Sicher nicht. Wagenknechts Äußerungen zum verwirkelten »Gastrecht«, zu Angela Merkels sicherheitspolitischer Verantwortung für den Anschlag am Breitscheidplatz, aber auch über »abgehobene Gender-Diskurse« und ihre hermeneutische Aufgeschlossenheit für die »Ängste« des Rechtspopulismus versteht man nicht, wenn man sie nur als Wahlkampfmanöver oder Taktik begreift. Was wir derzeit erleben, ist vielmehr die fortgesetzte Auseinandersetzung um die Zukunft linker Politik, die weit über die Partei hinausreicht und die in ganz Europa in vollem Gange ist. Wagenknecht verfolgt dabei nicht bloß das taktische Ziel, Wählerstimmen in AfD-affinen Milieus zu generieren. Vielmehr geht es ihr um eine langfristige Strategie der Renationalisierung der LINKEN, die eine programmatische Tiefe besitzt.

Diese Strategie ist ein systematischer Angriff auf die Politiken der Neuen Linken, die Neuen Sozialen Bewegungen und das Erbe von 1968 – verstanden nicht als Kalenderjahr, sondern als Beginn einer globalen Konjunktur neuer sozialer Kämpfe und einer neuen Linken. Und dieser Angriff kommt nicht von ungefähr. Er hat seine Wurzeln in der tiefen programmatischen und weitestgehend unreflektierten Bedeutung, die der Wohlfahrtsstaat für die LINKE hat. Die Partei steckt selbst über alle Strömungen hinweg bis zum Hals in der Idealisierung der Vergangenheit.

Männer mit Pass: Es gehören nicht alle zum Wohlfahrtsstaat

Wovon lebt die programmatische Überzeugungskraft von Sahra Wagenknecht? Und warum ist sie gleichzeitig und bei aller Popularität nicht in der Lage, eine eindeutige Gegenposition zur AfD zu repräsentieren? Zwei Fragen, eine Antwort: Ihr geographischer und politischer Horizont ist der nationale Wohlfahrtsstaat. Ein Raum, in dessen klar definierten Grenzen ein klar definiertes Staatsvolk die »soziale Frage« stellt – und mittels des Staates ihre fortschrittliche Bearbeitung vollzieht.

Wagenknecht ist da ganz bei Ludwig Erhard, und viele LINKE sind da ganz bei Sahra. Viele glauben dabei jedoch, dass eine solche Politik problemlos mit humanistischen, feministischen oder ökologischen Aspekten verbunden werden kann. Das Problem ist jedoch: Eine nostalgische Sozialpolitik, die um den Nationalstaat und sein »Volk« kreist, wird aus sich selbst heraus immer wieder die Frage aufwerfen, wer zu dieser Gemeinschaft der »sozialen Gerechtigkeit« dazugehört. Die wird dann – ganz wahrheitsgetreu übrigens – von Sahra Wagenknecht oder Oskar Lafontaine damit beantwortet, dass das eben nicht alle sind und sein können.

Die Geschichte des Wohlfahrtsstaates gibt ihnen Recht. Seine fortschrittlichen Elemente basierten konstitutiv auf Ausschluss – nach außen, aber auch nach innen. Während in vielen aktuellen linken Debatten der Neoliberalismus als das einzige Elend der Welt gilt und jene Zeit, die ihm vorausging, zur Utopie idealisiert wird, scheint Wagenknecht nur allzu gut Bescheid zu wissen über die Voraussetzungen des »sozialen und nationalen Staates« (Etienne Balibar). Die Ausgrenzung von Migrant*innen, die Privilegierung der Staatsbürger*innen, die Unterdrückung



Ohne den Schritt ins Offene wird eine kommende Linke nicht zu haben sein.

Foto: dpa/Marius Becker

der Frauen, das Arbeitsethos (als die Rückseite der Anerkennung der Arbeiter*innenbewegung): All das waren selbstverständliche Realitäten, gegen die sich dann die Revoluten des Mai 1968 richteten. Der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiss der Nachkriegszeit: Er hatte seine Grenzen in dem, was »Klasse« umfasste. Männer mit Pass.

Wie hältst du es mit der Migration?

Es war und ist das Verdienst der Neuen Linken, solche politischen Subjekte ins Zentrum ihrer Politiken gestellt zu haben, die von wohlfahrtsstaatlichen Politiken und der institutionalisierten Arbeiter*innenbewegung ausgeschlossen oder nur selektiv in diese einbezogen waren. Die Subjekte, die außerhalb des korporatistischen Kompromisses standen oder ihn als goldenen Käfig empfanden, waren nicht zufällig wesentliche Protagonist*innen der Aufstände jener Zeit: Junge Proletariat*innen, Frauen, Migrant*innen.

Es ist daher auch kein Zufall, dass sich Wagenknechts Politik heute von diesen Gruppen abwendet und sich dabei vor allem des Zuspruchs der weißen, männlichen und älteren Bevölkerungsgruppen versichern kann. Und es ist auch kein Zufall, dass weite Teile der LINKEN diesen Ausschluss zwar moralisch zurückweisen, sie aber keine politische Antwort entwickeln, in deren Zentrum andere Subjekte stünden als die Protagonist*innen der traditionellen Arbeiter*innenbewegung (abgesehen vielleicht von zaghaften Versuchen in der Gesundheits- und Pflegepolitik). Es würde schließlich erfordern, einen programmatischen Neuanfang zu machen.

Deswegen wird die gesamte LINKE nicht fertig mit dem »Sommer der Migration«. Er ist zu ihrer ganz eigenen Kernfrage geworden, weil der Kampf um die Grenze die Bedingungen in Frage stellt, die das ganze Programm der Partei plausibilisieren.

»Ungesteuerte« Migration rüttelt an den Bedingungen, die den Geltungsbereich der »sozialen Gerechtigkeit« im Wohlfahrtsstaat gleichzeitig begrenzen und ermöglichen.

Migration verweist die Linke systematisch auf die Notwendigkeit eines neuen, transnationalen Paradigmas – ob reformistisch oder radikal. Und sie stellt in Frage, welche Subjekte zentrale Rollen in einer neuen linken Idee einnehmen. Ein nationaler Sozialstaat mit humanistischer Asylpolitik: Das ist keine linke Antwort auf den globalisierten Kapitalismus, sondern eine Bankrotterklärung.

Möchte die LINKE eine politische Kraft sein, die dem neuen Faschismus und dem globalisierten Kapitalismus etwas entgegenzustellen hat, sollte sie sich von ihrem programmatischen Nationalismus lösen, der untrennbar mit der Idealisierung des Wohlfahrtsstaates verknüpft ist.

Die andere Klasse

Oftmals werden in der gegenwärtigen Debatte – zuletzt in der Auseinandersetzung mit Didier Eribons »Rückkehr nach Reims« – die Kämpfe von Migrant*innen und Frauen als Identitätspolitik wenn nicht abgetan, so doch für sekundär erklärt. Die Grünen oder der »progressive Neoliberalismus« (Nancy Fraser) sind dann die Folie, auf der alle Politiken der Neuen Linken als Liberalismus diffamiert werden.

Selbstverständlich gibt es urbane und akademische Milieus, die sich in eine selbstreferenzielle Identitätspo-

litik verstrickt haben, die oftmals um Distinktion und Überheblichkeit kreist. Das Label der »Identitätspolitik« und jenes des »progressiven Neoliberalismus« verstellen jedoch den Blick auf die steigende und zentrale Bedeutung der Migrationsbewegungen, der Reproduktionsarbeit und der globalen Konjunktur feministischer Kämpfe für jede zeitgemäße linke Politik, ja: Klassenpolitik.

Migrantische und feministische Kämpfe liegen am Herzen dessen, was in unterschiedlichen Nuancen heute als »Klassenpolitik« oder »Soziale Frage« gegen die sogenannten »Identitätspolitik« ausgespielt werden soll. Spricht die LINKE also von den »Ausgeschlossenen« und sozialer Gerechtigkeit, fände sie hier einen guten Ausgangspunkt – und nicht etwa den liberalen Gegenspieler einer Politik der »sozialen Frage«.

Und das nicht erst seit heute: Es waren Millionen Gastarbeiter*innen, die schon lange, bevor der Begriff »Neoliberalismus« das Licht der Welt erblickte, die Arbeiterklasse in Deutschland prägten – etwas, das diejenigen Linken zu vergessen scheinen, die gegenwärtig vor einer neoliberalen Einwanderungspolitik warnen.

Heute sind es europäische Migrant*innen, denen kürzlich der Zugang zu Hartz IV für Jahre gestrichen wurde. Es sind Geflüchtete, die in il-

legale und unterbezahlte Jobs gedrängt werden; es sind geschätzt mehrere Hunderttausend osteuropäische Frauen, die als »Live-Ins« in deutschen Haushalten als Reproduktionsarbeiterinnen ihr Leben verkaufen.

Es sind Migrant*innen und Geflüchtete, die im Land der täglichen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, im Land des NSU, das mittlerweile eine völkisch-rassistische Partei im Parlament hat, allen Grund für die viel zitierten »Ängste« haben, die man im politischen Betrieb derzeit so gerne verstehen möchte. Ihre systematische Einbeziehung in linke Politiken – wie beispielsweise in den neuartigen Prozessen um »Solidarische Städte« – ist wesentlicher Teil eines anstehenden Neuanfangs.

Wagenknecht repräsentiert nicht die soziale Frage

Gegen all das – und nicht etwa gegen linke Szenepolitiken oder den grünen Neoliberalismus – entscheidet sich eine LINKE, die dem Kurs von Wagenknecht folgt. Stattdessen kreist sie seit Jahren um die weißen, männlichen Stammtische mit AfD-Affinität, weil diese ihrer antiquierten Vorstellung des »Volkes« entsprechen. Das größte Missverständnis der gegenwärtigen Debatte ist dabei, dass Sahra Wagenknecht dadurch gewissermaßen die soziale Frage, das Unten und die Ausgeschlossenen repräsentiere. Diese Deutung ist eine große Lüge.

Am Ende des Tages ist es das Projekt Wagenknecht, in dessen Register kein Platz ist für die Stimme der Ärmsten und für die Wahrheit über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Die, die schon seit Jahrzehnten hier sind, und die, die noch kommen werden. Hier beginnt die Aufgabe einer kommenden Linken, die – so viel ist klar – ohne einen Schritt ins Offene nicht zu haben sein wird. Alle werden sich entscheiden müssen, so oder so.

Der Autor ist politischer Aktivist und engagiert sich im Netzwerk »Welcome United«. Zusammen mit dem Philosophen Sandro Mezzadra hat er die Flugschrift »Jenseits von Interesse und Identität. Klasse, Linkspopulismus und das Erbe von 1968« (Laika-Verlag) verfasst.

Die Debatte geht weiter

Die Auseinandersetzung in der Linkspartei um die Migrations- und Flüchtlingspolitik geht weiter. In einer Vorstandssitzung Anfang Dezember sind die Differenzen deutlich artikuliert worden. Klar ist: Es geht um mehr – um die Ausrichtung der Sozialpolitik sowie die Entwicklung der gesamten Partei. Regelmäßig sorgen Äußerungen der Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und des früheren Parteichefs Oskar Lafontaine für Diskussionen und teils heftigen Widerspruch in der LINKEN. Wagenknecht hatte jüngst etwa beklagt, Ärzte aus Irak, Syrien und Niger würden nach Deutschland geholt. Allerdings gibt es laut der Bundestagärztekammer und einem ARD-Faktencheck in der Bundesrepublik keinen einzigen Arzt aus Niger; und die Formulierung »Ärzte herholen« sei zumindest fragwürdig, denn diese Menschen kämen als Flüchtlinge.

Zuletzt hatte in der nd-Debatte zu diesem Thema Tobias Riegel die Kritik an Wagenknecht und Lafontaine als »zum Teil hysterisch und naiv« bezeichnet (»nd« vom 7.12.). Mit dem hier veröffentlichten Beitrag von Mario Neumann setzen wir die Diskussion fort. *wh*

Kunst in Katalonien

Rückgabe an Aragonien

Die Krise um die Unabhängigkeitsbestrebungen der spanischen Region Katalonien hat nun konkrete Auswirkungen auf die Kunstwelt: 44 Kunstschätze, die bis jetzt im Diözesanmuseum der katalanischen Stadt Lleida zu sehen waren, müssen an Aragonien zurückgegeben werden. Unter heftigen Protesten von Demonstranten waren Experten am Montag stundenlang damit beschäftigt, die fragilen Exponate zu verpacken.

In Begleitung von Polizisten seien die Techniker bereits um vier Uhr morgens angerückt, um mit ihrer Arbeit zu beginnen, berichteten spanische Medien. Am Mittag wurden erste Exponate aus dem Museum getragen und in Kleinlaster verladen. Der entmachtete katalanische Ex-Präsident Carles Puigdemont, der sich nach Brüssel abgesetzt hat, kritisierte auf Twitter, die Zentralregierung habe »im Schutze der Nacht« damit begonnen, »Katalonien ungestraft zu plündern«. Er sprach von einem »Staatsstreich«.

Jahrzehnte lang hatten die nordostspanische Region und das angrenzende Aragonien um die Kunstschätze gestritten. Die Stücke waren während des Spanischen Bürgerkriegs aus dem königlichen Kloster Santa María de Sigüenza in Aragonien entfernt und nach Katalonien gebracht worden. Jetzt entschied ein Gericht, dass die Werke zurückgegeben werden müssen. *dpa*

Haus der Geschichte

Alles neu

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat am Montag die neu konzipierte Dauerausstellung im Haus der Geschichte in Bonn eröffnet. »Diese Ausstellung hilft uns, die Wege zu verstehen, die wir gegangen sind«, sagte Steinmeier. Die Schau, die ab Dienstag für die Öffentlichkeit zugänglich ist, schule das historische Denken und rege dazu an, die Gegenwart besser zu verstehen. »Wir sollen, ja, wir müssen kritisch bleiben«, mahnte der Bundespräsident laut Redetext. »Das heißt auch, dass wir nicht aufhören können, unseren Umgang mit der eigenen Geschichte und mit den politischen Schlüssen, die wir daraus ziehen, zu hinterfragen.«

Das Haus dokumentiert die deutsche Geschichte seit 1945. Für die neue Ausstellung wurden die Jahre seit 1980 bis in die Gegenwart neu konzipiert. Schwerpunkt sind die Umwälzungen in Osteuropa und der DDR sowie der deutsche Wiedervereinigungsprozess. Dabei fließen neueste Forschungsergebnisse ein. *epd/nd*

Kino in Saudi-Arabien

Es werde Licht

Nach mehr als 35 Jahren hat Saudi-Arabien das Verbot von Kinos aufgehoben. Die ersten Lichtspielhäuser sollten bereits im kommenden März geöffnet werden, teilte das saudische Ministerium für Kultur und Information am Montag mit. »Das markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung der Kulturwirtschaft im Königreich«, erklärte Kulturminister Auwad al-Auwad. »Die Eröffnung von Kinos wird ein Katalysator für wirtschaftliches Wachstum und Diversifikation sein.«

Damit unternimmt das islamisch-konservative Land einen weiteren Schritt in Richtung einer gesellschaftlichen Liberalisierung. Das Kulturministerium in Riad geht davon aus, dass bis 2030 mehr als 300 Kinos mit rund 2000 Leinwänden eröffnet haben werden. *dpa/nd*

Gekonnt provokant: Shakespeares »Der Kaufmann von Venedig« am Theater Münster

Sprechen Sie deutsch!

Von Hans-Dieter Schütt

Was wir Menschen dem Universum sind, das heißt im Theater: Statisterei. Diese unbekanntesten Soldaten in fremden Siegen. Hochlobenswerte Mit-Läufer. Im großen Drama der Helden stehen die Statisten für jene schwierigste der Künste, die eine wahre Lebenskunst ist: die Energie des kleinen Maßes, das Selbstbewusstsein der notgedrungenen Bescheidung. Am Theater Münster sorgen elf Statisten für Furore. Stehen nicht auf der Bühne, aber für aufregende Minuten im Zentrum. Und prägen aufführungslang die Atmosphäre.

Doch der Reihe nach. Stefan Otteni inszenierte Shakespeares »Kaufmann von Venedig«. Natürlich wartet in diesem Stück jeder auf den Juden. Auf Shylock. Der ein venezianischer Zins-Zauberer ist, aber wegen seiner Herkunft nie den Machtstatus seiner christlichen Konkurrenten erreichen wird. Nicht erst Patricia Highsmith schrieb, schon William Shakespeare wusste: Venedig kann sehr kalt sein. Und so trägt man in Münster die glänzenden Anzüge der Profiteurskreise.

Durch Zufall aber kann Shylock jetzt den Spieß umdrehen: Er wird den Kaufmann Antonio zu einem Kreditvertrag überreden, bei dessen Nichterfüllung er auf ein Pfund Fleisch aus dem Körper des Kaufmanns bestehen darf. Am Ende freilich wird aus dem Juden – in einem Gerichtsprozess, der eigentlich das blutige Recht Shylocks bekräftigen soll – ein davongejagtes Opfer. Ja, alles läuft in diesem Stück auf den Juden zu. Shylock ist der Kannibale, der in einer professionellen Kälte, die ihn fast zerreißen, seine Messer auspackt, jene Matte ausbreitet, auf die sich Antonio legen wird, und dessen herauszuschneidende Bruststelle markiert. Christoph Rinkes Shylock steht unterm Stress dauernder Strenge. Ein schmales, fast ausgezehrt Lauern. Dieser Mann hat unzählige Bodyguards – aber unter allen Poren. Wahres Gefühl ist geheime Ver schlussasche.

Gewalt antwortet – bitter – auf Gewalt. Da er nun jenen besonderen Schnitt vorbereitet, den er in dieser Welt machen wird, da kämpft das Brüllen in Shylock gegen die Fassung; die Fassung siegt, aber wir sehen, wie das einen Menschen geradezu entstellen kann. Shylock beißt sich im Munde den Schmerz weg wie einen Knochen, die Kiefer malmen diesen Schmerz zu Staub. Der Jude ist Opfer und obsessiver Täter zugleich. Rinke gibt seinem Shylock anklagende Worte wie kurze Zuckungen einer Reitpeitsche – sie ist aber gleichsam nur geliehen, es ist die Peitsche jener Verachtungsrhetorik, die sonst ihn selber striemt. Hart, wie er schließlich niederknien muss, wo er eben noch sein Messer zückte wie ein Zepher. Antonio hängt ihm ein Kreuzifix-Kettchen um, als legte er ihm den Henkerstrick an den Hals. Los, Jude, das Vaterunser! Ein erzwungenes



Gewalt antwortet – bitter – auf Gewalt: Christian Bo Salle, Bálint Tóth, Christoph Rinke

Foto: Oliver Berg

»Amen« kann man herauspressen, als kame man Zyankali.

Peter Sciors Bühne: Da ist der Sternhimmel; da ist ein muschelrundes Insel-Idyll, wo die reiche Portia ihre Freier prüft; da ist die blanke Vorderbühne: Geschäftsgebaren unter Holbeins Bild vom grabgelegten, verwesenden Jesus. Und aus dem Unterboden hebt sich das Girlie-Zimmer von Shylocks Tochter, die einen Christen liebt: an den Wänden eine orientalische Promi-Plakat-Galerie, als sei die »Bravo« eine arabische Erfindung. Die Religion, das Fremde: die Vielfalt der Welt wie ein Sprengstoff, der Explosionsböden sucht.

Ähnlich der Ringparabel Nathans des Weisen ist des Juden fragende Anklage zu einem Toleranz-Kanon geworden: »Wenn ihr uns stecht, bluten wir nicht? Wenn ihr uns kitzelt, lachen wir nicht?« Otteni lässt diesen Text nicht nur bei Shylock – auch der Prinz von Marokko wird ihn sprechen, einer jener Freier, die sich im lustspieligen Teil des Stücks um die Jungmillionärin Portia bewerben. Die Schauspielerin Zainab Alsawah – sie ist auch Jessica, die Tochter Shylocks – spricht arabisch. Daraufhin pöbelt Portias Party-Pulk, und jetzt schlägt sie, die Stunde der erwähnten Statisten. Denn bis auf den zweiten Rang hinauf ist der Unmut auf Rollen verteilt. Da ein Hass-Wort, dort eine andere blöde Bemerkung – Kern der

Kommentare aus dem Saal gen Bühne: »Sprechen Sie bitte deutsch!« Erst »bitte«, dann: »gefälligst«.

Alsawah fragt, was auch der Jude fragte: »Hat nicht ein Moslem Augen?« Vereinzelter Applaus, Protest, ein Zuschauer verlässt den Raum, wieder wird applaudiert. Wem? Dem trotzig Arabisch? Den Aufmischern? Im Publikum ist Unsicherheit

Wer waren jene »besorgten Bürger«, die vor Beginn der Vorstellung im Foyer Zettel gegen Überfremdung verteilten?

spürbar. Und wer waren jene »besorgten Bürger«, die vor Beginn der Vorstellung im Foyer Zettel gegen Überfremdung verteilten? Auch Statisten? Zuschauer sah man eilig, aufgeregt zum Einlassdienst laufen, das Vorkommnis zu melden. Einige nahmen die Zettel entgegen, lasen, gaben sie empört zurück.

Jetzt tritt die Schauspielerin Carola von Seckendorff an die Rampe: mit

einer betont gefühlsgedimmten Rede von Thomas Morus aus einer erst kürzlich entdeckten Szene von Shakespeare: »Die Fremden«. Morus redet den wohlgenährten Bürgern Londons ins Gewissen, die sich gegen den Ansturm französischer Flüchtlinge wehren. Wieder Zwischenrufe im Saal, wieder vorgeprobter Groll, wieder Momente der absichtsvoll geschürten Geladenheit. Otteni nimmt frech und frei die Ruhe aus dem Abend, stört die Verabredungsmuster, entzündet (Pausen-) Diskussionen über das Spiel mit akuten Emotionen zur politischen Lage. Er stichelt – mit inszeniertem Volkszorn mitten im Volk der Zuschauer: Immer ist Gaukel auch Täuschung, das Wirkliche nur scheinbar – aber doch wahr.

Kehrseiten-Kunst, wohin die Aufführung den Fokus richtet: Die auf ihrer Liebesinsel Belmont gelangweilt berauschten jungen Leute sind verstehenswerte Aussteiger, aber ebenso Steigbügelhalter der geldgestützten Arroganz. Und jener Christ Antonio, der Shylock erniedrigt, ist bei Christian Bo Salle auch ein unglücklich in Hemmung gefangener Schwuler. Sieh im Feind dich selber, entdecke im Gegner den Bruder, schau in alles Fremde, Andere wie in einen Spiegel.

Es geriet aus deutschen Gründen oft in Vergessenheit, dass »Der Kaufmann von Venedig« auch eine Komödie ist. Auschwitz ist dem Lust-

spiel in die Parade gefahren. Otteni nun schuf gehörige Bedrängungsmomente, dennoch bürdet er der Inszenierung nicht jenes Zentnergewicht auf, unter dem sie nur auf Knien durch ihre eigene Existenz rutschen könnte. Es gehört zu den Stärken der Aufführung, dass sie kräftig heiter bleibt. Das war in der Vorstellung, die ich sah, besonders auch Maximilian Scheidt vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg zu danken, der kurzfristig für den erkrankten Darsteller des Antonio-Kumpans Bassiano einsprang: herrliche Kapriolen mit dem Textbuch – wie wunderbar ist Theater, wenn es mit der Unsicherheit tanzt, als wäre die ein Wolf.

Und zum Schluss ergreift auch noch Portias Freundin Nessica die anklägerische Wiederholungsschleife auf – wider die Männer: »Wenn ihr uns stecht ...« Das Wort der jungen Frau zur aktuellen Sexismus-Leier. Alles sehr ernst gemeint – und noch ernstgemeinter parodiert. Kunstvoll eben. Otteni inszenierte, als orchestrierte er: Das Drama trommelt, der Thriller trompetet, das Lustspiel haut auf die Pauke, die Romanze klimpert auf der Gitarre. So jedenfalls klänge es, wären die Bilder Ton. Ein tiefdunkles Gleichnis mit Sarkasmusglitzer. Gekonnt provokant.

Nächste Vorstellungen am 13. und 14. Dezember

»Offshore« – Petros Markaris' jüngster Krimi spielt vor dem Hintergrund der langsam abklingenden Krise in Griechenland

Geldwäsche zu hoher See

Von Harald Loch

Griechenland war seit der Antike ein Volk der Seefahrer. Der Schiffs-katalog im zweiten Buch von Homers »Ilias« ist das erste literarische Zeugnis einer großen Flotte. Im 20. Jahrhundert verbinden wir die griechische Seegelung mit Namen wie dem des Tanker-königs Onassis. Auch heute gibt es griechische Reedereien, die ihren Sitz aber größtenteils in London haben.

Das ist der Ausgangspunkt des neuen Kriminalromans von Petros Markaris. Als es in Athen nacheinander zu drei Morden mit maritimem Hintergrund kommt, ist Kommissar Kostas Charitos aufgerufen, tätig zu werden. Einer der Ermordeten war ein Beamter, der in den Übersee-

schmuggel von Heroin verwickelt war. Der zweite war ein Reeder, der sich zeitlebens gegen den Umzug von London nach Piräus gestäubt hatte, der dritte ein investigativer Journalist, der den Machenschaften unbekannter Mächte auf der Spur war.

Charitos gelingt durch glückliche Umstände die schnelle Aufklärung der drei Verbrechen. Die Täter laufen fast offen in die Ermittlungen, andere Polizeidienststellen führen dem Kommissar die geständigen Täter zu. Der neu ernannte Polizeivizepräsident, ein Bürokrat ohne praktische Erfahrung, erniedrigt den gewissenhaften Charitos mit den Worten: »Ein blindes Huhn ...« Der aber misstraut den schnellen Ermittlungserfolgen, wittert dahinter Fake Crimes, vor allem aber größere Finanzinteressen.

Weil er tiefer ermittelt, als es der Polizeispitze in den politischen Kram passt, wird er suspendiert. Ein letzter Zufall bringt ihn dann aber doch wie-

Kommissar Charitos misstraut den schnellen Ermittlungserfolgen. Er wittert dahinter größere Finanzinteressen.

der auf die Gewinnerstraße. Das ist brillant ausgedacht, sehr kritisch begleitet und spannend zu lesen. Markaris lässt »Offshore« vor dem Hin-

tergrund der langsam abklingenden Krise in Griechenland spielen, eine Entwicklung, die mafiose Strukturen geradezu einlädt, in diesem schlingernen Land schwarzes in »gutes« Geld zu waschen.

Charitos' Freund, der Altkommunist Lambrou Sisis, steuert die kapitalismuskritische Begleitmusik bei. Und die ganze, aus vielen früheren Krimis vertraute Familie des Kommissars ist wieder mit von der Partie. Seine Ehefrau Adriani lädt zu kleinen Feiern mit ihren berühmten gefüllten Tomaten ein, seine Tochter Katerina macht als Rechtsanwältin Karriere. Das ganze Personal der von Charitos geleiteten Mordkommission glänzt mit seinen persönlichen Eigenarten, und die Vorgesetzten stören bei den Ermittlungen nur. Das angehängte

Personenverzeichnis zurate zu ziehen, ist hilfreich.

Athen ist nun wieder die Stadt der Staus, nachdem viele Griechen ihre während der Krise stillgelegten Autos erneut angemeldet haben. Das menschliche Biotop unterhalb der Akropolis, jüngst auch Zwillingstätte der Documenta neben Kassel, erstein dem eher literarisch anspruchsvollen als nervenkitzelnden Roman des mittlerweile achtzigjährigen Petros Markaris. Er hatte sich als Übersetzer deutscher Literatur von Goethe bis Brecht einen Namen gemacht, bevor er der international gefeierte Krimiautor wurde.

Petros Markaris: Offshore. Roman. Aus dem Neugriechischen von Michaela Prinzinger. Diogenes, 358 S., geb., 24 €.

Anders wirtschaften, besser wirtschaften

Vorschläge für eine alternative ökonomische Politik in einer reformierten Europäischen Union

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral – das gilt auch in Europa. Ohne Alternative Wirtschaftspolitik wird es keine europäische Moral geben, die den Kontinent längerfristig zusammenhält.

Von Axel Troost

Öffentliches Investieren

Der dringend nötigen Renaissance des Öffentlichen – nicht nur des Staatlichen – entspricht in der alternativen Wirtschaftspolitik vor allem die massive Ausweitung der öffentlichen Investitionstätigkeit, und zwar in den unterschiedlichsten Bereichen. Das geht es sowohl um materielle Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Hochschulen und Schulen, Kanalisation etc., aber auch Energie- und Daten-netzen. Gleichzeitig bedarf es im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus auch immaterieller Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in Pflege, in Inklusion. Und drittens – und keineswegs nachrangig – um die Verkehrs- und Versorgungsnetze, Bildung, Gesundheit und Pflege. Und es bedarf öffentlicher und öffentlich geförderter unternehmerischer Investitionen, in Deutschland z.B. massiv im Bereich des Wohnungsmarktes, d.h. einer groß angelegten Neubau- und Sanierungsoffensive alter und neuer öffentlicher Wohnungsbauunternehmen, die auf bezahlbares und sozial-nicht-trennendes Wohnen orientiert, also nicht nur billige Wohnsilos am Stadtrand errichtet.

Bei dieser Initiative für »das Öffentliche« geht es nicht nur um eine bessere und preisgünstigere Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern. Diese Initiative muss zugleich ein Experimentierfeld neuer Formen der Partizipation und demokratischen Kontrolle sein, die quasi einen wirtschaftsdemokratischen Sektor in der Ökonomie schafft.

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abbauen

Wirtschaftspolitik – also europäische Wirtschaftspolitik – muss systematisch immer auch im Sinne ökonomischer Konvergenz gedacht sein, die nicht durch Marktkräfte, sondern in der Regel nur gegen Marktkräfte erreicht werden kann. Konvergenz bedeutet auch, dass alle Mitgliedsländer in der Wirtschaftsgemeinschaft – und umso mehr in der Währungsunion – einen angemessenen Anteil an der industriellen Gesamtproduktion beitragen. Industrielle Produktion – z.B. im Vergleich zu den meisten Dienstleistungen – bringt tendenziell immer höhere Produktivität und höhere Lohnniveaus mit sich. Es kann nicht sein, dass einige wenige Länder in der EU – so wie Deutschland oder die Niederlande derzeit – quasi die industrielle Produktion für die gesamte Union übernehmen und dann ihre Produkte dem Rest der Union verkaufen. Die Folge sind nämlich dramatische Leistungsbilanzüberschüsse für Deutschland und die Niederlande, die die anderen Partner der Union zum Hinnehmen von Leistungsbilanzdefiziten zwingen. Und chronische Leistungsbilanzdefizite verursachen immer Arbeitslosigkeit und führen früher oder später in die Überschuldung.

Schon seit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes 1967 ist die Erreichung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ein wirtschaftspolitischer Auftrag an jede deutsche Bundesregierung. Leider haben die Bundesregierungen der letzten 50 Jahre diesen gesetzlichen Auftrag konsequent ignoriert. Heute kann ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht in der Euro-Zone nur noch durch aktives Eingreifen in die Innovationsfähigkeit, in die Fiskalpolitik, in das Lohngefüge und in die Arbeitsmarktordnungen der Mitgliedsländer erfolgen.

Und genau diese Eingriffe können entweder kooperativ und solidarisch erfolgen – oder die Anpassungslasten werden einfach den Schwächsten aufgebürdet. In der bisherigen Euro-Krise ist nur letzteres passiert, und an diesem Egoismus droht die EU nun auseinander zu brechen. Länder wie Spanien, Portugal, Irland und Griechenland wurden zu Krisenländern erklärt, weil sie nicht nur der Ort der Krise, sondern auch die vermeintlichen Verursacher der Krise seien.



Nichts hat Europa für die Menschen erfahrbarer gemacht als die Freiheit des Reisens.

Foto: dpa/Boris Roessler

Eine solidarische, zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik wird stattdessen darauf achten, dass durch öffentliche Förderung und gezielte Infrastrukturmaßnahmen neue Produktion und Innovation vor allem dort entstehen, wo die Not und die Arbeitslosigkeit regional besonders groß sind. Und sie muss Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Löhne, der Produktivität und der Qualität der Arbeit.

Und bitte keine Ausreden der Politik von wegen Tarifautonomie. Tarifautonomie ist eine historische Erbschaft und muss verteidigt werden. Aber die Rahmenbedingungen, unter denen die Tarifparteien verhandeln, werden von der Politik gesetzt. Die ganze Agenda 2010 war nichts weiter als ein riesiger Eingriff der rot-grünen Bundesregierung ins deutsche Lohngefüge – zulasten der ärmeren Bevölkerungsgruppen in Deutschland und zulasten Europas. Kein einzelnes Gesetzespaket trägt mehr Verantwortung für die Krise der Euro-Zone als diese deutsche Niedriglohn-Offensive.

Domestizierung der Finanzsphäre

Eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik in und für Europa muss sich durch eine gemeinsames, geschlossenes Auftreten der europäischen Staaten auf den Finanzmärkten auf mindestens vier Ebenen auszeichnen:

Das bedeutet erstens natürlich zunächst einmal eine deutlich stärkere Re-Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, den Finanzsektor und vor allem die großen Finanzkonzerne dramatisch zu schrumpfen und zu entmachten. Im Ergebnis hat die globale Finanzkrise die Großbanken nicht kleiner, sondern größer gemacht. Das Risiko von »Too big to fail« und die Konzentration politischer Macht in der Hand privater Konzerne sind dadurch nur noch größer geworden.

Zu einem europäischen Auftritt der Politik gegenüber den Finanzmärkten gehört zweitens auch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme (Stichwort Euro-Bonds), um als nationale Regierung nicht länger dem Erpressungspotenzial der Anleger ausgeliefert zu sein.

Damit ist keine Vergemeinschaftung der Staatsschulden gemeint und natürlich muss es auch vernünftige Regeln für die Nutzung dieser gemeinsamen Kreditaufnahme geben. Aber es gibt keine politische Rechtfertigung dafür, dass Deutschland als

einerseits großes und wohlhabendes Land und andererseits als wesentlicher Mitverursacher der Euro-Krise durch das extrem niedrige Zinsniveau in zwei- bis dreistelliger Milliardenhöhe profitiert, während die ohnehin von der Krise schon hart getroffenen Länder für ihre Staatsschulden auch noch zusätzlich irre Risikoauflage zugunsten privater Gläubiger bezahlen müssen. Das ist nicht nur nicht-solidarisch, das ist schlicht asozial.

Eine alternative europäische Wirtschaftspolitik gegenüber den Finanzmärkten darf sich aber drittens nicht nur auf Finanzunternehmen im engeren Sinne konzentrieren. Es geht vielmehr um eine generelle Zurückdrängung der finanzmarktorientierten Unternehmenskultur, also des gesamten Shareholder-Kapitalismus. Durch Änderung von Bilanzierungsstandards und Meldepflichten, durch eine Zurückdrängung kurzfristiger Aktien- und anderer Wertpapiergeschäfte – Stichwort Finanztransaktionssteuer – und durch die Stärkung der Mitsprache der Beschäftigten und der Öffentlichkeit müssen Unternehmensziele endlich wieder längerfristig ausgelegt und einseitige Kostenverlagerungen zulasten von Beschäf-

tigten, Umwelt und Gesamtgesellschaft verhindert werden.

EU als Akteur

Die EU und ihre Institutionen stehen zu Recht massiv in der Kritik. Auch innerhalb der Linken ist die Frage hoch umstritten, ob man diese EU »nur« radikal reformieren muss oder ob es einen europäischen institutionellen Neuanfang geben muss.

Eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik kann nur eine europäische Wirtschaftspolitik sein. Dann versteht es sich von selbst, die Forderungen nach einer wirtschaftspolitischen Alternative auch an die EU zu richten. Gefordert ist dafür nicht nur eine andere Politik der EU, sondern eine andere EU selbst. Zu den wichtigsten Elementen gehören:

1. Die Schaffung einer Zuständigkeiten der EU für eine wirksame Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer entlang der oben genannten drei Eckpunkte, begleitet durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen über viele wirtschaftspolitische Fragen in der Union.

2. Eine deutliche Vergrößerung des Budgets der EU, damit eine für diese Koordination zuständige europäische Institutionen – nennen wir sie europäische Wirtschaftsregierung oder -ministerin – auch über eine hinreichend großen eigenen Finanzspielraum verfügt, mit dem sie eigenständige Projekte anschieben kann, mit denen sich gesamtwirtschaftlich etwas ausrichten lässt.

3. Solche Forderungen nach Aufwertung und quasi einem Vertrauensvorschluss für die EU ist den Bürgerinnen und Bürgern – und insbesondere den EU-Kritikern – nur dann zu vermitteln und zuzumuten, wenn die EU selbst viel demokratischer wird und sie ein soziales Profil zurückgewinnt. Es bedarf daher einer Aufwertung des Europäischen Parlaments, das endlich das Recht zur Einbringung eigener Gesetzesinitiativen bekommen und viel weitgehendere Befugnisse gegenüber der Kommission erhalten muss. Ein sozialeres Profil erhielt die EU dadurch, dass sie in ihren Politikempfehlungen endlich aufhört, soziale Standards

nach unten zu nivellieren, statt soziale Missstände zu benennen. Eine Zuständigkeit für die Koordination der Sozialen Sicherungssysteme und langfristig eine europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik können ein solches Profil der EU unterstützen. Es bräuchte daher auch zeitnah einen konkreten europäischen Sozial-Leuchtturm, der den Menschen hilft, sich Europa als Solidargemeinschaft vorzustellen. Ein Beispiel dafür könnte eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung sein, die es auch ökonomisch für einzelne EU-Länder unattraktiv macht, durch merkantilistische Politik einfach Arbeitslosigkeit ins EU-Ausland zu exportieren.

Mit dem ungerechten und asozialen Konkurrenzgebaren in der EU, Stichwort »Steuerwettbewerb« und »Steuerparadies« muss dann natürlich ebenfalls Schluss sein

4. Last but not least wäre auch eine im Alltag der Bürgerinnen und Bürger erfahrbare Life-Style-Institution hilfreich. Nichts hat Europa für die Menschen erfahrbarer gemacht als die Freiheit des Reisens, sich in anderen Ländern Europas aufzuhalten, sei es nun aus berufliche Gründen, als Studium oder Praktikum im Ausland oder einfach als Urlaubsreise. Wäre da nicht so etwas wie eine öffentliche europäische Eisenbahngesellschaft eine faszinierende Idee für eine gelebte Begegnungsinfrastruktur in Europa?

Europa muss ein soziales Europa werden, oder es wird als politisches Projekt auseinanderbrechen. Um aber Wohlstand für alle in Europa zu erreichen, braucht es starke politische Institutionen in Europa, die die Richtung vorgeben und dies nicht den Märkten überlassen.

Diese Institutionen müssen auf soziale Ziele verpflichtet sein und eine sehr viel demokratischere Mitwirkung der europäischen Bevölkerungen erlauben. Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral. Das gilt auch in Europa. Ohne eine Alternative Wirtschaftspolitik in der EU, die für Europa die Produktion und die Verteilung eines keineswegs nur materiellen Wohlstands sicherstellt, besteht keine Aussicht auf ein soziales Europa – und auf eine europäische Moral, die den Kontinent längerfristig zusammenhält.

Der Autor



Foto: privat

Am 6. Dezember wurde der Jörg-Hufschmid-Preis 2017 verliehen (»nd« berichtete). In Erinnerung an den bedeutenden Alternativ-Ökonomen zeichnen das globalisierungskritische Netzwerk Attac, die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die EuroMemo-Gruppe und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Arbeiten auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie aus. Bei der Preisverleihung sprach der Ökonom und LINKE-Politiker Axel Troost über Anforderungen an eine Alternative Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union. Troost ist seit Langem Geschäftsführer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.« (Memorandumgruppe), seit 2012 stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei. Von 2005 bis 2017 gehörte er der Linksfaktion im Bundestag an. »neues deutschland« dokumentiert hier einen Teil von Troosts Rede. Den vollständigen Vortrag finden Sie unter www.neues-deutschland.de/troost

Das Ende vom Anfang

Deutsche Handballerinnen scheitern im WM-Achtelfinale an Dänemark. Der Verband will sie aber weiter fördern

Wieder hapert es im Angriff: Durch ein enttäuschendes 17:21 gegen Dänemark enden die Träume der DHB-Auswahl bei ihrer Heim-WM. Ihr Präsident verspricht aber das Ende des »Machokrams«.

Von Oliver Kern, Magdeburg

Michael Bieglers Sonntagabend war ein gebrauchter. 20 Monate lang hatte er die Handball-Nationalmannschaft der Frauen auf ihre Heim-WM vorbereitet. Doch im Achtelfinale, als es endlich um etwas ging, versagten seine Spielerinnen reihenweise. »Irgendwann überlegst du, ob du rausgehst«, sagte Biegler später. Der Satz bedeutet in der Handballsprache, dass man die Deckung aggressiver, offensiver, aber auch riskanter aufstellt, um den Ball schnell zu erobern und so doch noch einen großen Rückstand in kurzer Zeit aufholen zu können. Doch wer Biegler in dem Duell mit Dänemark beobachtet hatte, hätte sich auch nicht gewundert, wenn er selbst einfach aus der Magdeburger Halle marschiert wäre. Immer wieder hob er hilflos die Arme, ließ sich auf seinen Stuhl fallen und vergrub das Gesicht in seinen Händen. Welchen Spielzug er auch ansagte, wie gut der auch funktionierte: Ihre freien Würfe trafen die deutschen Handballerinnen doch nicht. So endete der Traum von einer WM-Medaille viel zu früh.

17:21 hieß es zum Schluss, als die Tränen zu fließen begannen: bei jungen Spielerinnen wie Emily Bölk und so erfahrenen wie Svenja Huber. Diese WM war eine Ernüchterung. Sie zeigte, dass die Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) noch weit entfernt ist von der Weltspitze. Die Defensive hatte mit Ausnahme der Vorrundenspartie gegen die Niederlande immer funktioniert, der Angriff dagegen fast nie. Biegler hatte gesagt, dass die Tore erst ab dem Achtelfinale fallen müssten. Nun, da auch das nicht gelungen war, blieb nur eine gute WM-Partie übrig, der Vorrundensieg gegen Südkorea: So gewinnt man keine Medaille.

Dennoch war auffällig, wie sehr der Trainer seine Schützlinge für ihre Arbeit lobte – und umgekehrt. »Die Enttäuschung ist nicht in Worte zu fassen. Das war im Angriff einfach zu wenig. Aber ich lasse nichts auf die Mädels kommen. Es ist eine riesige Bereitschaft da, sich weiterzuentwickeln«, sagte Biegler. »Ich habe noch nie einen Bundestrainer erlebt, der so akribisch gearbeitet und sich 24 Stunden am Tag in das Projekt reingehauen hat. Er ist einer der besten Trainer, mit denen ich je gearbeitet habe und ein noch toller Mensch«, pries Kapitän Anna Loerper.

Der Hochgelobte wird nun zum Männer-Bundesligisten DHfK Leipzig wechseln. Er sei ein Männertrainer, hatte Biegler stets betont, nur für dieses eine Projekt habe er sich mal über-



Julia Behnke (M.) nach der Niederlage gegen die Niederländerinnen.

Foto: dpa/Hendrik Schmidt

reden lassen. Dass ihm der Abschied von den Frauen nun schwerer fallen würde als geplant, hatte aber bereits eine Bemerkung kurz vor der WM gezeigt. Demnach hätte er noch ein halbes Jahr weitergemacht, um die Qualifikation für die EM 2018 abzuschließen. »Aber der DHB hat die Notwendigkeit nicht gesehen«, so Biegler. Der Verband will jetzt offensichtlich dem Neuen, Henk Groener, vor dem nächsten Turnier ein bisschen mehr Zeit zum Umsetzen seiner eigenen Ideen geben.

Dabei wird der Niederländer auf vieles zurückgreifen können, was Biegler und sein Sportdirektor Wolfgang Sommerfeld angestoßen haben. Denn beide machten viel mehr, als nur eine Auswahlmannschaft zu trainieren. Sie änderten Strukturen. Die Zusammenarbeit mit den Bundesligatrainern wurde intensiviert, dazu die Nachwuchssichtung. »Wir haben uns viele Spielerinnen angeguckt. Da gibt es Riesentalente für die Zukunft. Es ist ein lohnenswertes Projekt«, sagte Biegler nach dem WM-Aus.

Dass diese Dinge überhaupt angegangen werden mussten – noch dazu von einem Trainer –, war beschämend für den DHB. 1993 waren die deutschen Frauen Weltmeisterinnen geworden, 1997 gab es noch einmal Bronze. Danach ging es immer wei-

ter bergab, aber erst jetzt hat der Verband erkannt, dass es nicht reicht, immer nur das Aushängeschild Männer-Nationalmannschaft zu fördern und zu hoffen, dass von den Frauen schon irgendetwas kommen wird.

»Es ist jetzt ganz wichtig, dass wir an dem festhalten, was Michael Bieg-

»Wir müssen aus diesem Machokram endlich rauskommen. Das war das Grundübel der letzten 15 Jahre. Wir reden von Gleichberechtigung, aber im Grunde war der Frauenhandball etwas Exotisches für uns.«

DHB-Präsident
Andreas Michelmann

ler aufgebaut hat. Wir sind raus, und das ist eine Katastrophe, aber ich glaube an die Qualität dieser Mannschaft«, sagte die starke Torhüterin Clara Woltering. »Andere Nationen sind professioneller. Wir müssen in Deutschland endlich nachlegen. In der Ausbildung müssen wir anfangen, und jeder Verein muss mitziehen.«

DHB-Präsident Andreas Michelmann scheint der Forderung folgen zu wollen. »Wir werden den neuen Trainer unterstützen, sowohl was die Strukturen angeht als auch das Finanzielle.« Selbstverständlich ist das nicht. Immerhin hatte Verbandsvize Bob Hanning bei der Vorstellung von Biegler im April 2016 noch ungestraft drohen dürfen: »Das ist die letzte Chance für den Frauenhandball in Deutschland.«

Erschwerend ist, dass die Frauen durch das Verpassen des Viertelfinals erst einmal den hohen Förderstatus beim Geldgeber Bundesinnenministerium verlieren. »Der Frauenhandball wird bei uns einen höheren Stellenwert als in der Vergangenheit einnehmen«, versprach Michelmann trotz. Also doch kein Ende, nur das Ende vom Anfang. »Das Entscheidende ist nicht, von wem wir die Mittel bekommen. Wir setzen unsere Prioritäten weiter in dem Bereich. Wir müssen aus diesem Machokram endlich rauskommen. Das war das Grundübel der letzten 15 Jahre. Wir reden immer von Gleichberechtigung, aber im Grunde war der Frauenhandball etwas Exotisches für uns.«

Die WM sollte einen Schub geben. Kleine Mädchen sollten den Erfolgen neuer Vorbilder nahefeiern. Das fällt mit dem Verpassen des Fi-

naltourniers in Hamburg vermutlich aus. »Die ganz große Bühne erreichen wir jetzt nicht. Das ist sehr enttäuschend«, sagte Loerper.

Ob der beabsichtigte Effekt jedoch überhaupt eingetreten wäre, ist ohnehin unklar. Er entspricht einer gängigen Logik von Sportfunktionären, die in der Realität nur selten eintritt. Sonst wäre dies längst ein Land voller Rennkanuten, und der Deutsche Skiverband hätte nach den Erfolgen á la Angerer, Teichmann und Filbrich keine solchen Nachwuchsprobleme im Langlauf.

Die strukturellen Änderungen im Verband und das Zusammenschließen einer zuvor oft zerstrittenen Nationalmannschaft durch Biegler werden also die nachhaltigsten Entwicklungen des Projektes bleiben, auch wenn einige Leistungsträgerinnen jetzt ihre Nationalmannschaftslaufbahn beenden werden. Woltering und Rückraumspielerin Nadja Mansson machten am Sonntag den Anfang. Rechtsaußen Svenja Huber hatte schon einmal aufgehört und war für die Heim-WM noch mal zurückgekehrt. Hinter ihr klafft eine Riesenschlücke auf der Position. Hubers Tränen vom Sonntagabend zeigten aber, dass es schwer wird, sie noch einmal zum Weitermachen zu motivieren.

NACHRICHTEN

Der FC Bayern trifft im Achtelfinale der Champions League auf Besiktas Istanbul. Das ergab am Montag die Auslosung am Sitz der Europäischen Fußball-Union UEFA in Nyon. Borussia Dortmund und RB Leipzig bekommen es in der Zwischenrunde der Fußball-Europa League mit italienischen Teams zu tun. Der BVB spielt gegen Atalanta Bergamo, die Sachsen gegen SSC Neapel.

Armin Veh, neuer Sportchef beim Fußball-Bundesligisten 1. FC Köln, richtet sich schon beim Amtsantritt auf einen Abstieg des ein. »Ich bin nicht blauäugig«, sagte der Geschäftsführer des Tabellenletzten bei seiner Vorstellung am Tag nach der 3:4-Heimniederlage nach einer 3:0-Führung gegen den SC Freiburg. »Wenn wir gestern gewonnen hätten, hätten wir noch eine kleine Chance gehabt. Jetzt muss man klar sagen, dass du normalerweise anders planen musst.« Köln hat nach 15 Spielen nur drei Punkte auf dem Konto.

Weitere drei russische Wintersportler haben beim Internationalen Sportgerichtshof Einspruch gegen die vom IOC verhängten lebenslangen Sperren eingelegt: die Skilangläuferinnen Julia Tschekalowa und Anastasia Dozenko sowie die Biathletin Olga Saizewa. Agenturen/nd

In Zahlen

Handball: Frauen, WM in Deutschland, Achtelfinale: Ungarn - Frankreich 26:29, Serbien - Montenegro 29:31, Schweden - Slowenien 33:21, Deutschland - Dänemark 17:21.

Fußball: Männer, Bundesliga, 15. Spieltag: Augsburg - Hertha 1:1 (0:0).

Eisschnelllauf: Weltcup in Salt Lake City, Frauen, 3000 m: 1. Woronina (Russland) 3:57,70 min, ... 3. Pechstein (Berlin) 3:58,69. 1000 m: 1. Kodaira (Japan) 1:12,09 min (Weltrekord), ... 20. Hirschi (Inzell) 1:15,76. Männer, 5000 m: 1. Bloemen (Kanada) 6:01,86 min (Weltrekord). 2. Beckert (Erfurt) 6:07,02 (deutscher Rekord), 3. Geisreiter (Inzell) 6:07,31. 1000 m: 1. Juskow (Russland) 1:06,92 min, ... 13. Ihle (Chemnitz) 1:07,87.

Eishockey: Männer, DEL: Krefeld - Augsburg 3:4 n.V., Schwenningen - Ingolstadt 2:1, Köln - Nürnberg 2:3, Düsseldorf - Wolfsburg 1:2 n.P., Bremerhaven - Straubing 3:0.

Basketball: Männer, Bundesliga: Gießen - Ulm 70:84, Bonn - Oldenburg 90:68, Bayreuth - Erfurt 93:72.

TV-Tipp

13.45 - 18.00, 21.45 - 23.55 Eurosport: Snooker: Scottish Open in Glasgow. 17.25 - 19.15, 20.00 - 22.30 Sport1: Handball: Frauen, WM, Viertelfinale. 20.00 - 21.45 Eurosport: Skicross: Weltcup in Arosa.

Plötzlich Tourneefavoriten

Im Skispringen sind die Deutschen so gut wie lange nicht: Richard Freitag und Andreas Wellinger beginnen die Olympiasaison überzeugend – zuletzt mit einem Doppelsieg

Auch ohne Severin Freund bringen sich die deutschen Skispringer bestens in Position für ein Jahr voller Highlights. Freitag und Wellinger machen Siege untereinander aus – und sind nun Tourneefavoriten.

Von Patrick Reichardt, Titisee-Neustadt

Es blieb ein Bild, das der Konkurrenz Angst machen musste. Nachdem sie Neuschnee, Regen und schwierigsten Windbedingungen getrotzt hatten, ballten Richard Freitag und Andreas Wellinger auf der Naturschanze von Titisee-Neustadt synchron die Fäuste und brüllten ihre ganze Freude über den nächsten Doppelsieg der deutschen Skispringer hinaus. Der gemeinsame Jubel von Sieger Freitag – mit markantem Schnauzer und Gelbem Trikot noch eindrucksvoller – und seinem bayerischen Teamkollegen war auch ein Zeichen an alle Gegner: Wir sind bereit für die großen Aufgaben in diesem Olympia-Winter!

Das neue Führungsduo lässt auch Bundestrainer Werner Schuster drei Wochen vor Beginn der Vierschanzenträume auf Großes hoffen. »Richard und Andreas sind schon sehr, sehr stark. Ich finde es genial, dass wir in dieser Position sind«, sagte Schuster. Nach knapp zehn Jahren Amtszeit weiß keiner so gut wie er, wie schnell sich im Skispringen die Situation wieder ändern kann. Doch eines ist den DSV-Adlern nach dem zweiten Doppelerfolg innerhalb von acht Tagen nicht mehr zu nehmen. »Ich bin jetzt mal superhappy, dass wir zwei Leute in einer Superposition haben. Die haben jetzt einfach Selbstvertrauen«, sagte Schuster.

Bei der Pressekonferenz zeigten sich der 26-jährige Freitag und der vier Jahre jüngere Wellinger bestens gelaunt. »Was soll ich jetzt sagen? Nee!«, antwortete Freitag auf die Frage, ob die Fans in diesem Winter einen neuen Richard Freitag sähen. In den jüngsten Erfolgen, die die DSV-Adler auf den Schanzen lange nicht



Erster und Zweiter: Freitag (l) und Wellinger.

Foto: dpa/Patrick Seeger

mehr so vorzuweisen hatten, spiegelt sich auch die Leichtigkeit eines funktionierenden Teams wider.

»Wenn man in Form ist und das Gefühl hat, dann kann man locker drauf losspringen, und das ist im Skispringen meistens am besten«, sagte Wellinger. Alle profitierten von einem starken Team. »Bei uns kann man sich an den anderen orientieren und das Beste geben, dass man auch an die anderen hinkommt«, fügte der Mixed-Weltmeister an. Schuster selbst scheint derzeit ein Trainer ohne Sorgen. »Im Moment bin ich heilfroh, dass ich Richard und Andi habe, aber auch eine starke Mannschaft und ein gutes Klima«, sagte er.

Die Wind- und Wetterlotterie in Titisee war für die DSV-Springer auch eine Reifepflicht. Stundenlanges Warten, wechselnde Winde und über 20 Zentimeter Neuschnee machten es den Athleten im Schwarzwald nicht leicht. Für die Deutschen kam gestiegener Druck nach zwei Siegen im russischen Nischni Tagil in der Vor-

woche dazu. »Ich bin natürlich sehr froh, dass das so ausgefallen ist. Windspringen waren nicht immer unsere Domäne in der Vergangenheit«, sagte Schuster.

Dass die extremen Rückenwindverhältnisse für die letzten Athleten, darunter Freitag und Wellinger, nachließen, nutzten seine Springer hervorragend aus. Freitag flog auf die Tagesbestweite von 145 Metern, Wellingers Sprung auf 139 Meter reichte für Rang zwei. »Man kann an dem Tag auch unverschuldet Punkte verlieren, jetzt haben wir Punkte gewonnen, das ist natürlich eine Riesensache«, kommentierte der Coach.

Vor der ganz großen Prüfung bei der Vierschanzenträume dürfen sich Freitag und Co. nun noch in Engelberg in der Schweiz beweisen. Wächst als Favorit nun der Druck? »Der Druck wäre so oder so da gewesen. Aus der Position ist das deutlich angenehmer«, meinte Schuster mit Blick auf bereits drei Saisonsiege seiner Athleten. dpa

NACHRICHTEN

Straßenkampf in der Stadt der Sorglosen

Polizei in Kopenhagen ist hoffnungslos überfordert

Eine Flughundeplage ungekannten Ausmaßes hält die Bewohner einer Kleinstadt in Australien in Atem. Mehr als 200 000 der Tiere seien über Charters Towers im Nordosten des Kontinents hergefallen, sagte Bürgermeisterin Elizabeth Schmidt am Montag. »Der Gestank ist furchtbar«, sagte Einwohnerin Snow Hearne. Zudem ließen die Schreie der Tiere in der derzeitigen Paarungszeit die Menschen nicht schlafen. »Wir können nicht mal in den Garten gehen. Wir werden als Geiseln gehalten«, sagte sie. Auch Kot und Urin der Tiere sind für die Einwohner ein ernstes Ärgernis. Die Flughunde werden von einem Überfluss an natürlich vorkommendem Eukalyptus in der Region angezogen. Deshalb seien sie als Problem bekannt, sagten Anwohner. Doch es sei noch nie so schlimm gewesen wie jetzt.

Der Besuch des Pantheons in Rom wird von Mai kommenden Jahres an zwei Euro kosten. Wie das italienische Kulturministerium am Montag mitteilte, sollen die Einkünfte aus den Eintrittskarten in die Instandhaltung und die Sicherheit des Gebäudes fließen. Das ursprünglich für die römischen Götter errichtete Pantheon wurde im 7. Jahrhundert zur Kirche umgewidmet. Der Zutritt zu Gottesdiensten soll für Gläubige weiterhin kostenlos sein. Marcus Vipsanius Agrippa, der Schwiegersohn von Kaiser Augustus, ließ das Pantheon im Jahr 27 nach Christus auf dem Campo Marzio erbauen. Im Jahr 120 wurde es von Kaiser Hadrian nach einem Brand wiedererrichtet, Papst Bonifatius IV. weihte es 609 zur Kirche. In der Folge wurde es nicht als Steinbruch genutzt.

Ein in einem Müllaster schwer verletzter Obdachloser in Nürnberg ist nach Polizeiangaben nicht mehr in Lebensgefahr. »Es sieht so aus, als wäre er über den Berg«, sagte ein Sprecher am Montag. Der 41 Jahre alte Obdachlose hatte sich in der Nacht zum Freitag zum Schlafen in einen Altpapiercontainer gelegt und war am Morgen von der Müllabfuhr mit dem übrigen Containerinhalt in den Müllaster gekippt worden. Erst dann hörten die Mitarbeiter Hilferufe aus dem Laderaum und stoppten das Schubwerk, das den Papiermüll im Innern zusammenschiebt.

Nach einem Teenager, der vor knapp vier Jahren an einer Schule im Norden Pakistans mutmaßlich Hunderte Leben gerettet hatte, ist eine Straße in Pakistans Hauptstadt Islamabad benannt worden. Aitzaz Hasan war 15 Jahre alt, als er im Januar 2014 einen Selbstmordattentäter vor seiner Schule in Hangu bemerkte und sich ihm in den Weg stellte. Seinen Einsatz bezahlte Aitzaz mit dem Leben: Bei einer Rauferei mit dem Attentäter zündete die Bombe, beide starben bei der Explosion. In der Schule waren zu diesem Zeitpunkt rund 2000 Kinder und Jugendliche. »Wir haben die Straße nach Hasan benannt«, sagte der stellvertretende Bürgermeister Islamabads, Zeeshan Naqvi, am Montag. »Auf diese Weise erinnern wir an unsere Helden.« Agenturen/nd

Im idyllischen Kopenhagen wird seit Monaten auf offener Straße geschossen. Eigentlich streiten kriminelle Gangs, doch auch Passanten werden verletzt. Die Polizei wirkt hilflos.

Von Theresa Münch, Kopenhagen

Kopenhagen gilt als Stadt der Sorglosen. Bunte Häuser, das Meer ganz nah, eine lebendige Cafészene, Hipster- und Fahrrad-Mekka, die sagenumwobene Hygge. Regelmäßig werden die Dänen zu den glücklichsten Menschen der Welt gekürt – und ihrer Hauptstadt merkt man das an. Jetzt allerdings droht die heile Welt zu zerbrechen. Seit Sommer tragen verfeindete Banden ihre Konflikte auf offener Straße aus. Es wird scharf geschossen. Immer wieder werden Unbeteiligte schwer verletzt. Eine Kugel traf einen Balkon, flog durch die Tür in eine Wohnung, steckte in einem Sofa. Zuletzt starben in weniger als zwei Wochen drei Menschen.

Das alles passiert im hippen Nørrebro, meist in den frühen Abendstunden oder in der Nacht. Nørrebro ist so etwas wie das Kreuzberg Kopenhagens. Ein Zentrum der Kreativen. Hier ziehen Szenecafés mit Öko-Latte und multikulturelle Läden Hipster und junge Intellektuelle an. Trotz Gentrifizierung ist der einstige Arbeiterstadtteil immer noch rau und sehr durchmischt. Es gibt Vollkorn-Döner, islamische Schlachter, Spezialläden für Kopftücher.

Hier streiten laut Polizei die Mitglieder der Gang »Loyal to familia« mit den »Brothas« aus Nordwest-Kopenhagen, nur wenige Hundert Meter weiter. Es gehe um Drogen, persönliche Feindschaften und Eifersucht, so die Ermittler. Die »Brothas« wehren sich nach Expertenmeinung zusammen mit Unterstützern dagegen, dass »Loyal to familia« in der Kopenhagener Unterwelt zu stark geworden ist.

Anders als oft in den USA und auch in Deutschland sei das keine Auseinandersetzung verschiedener ethni-



Polizeipräsenz ist in Kopenhagens Stadtbezirk Nørrebro an der Tagesordnung.

Foto: dpa/Martin Sylvest

schler Clans, erläutert die Kopenhagener Kriminologin Anne Okkels. »Dänische Banden sind sehr durchmischt. Die Familien vieler Mitglieder leben seit Generationen in Dänemark.« Sei seien integriert. Zusammen geschweißt würden die Gangs von der gemeinsamen Jugend im gleichen Kiez. Einen Zusammenhang zu einer seltsamen Serie von Morden auf offener Straße im benachbarten schwedischen Malmö sieht die Kriminologin nicht. Doch auch die Kopenhagener Gangs messen ihre Kräfte öffentlich, schießen aus Autos oder von Motorrollern.

In Nørrebro reagieren die Anwohner inzwischen sensibel auf das Geräusch von Hubschraubern. Die kreisen, wenn wieder etwas passiert ist. Seit dem 12. Juni 42-mal. Manchmal an zwei Abenden in der Woche. Schon im Sommer warnte die Polizei junge Männer, abends auf den Straßen vorsichtig zu sein – in einer Stadt, in der man sonst ohne Bedenken nachts durch den Park läuft. Mit dieser Warnung signalisiert die Polizei: Wir kriegen den Konflikt nicht in den Griff. Selbst sogenannte Visitationszonen, in denen die Polizei ohne Grund Passanten und Autos kontrollieren darf,

haben kaum Effekt. Zuletzt hat die Regierung vorgeschlagen, Bandenmitgliedern die Sozialhilfe zu streichen.

Anwohner gehen aus Protest gegen die Schießereien mit Fackeln auf die Straßen. Meist sind es Frauen. Sie fürchte sich nicht, sagt eine Mutter, die mit ihren drei Kindern im Häuserblock wohnt, der immer wieder in den Schlagzeilen steht: Mjølnerparken. Hier kleben Zettel an den Haustüren, die verstärkte Polizeikontrollen ankündigen. »Die Stimmung hat sich schon verändert, aber nicht so sehr, dass ich hier nicht mehr leben möchte«, meint die junge Frau. Und dann:

»Vielleicht glaube ich auch einfach noch nicht, dass um mich herum Menschen sterben.«

Jetzt sollen die Clanchefs in einer Moschee eine vorübergehende Waffenruhe vereinbart haben. Einen Monat ohne Schüsse. Aufatmen in Nørrebro. Bisher hält der Frieden. Doch was passiert, wenn der Monat zu Ende ist? Terje Bech, ein Organisator der Fackel-Demonstrationen, traut der Ruhe nicht. Die Banden existierten weiterhin, sagte er der Agentur Ritzau. »Sie sind eine tickende Bombe in unserem Quartier, und sie haben den Timer nur einen Monat weitergedreht.« dpa/nd

Es kommt noch schlimmer

Wissenschaftler meinen, die Klimakatastrophe in den kommenden Jahrzehnten wurden noch nicht schwarz genug gemalt

Die am meisten alarmierenden Studien zum Klimawandel sind die genauesten, so kalifornische Wissenschaftler. Danach würden die Temperaturen in diesem Jahrhundert um über vier Grad Celsius steigen.

Von John Dyer, Boston

Die Klimaforscher Patrick Brown und Ken Caldeira sehen einen viel schlimmeren Klimawandel auf die Erde zukommen als bisher angenommen. Die Forscher der Carnegie Institution for Science in Stanford in Kalifornien haben die verschiedenen gängigen Modelle zur Entwicklung des Weltklimas miteinander verglichen und ihre Vorhersagen in den vergangenen Jahren auf Genauigkeit anhand der konkreten Wetteraufzeichnungen überprüft.

Sie sind zu einem erschreckenden Ergebnis gekommen: Die Modelle

mit den gravierendsten Vorhersagen über die Entwicklung der Belastung mit CO₂ und anderen Treibhausgasen waren auch die genauesten. Forscher, Politiker, Unternehmer und Umweltschützer haben demnach die Klimakatastrophe in den kommenden Jahrzehnten noch nicht schwarz genug gemalt.

Laut den untersuchten Studien wird die Temperatur auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts auf einen Stand zwischen 3,2 und 5,9 Grad Celsius über dem vor der Industrialisierung ansteigen – wenn die Menschheit nichts zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen tut. Der Unterschied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten prognostizierten Anstieg kann nach Ansicht beider Klimaforscher Aufschluss über den tatsächlich bevorstehenden Klimawandel geben. »Es gibt Dutzende be-

kannter Weltklimamodelle, und sie alle sagen unterschiedlich starke globale Erwärmung bei gleichen Werten von Treibhausgas-Emissionen voraus«, sagte Brown. Es gebe keinen Konsens über die beste Vorhersage.

Brown und Caldeira prüften die Modelle darauf, wie genau sie in der jüngsten Vergangenheit die Temperaturen und die Wetterlagen vorhergesagt hatten. Sie benutzten dazu Satellitenbilder und die Stärke der Sonnenstrahlung, die in die Erdatmosphäre eindrang und sie wieder verließ. Sie kamen zum Schluss, dass die globale Erwärmung wahrscheinlich um 0,5 Grad Celsius höher sein werde als Klimaforscher bisher angenommen haben, und 15 Prozent mehr, als das internationale Klimainstitut der Vereinten Nationen prognostiziert.

Die Chance, dass die Temperaturen im Jahr 2100 um mehr als vier

Grad Celsius höher liegen werden als jetzt, liegt nach ihren Berechnungen bei 93 Prozent. In der Klimawissenschaft herrscht derzeit Konsens, dass die Chance für eine solch dramatische Temperatursteigerung nur bei 62 Prozent liege. Eine so starke Erwärmung würde das Versinken kleiner Inseln durch den Anstieg des Meeresspiegels beschleunigen, Korallenriffe noch schneller sterben lassen und Hitzewellen mit Dürren und Waldbränden bringen.

Ein Schlüsselfaktor in den Erkenntnissen der beiden Forscher war der in den verschiedenen Modellen hergestellte Zusammenhang zwischen Bewölkung und Klimaentwicklung. Einige Forscher seien davon ausgegangen, dass geschlossene Wolkendecken die Sonnenstrahlung in den Weltraum zurückreflektieren und so die Erderwärmung mindern.

Das aber könne falsch sein, argumentieren Brown und Caldeira. Aus ihrer Sicht sind die besten der untersuchten Modelle jene, die eine Reduzierung des Kühleffekts der Wolken in der Zukunft annehmen und deshalb auch die größte Erwärmung vorhersagen.

Andere Klimaforscher wie Ben Sanderson vom National Center for Atmospheric Research in Colorado sehen die Studie als »interessant und beunruhigend« an. Allerdings hätten Brown und Caldeira übersehen, dass die untersuchten Modelle zumeist von den gleichen Daten ausgegangen seien. Auch ein kleiner Fehler in den Daten würde sich also in allen Studien niederschlagen und die Ergebnisse verfälschen. Es gebe nicht genug unterschiedliche Klimamodelle, um von zuverlässigen Mittelwerten auszugehen.

Wetter in der Region

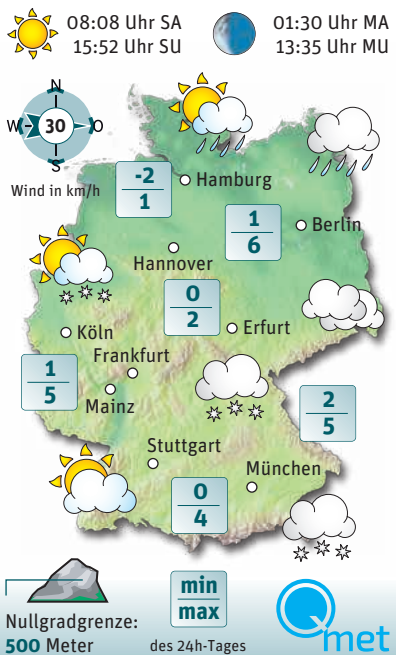
Heute mischen sich Schneeflocken unter die Regentropfen, und die Temperaturen klettern bis auf 7 Grad. Der Wind weht frisch aus West. In der Nacht fällt aus einer kompakten Wolkendecke verbreitet Schneeregen. Die Tiefsttemperaturen gehen bis auf minus 2 Grad zurück.

Biowetter

Bluthochdruck	Belastung	Erkältungsgefahr	Belastung
Kopfschmerzen	●●●●●	Migräne	●●●●●
Rheumatische Schmerzen	●●●●●	Niedriger Blutdruck	●●●●●
Schlafstörungen	●●●●●	Kreislaufbeschwerden	●●●●●
Atemwegsbeschwerden	●●●●●	Reaktionszeit	●●●●●
Herzbeschwerden	●●●●●	keine gering mittel stark	●●●●●

Aussichten der nächsten Tage

Mittwoch	Donnerstag	Freitag
-1 4	2 6	-1 4



Bangkok	wolkig	32°
Buenos Aires	heiter	29°
Chicago	wolkig	-3°
Delhi	heiter	23°
Dubai	heiter	26°
Havanna	wolkig	21°
Hongkong	wolkig	20°
Johannesburg	heiter	30°
Kairo	wolkig	24°
Kapstadt	sonnig	23°
Las Palmas	bewölkt	20°
Los Angeles	sonnig	25°
Mexico City	sonnig	20°
Miami	sonnig	23°
Moskau	wolkig	1°
Nairobi	heiter	29°
New York	Regen	11°
Peking	wolkig	-3°
Rio de Janeiro	Schauer	24°
San Francisco	sonnig	17°
Seoul	wolkig	-5°
Singapur	bewölkt	31°
Sydney	heiter	29°
Tel Aviv	heiter	25°
Tokio	heiter	11°
Toronto	Schnee	2°
Vancouver	bedeckt	9°

					1	
1				8	9	5
		4			8	3
8				3	9	
						7
3		9			2	
				8	9	5
	5				6	2
	1		7			

Sudoku

Das Zahlenrätsel muss so vervollständigt werden, dass in jeder waagerechten und jeder senkrechten Zeile sowie in jedem der neun Unterquadrate jede Ziffer von 1 bis 9 nur einmal auftaucht.

Die Lösung

7	8	2	5	9	3	1	4	6
1	3	6	2	4	8	9	7	5
5	9	4	6	1	7	8	2	3
8	7	5	4	3	9	2	6	1
2	4	1	8	6	5	3	9	7
3	6	9	1	7	2	4	5	8
6	2	8	9	5	1	7	3	4
9	5	7	3	8	4	6	1	2
4	1	3	7	2	6	5	8	9